

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis: 3,00 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 RM pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 10 Pf., für politische und gesellschaftliche Beerdigungs- und Beerdigungsanzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 24. April 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Rüstet zur Maifeier!

Patriotische Cartüfferie.

II.

Au allerlei „liberalen“ Versuchen, allzu grell agrarisch gefärbte Bestimmungen des Branntweinmonopol-Entwurfs herunterzuhandeln, wird es allerdings sicherlich nicht fehlen; und die ganz- und halbamtliche Presse, die die Forderung stellt, bis Pfingsten müsse die Reichsfinanzreform unter Dach gebracht sein, wird sich gedulden müssen. So schnell geht die Steuerfahnderei nicht — zumal es sich ja nicht nur um die Erbschaftsteuer und das Branntweinhandelsmonopol, sondern noch um einige andere Steuern handelt, wie z. B. die Erhöhung der Brau- und der Tabaksteuer.

Siehe sich der Freisinn an sein Programm, müßte er jede weitere Besteuerung des Bieres und des Tabaks ablehnen, denn dieses Programm fordert nicht nur „Schonung der minderleistungsfähigen Schultern“ und „Entlastung (nicht, wie Herr Mugdan herauslief: „Belastung“) der notwendigen Lebensmittel und unentbehrlichen Verbrauchsgegenstände von Steuern und Zöllen“, sondern es ist obendrein auf dem 7. allgemeinen Parteitag des Freisinn, der im September 1907 in Berlin abgehalten wurde, noch folgender Beschluß gefaßt worden:

„Der Parteitag hält nach wie vor die Entlastung der notwendigen Lebensmittel und unentbehrlichen Verbrauchsgegenstände von Steuern und Zöllen für geboten.“

Falls zur Ordnung des Reichshaushalts weitere finanzielle Maßnahmen notwendig werden sollten, was bisher noch nicht nachgewiesen ist, verlangt er, daß jede neue Belastung der Lebensbedürfnisse und des Verkehrs vermieden, von einer Beunruhigung des Erwerbslebens abgesehen und unter Erweiterung des Systems direkter Reichsteuern die schwachen Schultern geschont werden.

Der Parteitag fordert, daß diesen im Interesse des Gesamtwohls liegenden Grundsätzen in der wirtschaftlichen und finanziellen Gesetzgebung des Reiches und der Bundesstaaten Rechnung getragen wird.“

Doch was gelten im Reich der Mugdaneschen Programmsätze und Beschlüsse. Sie haben für die freisinnigen Wortführer nur Wert als Agitationsmittel, nicht als Richtschnur für ihre Politik. Deshalb haben sich die Freisinnigen denn auch bereits gegenüber ihren konservativen Blodgefährten verpflichtet, daß sie entgegen ihrer programmatischen Forderung, die Ordnung des Reichshaushalts müsse durch „Erweiterung des Systems direkter Reichsteuern“ wiederhergestellt werden, für die Aufbringung des größten Teiles der erforderlichen Geldsummen durch indirekte Steuern auf die Lebens- und Genussmittel der unbemittelten Volksmasse eintreten wollen. Und handelte es sich nur um die Konsumenten, der Freisinn wäre längst mit den geforderten Brau- und Tabaksteuerrhöhungen fertig; aber die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen schädigt auch den größten Teil der kleinen Brauer, Gastwirte, Tabak- und Zigarrenfabrikanten, der Zigarrenhändler usw., und manche der Betroffenen, die bislang bei den Wahlen freisinnig wählten und zu den freisinnigen Parteien beizuströmten, drohen mit dem Abfall. Das ist der Hauptstein des Anstoßes für die freisinnigen Kartüffer. Das Konsumenteninteresse kommt für sie kaum in Betracht, und noch weniger das Interesse der ungefähren 200 000 in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter; denn von diesen Arbeitern gehören nur noch sehr wenige zur Gefolgschaft des Freisinn.

Doch der Freisinn will im Blod bleiben und die von ihm übernommene Rolle des Kartüffe weiter spielen. Die Mugdan und Wiener werden deshalb unter Anwendung ihrer Auslegungskunst schon zu gelegener Zeit entdecken, daß der freisinnige Programmsatz: „Erweiterung des Systems direkter Reichsteuern“ eigentlich bedeutet: „möglichste Erweiterung des Systems indirekter Steuern“ und gemäß dieser neu gewonnenen Erkenntnis für möglichst hohe Belastung des Bieres und Tabaks stimmen.

Auch die durch den Wegfall der Gas-, Elektrizitäts- und Infrarotensteuern nötig gewordenen Ersatzsteuern werden die freisinnigen Reichstagsabgeordneten nicht in ihrem patriotischen Streben erschüttern, im Dienste des Vaterlandes ihre Programmsätze kunstgerecht zu interpretieren und den armen Volksmassen den Lebensunterhalt zu verteuern, zumal die wichtigste unter den geplanten Ersatzsteuern der Raffeezoll sein wird, und es doch den freisinnigen Börseanern recht wenig verfährt, ob sie im Café nach Schluß der Börse für ihren Mokka 5 Pfennig mehr zahlen oder nicht.

Man kann deshalb in Anbetracht des Charakters der Blodparteien mit Sicherheit darauf rechnen, daß das vor einigen Tagen vom Reichskanzler vor den Preussischen Deputationen aufgestellte Steuerprogramm schließlich im wesentlichen vom Blod akzeptiert werden wird, wenn auch selbstverständlich erst nach langen patriotischen Verwahrungen und Rationnements. Ein Siebentel oder ein Achtel der Steuersumme, die zur Deckung des durch die frivole Mißwirtschaft der herrschenden Klassen entstandenen Reichsdefizits nötig ist, wird man den Westenden auferlegen, sechs Siebentel oder sieben Achtel den Unbemittelten — und dann wird in feierlicher Reichstagsitzung der Kanzler den „staats-erhaltenden“ Blodparteien den Dank aussprechen für die segensreiche Arbeit, die sie zum Nutzen des großen teuren Vaterlandes geleistet haben. Vielleicht wird er nach dem Muster seiner am 20. d. Mts. vor den zusammengetrommelten Professoren, Kommerzienräten und Bürgermeistern gehaltenen Rede also sprechen:

„Die große nationale Aufgabe der Reichsfinanzreform ist durch Ihre hingebende, von dem Gedanken an die Sicherheit des Vaterlandes getragene Arbeit glücklich gelöst worden, da Sie und die staatsbehaltenden Elemente des deutschen Volkes richtig erkannt haben, daß in dieser Reform eine Stärkung des Staates nach Innen und Außen und damit auch eine Förderung wirtschaftlicher Kraft liegt, ein Aufstreben zu höheren Zielen. Vereitwillig hat die Landwirtschaft, haben Industrie und Handel die großen Opfer auf sich genommen, die ihnen dieses nationale Reformwerk auferlegt. Dadurch haben sie sich um das große Vaterland ein dauerndes Verdienst erworben und können seines Dankes sicher sein.“

Mit verschämtem Lächeln werden die Vertreter der gepriesenen diese Cartüfferie anhören, und die konservative Presse wird aufs neue die vaterländische Opferwilligkeit der „Landwirtschaft“ preisen, die nicht davor zurückgeschreckt hat, von dem Siebentel oder Achtel schließlich auch eine Kleinigkeit zu übernehmen.

Die schönsten Komödien werden doch noch immer auf der parlamentarischen Bühne gespielt.

Verbesserungen und Verschlechterungen des Strafgesetzbuches.

Aus dem Reichstag, 23. April. Es ist eine charakteristische Erscheinung bei den gesetzgeberischen Aktionen der Reichsregierung, daß sie es immer so einrichten weiß, auch die bescheidensten Verbesserungsorschläge mit Verschlechterungsbestrebungen zu verpacken. Eine gründliche Reform des Strafgesetzbuchs hat sich seit Jahren notwendig gemacht. Ueber Erwägungen und Vorarbeiten sind die verbündeten Regierungen aber nicht hinausgekommen. Auf eine spätere und günstigere Zeit wurden die Dränger beharrlich vertröfelt. Pflüchlich ist da dem Reichstage eine Vorlage unterbreitet worden, die einige Reformen des Strafgesetzbuches der gründlichen Erneuerung vorwegnimmt. Wenn man aber unterucht, wie sich diese Abschlagszahlung erklären läßt, so findet man, daß zwei sehr gefährliche reaktionäre Verschlechterungen des Strafgesetzbuches verbunden sind mit einigen Verbesserungen weit unbedeutenderer Art. Die geplanten Verbesserungen sind erstens die Milderung der Strafen für Hausfriedensbruch sowie der Verurteilung der Zwangsvollstreckung und der Strafen für geringfügige Diebstähle aus Rot, zweitens die Verschärfung der Strafen für Tierquälerei und die Erweiterung der Möglichkeit, die Mißhandlung von Kindern zur Bestrafung zu bringen.

Damit verpackt ist aber ein Vorschlag reaktionärsten Charakters, nämlich erstens eine Verschärfung der Strafen für Verleumdungen und sogar die Einschränkung des Wahrheitsbeweises in Verleumdungsprozessen.

Ferner handelt es sich noch um die Veränderung der Fassung des Tatbestandes der Erpressung, eine Maßregel, die im Prinzip völlig gerechtfertigt erscheint, da die Rechtsprechung in ganz widersinniger Weise seit Jahren sich gewöhnt hat, den Tatbestand der Erpressung zu finden, wenn ein Kontrahent durch irgendwelche Anknüpfungen einer bestimmten dem anderen Kontrahenten unangenehmen Handlungen diesen anderen zum Abschluß irgend eines Vertrages zu bewegen sucht; so z. B. wenn Arbeiter einen Streik ankündigen, wenn ihnen nicht eine bestimmte Lohnforderung bewilligt wird. Daß dieser Art Rechtsprechung ein Niegel vorgeschoben wird, ist durchaus gerechtfertigt. Die Regierungsvorlage geht dabei in durchaus ungenügender Weise zu Werke. Anstatt die Anwendung des Begriffs der Erpressung auf alle Handlungen auszuschließen, die unter den § 152 der Gewerbeordnung fallen, schlägt sie vor, es als Erpressung anzulegen, wenn der Inhaber einer solchen Anknüpfung (Streikandrohung z. B.) vereinbarte Lohn „im Mißverhältnis zu dem wahren Wert der Arbeitsleistung steht und die Täter sich dessen bewußt waren“. Durch eine solche Kaufschillingbestimmung würde natürlich neuen Mißbräuchen Tür und Tor geöffnet, da es schließlich in dem subjektiven Ermessen der häufig gegen die Arbeiter vorgegenommenen

Richter liegen würde, was sie für den „wahren Wert einer Arbeitsleistung“ ansehen wollen. Doch ließe sich diese Bestimmung ändern. Die Hauptgefahr des Entwurfs liegt in der Neufassung des Verleumdungsparagrafen.

Der Staatssekretär Dr. Nieberding hielt es denn auch gegenüber der abfälligen Kritik in der Presse für notwendig, feierlich zu versichern, daß die Regierungsvertreter nicht im Traum daran gedacht hätten, diesen anstößigen Paragraphen in die anderen einzuwideln, um ihn leichter verschluckbar zu machen. So ziemlich allgemein war darauf hingewiesen, der Fall Eulenburg habe den Anstoß dazu gegeben, daß künftig auch wahrheitsgemäße Behauptungen unter Strafe zu stellen seien, sofern sie an sich „verleidend“ seien und daß man zu dem Zweck dem Verleumdigen das Recht zuerkennen wolle, selbst den Wahrheitsbeweis auszusprechen, wenn es sich um Vorgänge aus dem Privatleben handle. Herr Nieberding suchte diesen Verdacht im voraus zu entkräften, indem er einen anderen Patent für das Gesetz vorschlug, nämlich Fräulein Olga Molitor. Er vergah nur zu erwähnen, daß die zweifelslos durchaus ungerechtfertigte Verdächtigung dieser Dame, als ob sie mitschuldig sei an der Ermordung ihrer Mutter, schon unter bestehenden Gesetzen mit der harten Strafe von einem Jahr Gefängnis gefahndet wurde. Also der Ausnahmefall Molitor könnte nie und nimmer die Rechtfertigung zu einer Maßregel abgeben, die durch Einmischung des Wahrheitsbeweises die Presse noch mehr, als es leider jetzt schon der Fall ist, in ihrer Verleumdung gesellschaftlicher Mißstände beschränken würde.

Genosse Frohms wies denn auch in seiner eingehenden Kritik nach, daß die Bekämpfung der Revolverpresse zwar als Zweck dieser Maßregel hingestellt werde, daß aber gerade die anständige politische Presse in der Praxis zu leiden haben werde. Unter keinen Umständen dürfe eine solche Bestimmung Gesetz werden. Ebenso lehnte er sich scharf gegen den bedenklichen Versuch, den Erpressungsparagrafen unter gewissen Voraussetzungen anwendbar zu machen auf Streikandrohungen. Aufgabe der Kommission werde es sein, jede Möglichkeit dieser Art zu beseitigen.

Auch bei anderen Parteien fand der Nieberding'sche Entwurf nur eine sehr bedingte Zustimmung. Morgen geht die Debatte weiter.

Der neue agrarische Vorstoß.

Trotzdem die Regierung den Agrariern die äufere Konzeffion schon dadurch gemacht hatte, da sie sich an Stelle der Nachlasssteuer mit der viel weniger bringenden Erbschaftsteuer begnügen wollte, haben die Agrarier absolut keine Lust, auch nur das Wenige zu zahlen, was in Gestalt der Erbschaftsteuer an Lasten auf sie gefallen wäre. Bülow glaubte schon, alles ins Lot gebracht und das Steuerkompromiß durch die Einigung auf die Erbschaftsteuer in Sicherheit gebracht zu haben — als es den Agrariern über Nacht einfiel, das schöne Kompromiß urplötzlich wieder über den Haufen zu werfen. Die „Konservative Korrespondenz“ erklärt partei-offiziös, daß die konservative Fraktion des Reichstags den Beschluß gefaßt habe, als Ersatz der nach wie vor abzulehnenden Nachlass- oder Erbschaftsteuer eine Wertzuwachssteuer in Verbindung mit einer Umsatzsteuer zu beantragen. Dieser Entwurf, der von den Abgeordneten Dr. Köfide und Grafen Westarp ausgearbeitet worden ist, war bereits gestern in der „Kreuz-Ztg.“ veröffentlicht worden. Durch die vorgeschlagene Wertzuwachs- resp. Umsatzsteuer sollten zirka 100 Millionen Mark aufgebracht werden. Natürlich hatten sich die Agrarier selbst dabei wiederum mit den bescheidensten Leistungen bedacht. Die Wertzuwachssteuer auf die Immobilien auf dem Lande sollte ganze sechs Millionen von den insgesamt 100 Millionen bringen! Um diese minimale Leistung des agrarischen Besitzes zu ermöglichen, hatte der am Donnerstag veröffentlichte Entwurf auf dem Lande einen Wertzuwachs von jährlich nur ein Fünftel vom Hundert angenommen. 24 Stunden später veröffentlichte die „Kreuz-Ztg.“ einen geänderten Entwurf, wobei die famosen Statistiker des Entwurfs den jährlichen Wertzuwachs auf dem Lande auf einhalb vom Hundert veranschlagten, so daß dadurch die Steuerleistung des ländlichen Grundbesitzes statt auf 6 auf 15 Millionen erhöht würde. Man sieht, mit welcher ungeheuren Leichtfertigkeit der Entwurf fabriziert worden ist!

Die Zentrumspresse ist mit dem Projekt der Agrarier ganz einverstanden. Nur behauptet sie, daß durch eine solche Steuer weit mehr herausgeholt werden könne, nämlich ein Nettobetrag von 285 Millionen Mark! Die freisinnige Presse dagegen ist höchst indigniert über den agrarischen Gegenstoß gegen das unter Bülow's heiligem Vermöhen zustande gekommene Besitzsteuernkompromiß in Gestalt der Erbschaftsteuer. Das ist sehr erklärlich, da ja die Herren Agrarier das Zahlen von 85 von den 100 Millionen der städtischen Bevölkerung, namentlich auch den Börseanern überlassen wollen. So stöhnt die „Voss. Ztg.“:

Die türkische Konstituante.

Kammer und Senat sind zu einer gemeinsamen Sitzung in San Stefano zusammengetreten und haben sich als Nationalversammlung in Permanenz erklärt.

Die Revolution im Juli hatte nur die Wiederherstellung der Verfassung zum Ziele, die von Abdul Hamid zwar suspendiert, aber nie aufgehoben war. Mit der Erfüllung dieser Forderung schien die Legalität für das erste hergestellt und der weiteren Entwicklung konstitutionelle Bahnen vorgezeichnet zu sein. Die Reuterrei der Soldaten machte der konstitutionellen Illusion ein plötzliches Ende und zwang die Jungtürken zu neuem Kampf. Unter dem Schutze der Revolutionsarmee hat sich das privilegierte Zweikammersystem in eine revolutionäre Körperschaft verwandelt. Denn die Konstituierung als permanente Nationalversammlung bedeutet, daß alle gesetzgebende und ausführende Gewalt in die Hand dieser Versammlung gelegt ist, die das Revolutionsrecht für sich in Anspruch nimmt, über alle Fragen der Verfassung und damit über die Staatsform und die Person des Herrschers selbst aus eigener Machtvollkommenheit zu entscheiden. Sie ist der einzige Souverän und nur sie selbst kann das Recht der Souveränität von sich auf den Herrscher übertragen.

Die türkische Nationalversammlung hat auch nicht gezögert, von ihrer Macht Gebrauch zu machen. Mit 150 gegen 8 Stimmen hat sie die Absetzung des Sultans beschlossen. Damit schien das Schicksal Abdul Hamids besiegelt. Zwar ist zur Absetzung des Herrschers, des Kalifen und „Beschützers des Glaubens“ auch die Zustimmung des Scheich ul Islams, des obersten geistlichen Würdenträgers nötig; aber der Scheich gilt als Parteilager der Jungtürken und wäre selbst dem nicht so, religiöse Zweifel hoher Geistlicher pflegen Argumenten die übermächtige weltliche Gewalt untersteht, selten standzuhalten.

Aber ein Parlamentsbeschluss ist Papier und die Macht liegt bei der Armee und ihren Führern. Diese führen die Verhandlungen und das Parlament hat nur gutzuheißen, was jene beschließen. Es handelt sich ja nicht um eine Erhebung der breiten Volksmassen, deren Macht im Parlament in Erscheinung träte, sondern um eine Erhebung der Offiziere, bei der die Massen bisher passiv geblieben sind. Für die Heerführer ist aber die Hauptfrage, sich Konstantinopel ohne Schwereinsatz zu bemächtigen, um eine Intervention zu vermeiden. Noch aber sind gegen 5000 Jüdisoldaten dem Sultan treu und wenn diese auch nur ein Fünftel der Zahl der Belagerer bilden, so sind sie stark genug, um den Jungtürken ein gewaltsames Vorgehen bedenklich zu machen. Noch schwerer mag aber die Sorge die Jungtürken drücken, wie die Kunde von der Beseitigung des Sultans in den Gebieten Kleinasiens aufgenommen wird, wo der jungtürkische Einfluß gering ist und auch die Macht der Zentralgewalt von jeher verlagert und die Wirren der letzten Wochen ohnehin alle Schrecken des Bürgerkrieges entfesselt haben und die fremden Kriegsschiffe schon bereit sind, Truppen zu landen. So erklärt sich das Zugeständnis der Jungtürken und die Unentschiedenheit ihrer Haltung. Auch der Beschluß der Nationalversammlung, den Sultan abzusetzen, scheint, wenn er überhaupt wirklich gefaßt wurde, was durchaus nicht sicher ist, nur als Drohung gegen den Sultan ausgesprochen zu werden. Zumindestens berichten die letzten Depeschen, daß ein neuer Umsturz eingetreten, neue Versuche der Verständigung mit dem Sultan unternommen werden. Sicher ist, daß der Einmarsch der Truppen in Konstantinopel noch nicht erfolgt ist und daher die Entscheidung wieder hinausgeschoben ist. Wie sie schließlich fallen wird, ob die Jungtürken einmal im Besitz von Konstantinopel, nicht doch der Regierung Abdul Hamids ein Ende machen werden, muß abgewartet werden.

Die Nationalversammlung.

Konstantinopel, 23. April. In der Sitzung der Nationalversammlung, die mit 150 gegen 8 Stimmen die Absetzung des Sultans beschloß, waren etwa 220 Deputierte und 19 Senatoren anwesend. Die Hauptfrage ist jetzt, ob der Scheich ul Islam sein Fetwa erteilt; die Nachrichten über seine Haltung lauten widersprechend. Wie es heißt, war bis zum Erscheinen der Kriegsschiffe die Stimmung der Versammlung für den Sultan nicht ungünstig; sie schlug aber um auf die Nachricht, daß die Marine der Freiheitsarmee sich anschließe. Ein großer Teil der Garnison von Konstantinopel verweigert den von der jungtürkischen Armee geforderten Eid. Der Thronfolger Reschad soll sich an Bord eines Kriegsschiffes vor San Stefano befinden.

Der Freitagsgottesdienst.

Konstantinopel, 23. April. Der heutige Selamit verlief normal und ohne Zwischenfall, nur waren bei demselben weniger Truppen als sonst anwesend. Es waren nämlich außer den Truppen der zweiten Division, welche die Gildbesetzung bildet, ausgerückt noch Marine- und Kavallerie und eine Kompanie der Salonitzer Jäger, letztere jedoch nicht mit ihren Offizieren. Der Sultan wurde, wie immer, mit Zurufen begrüßt.

Stimmungsumschwung.

Konstantinopel, 23. April. Bei dem heutigen Selamit teilte der Großwesir den anwesenden Diplomaten mit, es sei ein Telegramm aus San Stefano von dem Präsidenten der Nationalversammlung eingelaufen, das treue Ergebnisse gegenüber dem Sultan versichert. Ferner teilte Marschall Kamphoedener Pascha den Anwesenden im Namen des Sultans mit, der Kommandeur des ersten Korps Rahmud Schewket habe telegraphisch sein Erstaunen über die Gerüchte ausgedrückt, die mazedonische Armee sei gekommen, um den Sultan abzusetzen. Der Zweck des Vorgehens der Armee sei nur die Wiederherstellung der Ordnung und die Befragung der Anführer der letzten Unruhen.

Wie es zur Wendung kam.

Konstantinopel, 23. April, 4 Uhr nachmittags. Eine Proklamation an das Volk und eine Mitteilung an die Vorgesetzten werden erwartet. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung soll hier das Standrecht proklamiert werden. Die Wendung zugunsten des Sultans soll der hiesige Korpskommandant Razim Pascha, welcher heute früh nach San Stefano fuhr, dadurch herbeigeführt haben, daß er auf den Geist und die Disziplin eines Teiles der Truppen der hiesigen Garnison sowie auf die Stimmung des Volkes hinwies, welche noch für den Sultan sei, weshalb ein Mutvergehen zu befürchten wäre. Die Diplomatie ist über diese Wendung sehr erstaunt. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Neue Verhandlungen.

Konstantinopel, 23. April. Im Hauptquartier der Jungtürken erwartete man für heute den General Razim Pascha. Der

Kommandeur von Konstantinopel hatte bisher jede Mission für Unterhandlungen abgelehnt. Da er dieselbe jetzt annimmt, besteht die Hoffnung, daß die gestern abgebrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Die Stärke der Operationsarmee beträgt heute mit Sicherheit 25 000 Mann. Sie entwidet volles Tätigkeit. Ueber ihre Pläne bewahren die Offiziere das strengste Geheimnis.

Die Forderungen an den Sultan.

Konstantinopel, 23. April. Der Großwesir empfing heute mittag ein vom Präsidenten des Senats, dem Präsidenten der Kammer und Gazi Ruzgar Pascha unterzeichnetes Telegramm aus San Stefano, welches besagt: Die Nachricht von dem gestrigen geheimen Votum der Kammer ist falsch. Die Kammer und die Armee verlangen die Entlassung der Garnison Konstantinopels, dringende Befragung der Schuldigen, Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt und gewissenhafte Befolgung der Verfassung. Wenn der Sultan diese Bedingungen akzeptiert, seien sie bereit, ihm die Treue ferner zu bewahren. Dieses Telegramm sowie das Telegramm des Generalissimus der Jungtürken Rahmud Schewket Pascha an den Kabinettschef bilden das allgemeine Tagesgespräch. Sie sind wieder ein Beweis von unerwarteten Ereignissen, worauf man hier immer vorbereitet sein muß. Inwiefern die gestellten Bedingungen angenommen und ausgeführt werden, muß sich bald erweisen.

Die Proklamation.

Konstantinopel, 23. April, 7 1/2 Uhr nachmittags. Soeben erscheint eine Proklamation des Kommandeurs der mazedonischen Truppen. Die Proklamation dementiert kategorisch das Gerücht, daß die Armee gekommen sei, um den Sultan abzusetzen und erklärt, daß, wenn derartige Vorkommnisse sich unter den Truppen wiederholten, die Anführer die volle Verantwortung werden tragen müssen.

Die jungtürkische Taktik.

Frankfurt a. M., 23. April. Einer der Generale im Hauptquartier zu San Stefano hat dem Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ erklärt: Man zeigt Ungeduld, weil wir nicht schneller operieren, unsere Aufgabe verlangt aber, daß wir vorsichtig zu Werke gehen und jeden noch so kleinen Mißerfolg vermeiden, der von unabschätzbaren Rückwirkungen begleitet sein könnte. Wir wollen den Bruderkrieg nicht provozieren, sondern verhüten. Bei uns befindet sich die ganze Intelligenz des Landes; sie muß den Kampf gegen Unwissenheit und Apathie, die von Dunkelmännern ausgeht, aufnehmen. Unser Sieg ist nicht zweifelhaft. Es wird dem Sultan nicht gelingen, die Mäder der Weltgeschichte zurückzuführen; es mag ein gewisser Heraklismus und eine gewisse Tragik in seinen letzten Versuchen liegen, aber die Mäder werden ihn zermalmen.

Die heutige Sitzung.

Konstantinopel, 23. April, 5 Uhr nachmittags. Um 10 Uhr vormittags trat die Nationalversammlung zu einer geheimen Sitzung zusammen, welche noch fortdauert. Die Räumlichkeiten, in welchen die Versammlung tagt, werden in weitem Umkreis streng bewacht.

Der Sultan angeblich geisteskrank.

Konstantinopel, 23. April. Wie der „Courier d'Orient“ angeblich auf Grund verlässlicher Informationen wissen will, habe die Gesundheit des Sultans unter dem Eindruck der letzten Ereignisse stark gelitten. Der Sultan leide an Gehirnerkrankungen, was die Ärzte sehr beunruhige. Diese Meldung scheint absichtlich lanciert zu sein.

Die Flucht der Prinzen.

Konstantinopel, 23. April. Sämtliche Prinzen und Prinzessinnen haben bereits vorgestern in aller Heimlichkeit den Palast verlassen. Prinz Burhan Eddin, der Lieblingssohn des Sultans, der an den letzten Vorgängen nicht unteilhaftig sein soll, wurde in den Palast einer seiner Schwestern gebracht und soll von da auf einem Schiff geflohen sein.

Bakunin redivivus.

Paris, 18. April. (Fig. Ver.)

Mit seinem unerbittlichen Optimismus hat Jaures in Saint-Etienne von Herbes „insurrektionellen“ Bestrebungen als von einer Kinderrei gepfropft, die mit dem Wachstum der Partei verschwinden werde. Ob Parteitage wie der von Saint-Etienne, der nach erwiderten, immer wieder ins persönliche Gezänk verfallenden Debatten wie das Hornberger Schießen ausgegangen ist, dem Wachstum der Partei und damit der Überwindung jener „Kinderrei“ nützen, scheint sehr fraglich. Vorläufig scheinen diesen noch Entwicklungsmöglichkeiten gewährt, die den Leuten, die schon in der bloßen formalen „Einigung“ der sozialistischen Parteien eine Würstchen für ein ungeförktes Fortschreiten der Arbeiterbewegung sehen, Ueberraschungen unerwarteter Art bereiten werden. Im der „Einigkeit“ willen — und auch aus Gründen einer Gleichgewichtspolitik innerhalb der Partei — hat man die Elemente geschnitten, die den Parteihoden, sei es von der bürgerlich-radikalen, sei es von der anarchischen Seite her, unterminierten. Während aber der nächtliche Zusammenbruch des Radikalismus die Bemühungen der Breiten und Genossen vereitelte und diese darauf verwies, sich mit probolanten Rundgebungen ihrer Disziplinlosigkeit zu begnügen, tucht die anarchische Eiterbeule im Parteikörper immer mehr an. Auf dem Parteitag in Saint-Etienne war die Seineüberdation durch eine „insurrektionelle“ Mehrheit vertreten und der größere Teil der Kinderrei gehörte den Syndikalisten an, denen freilich vor den Geisern, die sie gerufen haben, schon recht bange geworden ist. Die „insurrektionelle“ Taktik aber, die auf die gemeinsame „Aktion aller Revolutionäre“ hinarbeitet, führt notwendig zur Auflösung der Parteioorganisation. Syndikalismus und Revolutionsanarchismus münden in den offenen Anarchismus.

Die geeinigte Partei ist nicht der einzige Organismus, den die Krankheit ergriffen hat. In der Arbeiterkonföderation tritt sie nicht minder heftig auf. Die anarchische Demagogie fühlt sich nun stark genug, die syndikalistische Maske abzuwerfen. Gegen die sozialistische Partei hatte man das Schlagwort ausgedrückt, daß „die Gewerkschaft sich selbst genüge“ und als reine Interessenvertretung keinen politischen Parteilagen dienen dürfe. Das syndikalistische Programm wird am reinsten gerade durch die „Reformisten“ vertreten, die die neuliche Wahl in den Vorstand gebracht hat. Soeben hat der Konföderationsvorstand ein Manifest über den Poststreik anschlagen lassen, das „den Generalstreik als entscheidendes Mittel in einer für die Wiedererreichung der Produktions- und Austauschmittel günstigen Situation“ bezeichnet. Aber schließlich betont er doch den Klassenkampf des organisierten Proletariats, und das ist den anarchischen Predigern der Desorganisation eine widerwärtige Weise. Sie halten auch das Terrain für genügend bearbeitet, um die heuchlerische Phrasen von der „Vertretung der

Am Dienstag hat Fürst Bülow geredet, wohl vorbereitet, vorfeierlichem Umstand. Er bittet seine guten Freunde, er ruft ihnen seine Liebesdienste in Erinnerung, er fleht förmlich; er will ihnen nichts abtropfen, gewiß nicht; wenn sie durchaus die Nachlasssteuer verwerfen, nun gut, er gibt nach, er begnügt sich mit der Erbanfallsteuer, trotz der schriftlichen Erklärung des Reichsschatzsekretärs, daß die Nachlasssteuer „eine conditio sine qua non für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform bildet“. So weit werden sie ihm doch entgegenkommen, daß sie die goldene Brücke, die er ihnen zum Rückzug gebaut hat, betreten werden, ihm nicht weitere Schwierigkeiten bereiten, nicht ein laubdämonisches Joch vor ihm aufrichten? Eine Liebe ist der anderen wert. Er hat ihnen seine Liebe genugsam bewiesen, mehr als genugsam! Und drei Viertel der ganzen Landwirtschaft wären schon von der Nachlasssteuer frei geblieben, noch weit mehr von der Erbanfallsteuer. Kann man mehr für die Agrarier tun?

Die Agrarier sind eben keine Blodfreisinnigen! Sie betreten ihre Interessen mit der äußersten Rücksichtslosigkeit. Wenn sie dabei den Freisinn ebenso nichtachtend behandeln wie die Regierung, so hat das der Freisinn durch sein Wanderschaften vor den Konservativen ehrlich verdient. Ueberhaupt ist es bezeichnend, daß der Freisinn, selbst das „Berliner Tageblatt“, die ganze Finanzreform von dem Zustandekommen der Erbanfallsteuer abhängig machen, als ob nicht die Ausbringung der 400 Millionen indirekter Steuern erst recht für den Freisinn ein Stein des Anstoßes und eine Blockgefahr hätte bilden müssen! Die von der Regierung der beschlossenen Mafse zugedachte ungeheure Steuerausplünderung regt aber unseren Freisinn viel weniger auf als das lebenswürdige Ansehen der Konservativen, beim Aufbringen des kleinen Bruchstücks direkter Steuern dem mobilen Kapital den Vortritt zu lassen!

Zum 1. Mai.

Wieder naht der Reitag, an dem ein Beschluß der roten Internationale die Klassenbewegten Proletariat aller Länder zusammenruft zu einer gemeinsamen Kundgebung für den Achtstundentag, für den Völkerrfrieden, für alle großen Forderungen des proletarischen Emanzipationskampfes.

Aber hat sich die Feiertage nicht überlebt? Sind solche internationale Demonstrationen noch zeitgemäß? Ist es nicht nützlicher, die dazu erforderliche Zeit und Kraft zu verwenden für praktische Arbeit im gewerkschaftlichen Leben oder im Betrieb der Politik?

Es gibt Parteigenossen, die solche Ansichten vertreten, die der Parteiführer den Garaus machen möchten, die die Pflege eines großen idealen Gedankens für eine höchst unpraktische Zeitvergeudung halten.

Und doch war wohl die Parteiführer nie zeitgemäßer, nie im besten Sinne so sehr eine praktische Tat als gerade jetzt.

Was ist denn der Zweck dieser Kundgebung? Sie soll alle Proletariat, Männer und Frauen, alle, die dem Gedank der Sozialdemokratie zugänglich sind, herausziehen, wenn auch nur für einen Tag, aus dem Alltagsgetriebe, ihre Blicke lenken auf die großen gemeinsamen Ziele der Menschheitsbefreiung, auf die Ausmerzung jeder Art von Unrecht und Ausbeutung, auf die Sozialisierung der gesamten Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie erstreckt diese Entflammung der kämpfenden Proletariatmassen für ihre großen Ziele nicht zum wenigsten auch dazu, daß sie sie geschickter, frischer und tatkräftiger macht für die praktische Meinarbeit, die Tag für Tag ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt und die doch ihr Sehnen und Streben nicht voll befriedigen kann. Wohnt diese doch immer nur mit kleinen Vorteilen, und auch mit diesen häufig nur vorübergehend. Da erleuchtet der Hinblick auf das ideale Ziel die Überwindung der Hindernisse auf dem mühsamen Wege. Er belebt die Jückerkraft auf den endgültigen Sieg.

Und ist dies nicht in dieser Zeit gerade doppelt notwendig? In dieser Zeit, da eine weltumspannende Wirtschaftskrise mit allen ihren Folgererscheinungen die kapitalistischen Länder verheert und schweres Ungemach über die Opfer des Kapitalismus, die entrechteten Proletariat, verhängt?

Die Unternehmer schöpfen aus dem zeitweiligen Anschwellen der Arbeitslosenherde während der Krise den Mut zu Vorstößen gegen die Lebenshaltung der arbeitenden Proletariat. Ueberall hört man Klagen über Kürzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit. Ist es da nicht hervorragend zeitgemäß, allen Arbeitern in Erinnerung zu rufen, daß der Achtstundentag die wichtigste Gegenwartsforderung ist, die von den proletarischen Klassenkämpfen erzwingen werden muß in allen kapitalistischen Ländern?

Rast jede Woche bringt neue Offenbarungen über Zusammenhänge der Ausbeuter zur wirksameren Knechtung der Arbeiter. Die Kraft der Unternehmerverbände gegenüber den Einzelorganisationen der Arbeiter steigt in vielfachem Maße von Tag zu Tag. Jüngst erst haben wir in den Enthüllungen über die Verschwörungen der Grundbarone einen neuen Beweis dafür erhalten, wie die kapitalistischen Ausbeuter es verstehen, die Staatsbeamten zu ihren Handlangern herabzuwürdigen. Die arbeitenden Einzelnen Unternehmerorganisationen wachsen bereits über Stadt und Staat hinaus zu internationalen Verbänden.

Und da sollte es nicht mehr zeitgemäß sein, die kämpfenden Proletariat wie mit weithin durch alle Lande schallendem Glockenklang zusammenzurufen zum internationalen Zusammenbruch, zur gemeinsamen Weisheit für den einen großen gemeinsamen Kampf gegen die vereinigten Scharen des gemeinsamen Feindes?

Und sind etwa die Zeiten so friedensgewiß, daß es nicht mehr nötig ist, die Proletariatmassen zu mahnen: ihr haltet Wäuter zu sein des Friedens, Herolds der Völkerverbrüderung?

Interessenkämpfe gewaltigster Art entfesselt der Kapitalismus, je kräftiger er sich entfaltet, je mehr er alle Länder der Erde hineinreißt in sein Getriebe. Nicht nur in den Formen friedlicher Handelskonkurrenz streifen sich die herrschenden Klassen der verschiedenen Nationen um die Beute. Die kriegerischen Machtmittel der Staaten suchen sie sich dienstbar zu machen, um in blutigem Völkerringen dem Gegner die Ausbeutungsgebiete zu entreißen, mag darüber Kultur und Menschlichkeit rettungslos in die Brüche gehen. Was jicht es die Kapitalistenklasse an, wenn ihre Habgier Millionen in dauerndes Unglück stürzt, sofern nur augenblicklich ihre eigenen Profite steigen!

Alle Zeichen der Zeit deuten auf neue kriegerische Erschütterungen in der Welt. Nur in der Nacht und dem Einspruch der Proletariatklasse beruht die Hoffnung auf Erhaltung des Weltfriedens. Jüngst erst haben die Verhandlungen im deutschen Reichstag bewiesen, daß auch in Deutschland Regierung und herrschende Klassen steuerlos hineintreiben in kriegerische Verwicklungen. Nur die Sozialdemokratie hat sich eingesetzt für eine internationale Verständigung über Einschränkung der Seerüstungen.

Und wie in Deutschland, ist es überall in der kapitalistischen Welt.

Nie war es notwendiger für das Proletariat, einmütig am 1. Mai seine Stimme für den Völkerrfrieden zu erheben, als jetzt in der Periode der sturpellosen Weltpolitik der gepanzerten Faust. So wird denn die zwanzigste Wiederkehr der Parteiführer wiederum Zeugnis dafür ablegen, wie hochwichtig und bedeutungsvoll ist: als ein Protest gegen die Rechtslosigkeit der Volksmassen, deren Leben der Raubgier einer herrschenden Klasse preisgegeben ist, und als Demonstration für den Völkerrfrieden, der nur erzwungen werden kann durch die sozialistische Internationale.

(Neue Zeit.)

Interessen" ausgeübt zu können. Die Erregung in den Massen ist ja im Augenblick sehr bedeutend und noch größer ist die Verwirrung. Die Erregung vom Poststreik zittert noch in den Ausführenden von gestern nach und hat sich auch auf die anderen Beamtenkategorien übertragen. Diese neuen Anstöße in der revolutionären Bewegung bringen außer ihrem Temperament kaum mehr als nebelhafte Wünsche einer besseren sozialen Ordnung. Da ihnen die auch dem ungeschulten Fabrikarbeiter gegebene Anschauung der Mehrwertproduktion in der Wertarbeit fehlt, läßt sich ihr Trost gegen die bürokratische Hierarchie leicht von der anarchistischen Phrase der „Zerstörung der Autorität“ gefangen nehmen; und weil die großen, gefestigten Kadres einer gesunden, in sozialistischem Geiste erwachsenen Gewerkschaftsbewegung fehlen, die die neuen Elemente assimilieren könnten, geraten sie in die Gefahr, mit anderen, gleichfalls unaufgeklärten Arbeitergruppen den demagogischen Breitreitern der anarchistischen Defensivphilosophie auf den Leim zu gehen.

Diese günstigen Umstände haben die Anarchisten auch ausgenutzt und innerhalb der Konföderation eine „revolutionäre Föderation“ gegründet, die dort etwa dieselbe Rolle spielen soll, wie die „insurrektionelle“ Organisation in der reinigen Partei. Die heutigen Mütter — das heißt die bürgerlichen, nicht die „humanitären“ — geben die Prinzipien-erklärung des neuen Verbandes wieder, der sich in der nächsten Woche ein Organisationsstatut geben wird. Diese Erklärung verdient, im Wortlaut wiedergegeben zu werden. Sie lautet: „Die revolutionäre Föderation erblickt in der Abschaffung der Klassenherrschaft eine unbedingt notwendige und wesentliche Etappe auf dem Wege zum Endziel: der Errichtung einer von jeder Autorität befreiten Gesellschaft.“

Sie widersteht sich jedem Mittel, das mit ihrem Ziel in formellem Widerspruch steht, daher auch dem Parlamentarismus, der für die revolutionäre Aktion unheilvoll ist.

Sie empfiehlt den Kameraden — Arbeitern und Beamten —, an der Gewerkschaftsbewegung teilzunehmen und dort nur solche Formen und Rundgebungen der direkten Aktion (Streik, Boykott, Antimilitarismus, Antipatriotismus, Sabotage) zu unterstützen, die in sich selbst einen revolutionären Charakter haben.

Sie erkennt im ökonomischen Generalstreik das Mittel, die bestehende Gesellschaft zu desorganisieren und das Proletariat zu befreien, indem er dieses instand setzt, die erregenden Vorteile auszunutzen und die Produktion zu organisieren.

Feindin jeder in den Händen des Staates befindlichen Macht (Armee, Polizei, Gendarmerie, Gerichte), proklamiert sie das Recht der Revolte für die Individuen wie für die Gemeinschaften. Sie fordert alle ihre Mitglieder auf, nach den Umständen und nach ihrem Temperament und mit allen Mitteln (Strafentzug, Militärestreik, gewaltsame Expropriation) für die radikale Zerstörung der kapitalistischen und autoritären Gesellschaft zu kämpfen.

Sie wiederholt den einstigen Ruf der Juraföderation:

Arbeiter, nimm die Maschine!
Nimm das Land, Bauer!

Man sieht, wohin das Schiff steuert, und es brauchte gar nicht des Namens der alten Juraföderation an seinem Bug, der freilich noch überdies angeht, daß es sich um eine Erneuerung des Kampfes handelt, den einst der Sozialismus gegen die alte Internationale geführt hat. Er richtet sich gegen die von der neuen Internationale übernommenen Anschauungen des wissenschaftlichen Sozialismus. Die geimigte sozialistische Partei Frankreichs führt den Untertitel: Französische Sektion der Arbeiterinternationale. Ihre ist jetzt eine Aufgabe gestellt, die nicht leicht, aber ehrenvoll ist. Mit der diplomatischen Verführung und mit der sanguinischen Hoffnung auf die natürlichen Kräfte des proletarischen Organismus wird es nicht weitergehen. Als vor einiger Zeit an dieser Stelle ausgeführt wurde, daß die damals in der Seineföderation vorgetragene Auffassung über die Bildung der Gegner der politischen Aktion mit dem Londoner Beschluß nicht leicht in Einklang zu bringen sei, hat diese Feststellung bei einigen einflussreichen Parteigenossen Mißverständnisse hervorgerufen. Man wird jetzt Gelegenheit bekommen, zu sehen, wie sich die Partei zu denjenigen Parteimitgliedern verhalten wird, die dem Programm oder der Organisation der neuen Föderation angehören. Da es sich um keinen, auch nur in der Form gewerkschaftlichen, sondern um einen ausgesprochen politischen, anarchistischen Verband handelt, ist die Regel der Nichtemischung hier nicht gültig und dem Entschluß der Partei, im Sturm der Demagogie ihre Grundsätze zu betonen und ihre Lebenskraft zu betätigen, keine Schranke gesetzt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. April 1903.

Ein Prinzipienfest.

Die „Deutsche Tageszeitung“ des Herrn Dr. Hertel ist mit der holländischen Größe der Reichspartei, dem Dr. Arendt, in Streit über die Erbschaftsbesteuerung geraten, und beide — kämpfen für Gott, König und Vaterland — suchen nun gegenseitig um einander zu beweisen, daß sie ihre Überzeugungen mit derselben Leichtigkeit wechseln, wie andere Sterbliche ihre schmutzigen Hemden. Wäher hat sich auf diesem Kampffeld Herr Arendt als der Stärkere erwiesen. Er weist dem prinzipienfesten Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“ nach, daß dieser am 17. März 1904 sich in seinem Blatte unter der bekannten Signatur „A.“ folgende Begründung der Erbschaftsteuer geleistet hat:

„Eine Einkommensteuergesetzgebung, die den Zielen der Mittelstandspolitik gerecht werden will, muß die übergroßen, die nach Zehntausenden, Hunderttausenden und Millionen zählenden Einkommen weit höher besteuern, als es jetzt in den meisten Staaten geschieht, nicht nur des Ertrages wegen, sondern weil dadurch auch einerseits die Mittelstände entlastet werden, andererseits die schnelle und übergroße latwingeliche Vermehrung der großen Vermögen wenigstens einigermaßen gemindert wird. Auch die Erbschaftsteuer kann und muß im Geiste einer verständigen Mittelstandspolitik weiter ausgestaltet werden, die Millionenerbschaften müssen höher besteuert werden als bisher, sie müssen auch dann der Erbschaftsteuer unterliegen, wenn sie unmittelbar auf die nächsten Verwandten, Kinder, Geschwister oder Eltern übergehen. Die Rechtsordnung des Staates sorgt aller dafür, daß der Erbe die Erbschaft, die sonst herrenlos würde, antreten kann; es ist also recht und billig, daß er in Form einer entsprechenden Erbschaftsteuer eine Gegenleistung gewährt.“

Es ist doch etwas Erhebendes um die Bestimmtheit unserer Hochanständigen.

Streber.

Endlich haben die Wortführer des Genierums entdeckt, weshalb dieses den Herzog von Arenberg als Reichstagskandidaten aufgestellt hat und weshalb der Herzog sich vornehmlich zum Abgeordneten eignet. Rämlich deshalb, weil zu viele Streber im Reichstage sitzen, und dem reichen Herzog von Arenberg Kaiser und Regierung nichts zu „bieten“ vermögen.

Die „Nöln. Volksztg.“, die diesen Grund anführt, schreibt darüber wörtlich:

„Für jede Partei, die nicht eben gouvornemental sein will, ist es von großer Wichtigkeit, recht viele Reichs- und Landtagsabgeordnete zu haben, die nicht in der Lage sind, sich von der Regierung eine Gefälligkeit zu erbitten und deshalb die Veranlassung dazu haben, Streber zu werden. Man steht doch manchmal, daß Abgeordnete — besonders konservativ und freikonservativ, aber auch national-liberal —, die Beamte sind, ein auffallend schnelles Abancement haben. Das wird natürlich nicht so gemacht, daß man dem Abgeordneten A. sagt: „Stimmen Sie für diese oder jene Vorlage, dann werden Sie befördert.“ So plump darf man sich den „Aushandel“ nicht denken. Wenn die Regierung einen einflussreichen Abgeordneten umwirbt, so erwirbt sie ihm von vornherein jede Gefälligkeit, die sie ihm an der „Nase“ absehen kann, denn kleine Gefälligkeiten erhalten die Freundschaft. Dadurch wird auch das Herz manches Parlamentarieres weich, denn sozial Liebe und Güte will man nicht gern mit Länden lohnen. Das schämmste ist nur, daß die Dankbarkeit auf Kosten der Wähler ihren Ausdruck findet. Aber ein Abgeordneter, der von der Regierung befördert ist, dessen Sohn und Kasse in Rücksicht auf den Vater und Dank gute Stellungen bekommen haben, läßt sich natürlich auch eher „breitschlagen“, wenn die Regierung Wünsche an ihn richtet, z. B. ihn dringend ersucht, die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Verwandten zu bewilligen. Wer so die Macht in Händen hat, wie es bei der Regierung der Fall ist, der pflegt nicht umsonst „mit der Wurst nach der Spedite zu werfen.“

Abgeordnete, die Beamte oder in ähnlichen Stellungen sind, wo die Gnadenhand der Regierung sehr förderlich für das Gedeihen ihrer Ernte sein kann, müssen schon sehr charakterfeste Leute sein, wenn sie solchen Verlockungen nicht unterliegen sollen.“

So unrecht hat das liberale Blatt nicht, nur kommen derartige Beeinflussungen oder Beeinflussungsversuche nicht nur bei den Konservativen oder Nationalliberalen vor, sondern auch bei gewissen anderen Parteien. Vielleicht erkundigt sich die „Nöln. Volksztg.“ darüber bei Herrn Peter Joseph Spahn, der vor einigen Jahren plötzlich vom Reichsgericht zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Kiel aufrückte, und bei dessen Sohn Martin Spahn, der eine Professur in Straßburg erhielt. —

Ersparnisse an Diäten und Reisekosten der Beamten.

Die allgemeine Kritik, die die Plusmacherei der höheren Beamten bei ihren Dienstreisen gefunden hat, wird wohl im Reich wie in Preußen einige kleine Reformversuche zeitigen. Für Preußen ist ein Erlaß in Vorbereitung, der Grundsätze für das notwendige Maß von Dienstreisen aufstellt. Den Chef der Provinzialregierung und anderen Behörden soll in Zukunft eine vermehrte Kontrolle über die Zweckmäßigkeit einer Dienstreise eingeräumt werden.

Zur Einschränkung der Reisekosten soll der Grundsatz streng durchgeführt werden, daß die tatsächlichen Aufwendungen den Entschädigungen, die gefordert werden, genau in Einklang stehen. Eine Ermäßigung der Tagelöhner wird nicht geplant; hingegen sollen Erstattungen für Nachtquartier nur dann geleistet werden, wenn der Beamte nicht in der Lage war, rechtzeitig an seinen Wohnort zurückzukehren. Die wesentliche Ersparnis dürfte aber durch eine Herabsetzung der Kilometergelder erzielt werden, deren Höhe erst nach endgültiger Neugestaltung der Fahrkartensteuer bemessen werden soll. Ferner sollen die Kilometergelder nur für die Wagenklasse gezahlt werden, die der Beamte tatsächlich benützt hat. Es würde sich daraus die Notwendigkeit ergeben, für jede Beamtenkategorie allgemein festzusetzen, in welcher Wagenklasse sie zu fahren hat.

Es wird angenommen, daß die ganze Frage für Preußen und das Reich gemeinschaftlich geregelt wird, und daß dadurch Schwierigkeiten überwunden werden, die besonders in dem Rang- und Standesdünkel liegen.

Die Erledigung der Reichsversicherungsordnung

bildet den Gegenstand von Verhandlungen, die zwischen der Regierung und dem Reichstage zurzeit gepflogen werden. Wenn es möglich ist, dann soll der Entwurf so rechtzeitig fertiggestellt werden, daß die Wahlen- und Waffensversorgung am 1. Januar 1910 in Kraft treten kann. Dem stehen allerdings außerordentliche Schwierigkeiten entgegen. Zunächst einmal die Geschäftslage des Reichstages und dann der Umfang der Materie. Es wäre nur ein Weg denkbar, nämlich die erste Lesung so rasch als möglich im Plenum des Reichstages vorzunehmen und dann das Gesetz an eine Kommission zu verweisen, die den ganzen Sommer hindurch tagen müßte. Der Reichstag könnte dann im Herbst sofort in die zweite Lesung eintreten und das Gesetz dann bis etwa Ende November fertigstellen.

Legt man Wert auf eine rechtzeitige Fertigstellung — und das ist dringend zu wünschen — bleibt kaum ein anderer Weg übrig.

Blockwist in der demokratischen Partei.

Während der demokratische Abgeordnete Haußmann in und außerhalb des Reichstages scharfe Absagen an den Block ergeben läßt und erklärt, daß der Block überwunden sei, hat sein Fraktionsgenosse Storz bewirkt, daß in Trossingen, einem Orte in Haußmanns Wahlkreis eine blockfreundliche Resolution gefaßt wurde. Die Abgeordneten der demokratischen Volkspartei werden darin aufgefordert, „die freundschaftlichen Beziehungen zur national-liberalen Partei weiter zu entwickeln.“ Der Abgeordnete Storz hatte in seiner vorausgehenden Rede bemerkt, der Block sei nur scheinbar und werde wieder erwachen.

Die Annahme dieser Resolution bedeutet für Haußmann ein direktes Mißtrauensvotum, das von seinem Parteifreund Storz provoziert wurde. Storz hat sich allerdings von je, besonders aber durch seine Haltung zur Kolonialpolitik mehr national-liberal als demokratisch betätigt.

Frankreich.

Eine Reservistendemonstration.

Paris, 23. April. Dem „Petit Journal“ wird aus Lorient gemeldet, daß fünfzehn Reservisten der Kolonialartillerie gestern abend ihre Entlassung verlangten, obgleich ihre Dienstzeit erst heute früh zu Ende geht. Da ihnen dies verweigert wurde, erhoben sie einen großen Lärm und stimmten die Internationale an. Der Oberst hielt eine Ansprache, in der er ihre antimilitaristische Gesinnung scharf tadelte. Er ließ ihnen jedoch ihre Dienstbücher aushändigen und erteilte den Befehl, sie freizulassen.

Die Postbeamten und der 1. Mai.

Paris, 23. April. Die Telegraphenangestellten beschlossen in einer gestern abend abgehaltenen Versammlung, am 1. Mai nicht zu feiern, da die Unterbrechung des Post- und Telegraphenverkehrs eine zu große Schädigung des Publikums bedeuten würde. Doch will die allgemeine Post- und Telegraphenvereinigung der Arbeiterklasse ihre Dankbarkeit dadurch bezeugen, daß sie die Mai-Versammlungen durch Entsendung von Rednern unterstützt. Schließlich wurde in einer Resolution abermals die Entlassung des Unterstaatssekretärs Simyan gefordert als „unerlässliche Bedingung für einen regelmäßigen Dienstbetrieb.“

Castro Rundreise.

St. Nazaire, 23. April. Der Dampfer „Verfallens“, mit dem früheren Präsidenten Castro an Bord, ist hier angekommen. Castro ist nach Paris weitergereist. —

Persien.

Der Einmarsch der Russen.

Petersburg, 23. April. Angesichts der beunruhigenden neueren Meldungen hat die russische Regierung beschlossen, die aufgeschobene Entsendung einer genügend starken Truppenabteilung nach Täbris nunmehr zu verwirklichen, um die Sicherheit der Ausländer, die Versorgung der Stadt mit Proviant und die Verbindung mit Schirvan zu sichern. Der Statthalter des Kaukasus wurde angewiesen, die Abteilung in Gilmarischen nach Täbris rücken zu lassen.

Der Vorwand für die Intervention.

Petersburg, 23. April. Die russische Regierung hat sich an die fremden Regierungen um eine Zirkulardepeche folgenden Inhalts gewandt: Vom Generalkonsulat in Aserbaidschan waren Mitteilungen eingegangen, daß in dem von den Truppen des Schahs belagerten Täbris eine Hungersnot ausgebrochen sei und dem russischen und anderen Konsulaten ebenso wie russischen und fremden Bewohnern dieser Stadt seitens der Gegner des Schahs, die den Kampf mit den Truppen der Regierung führen, wie auch seitens der durch Hunger zur Verzweiflung gebrachten Ortsbevölkerung ernste Gefahr drohe. Deshalb war der russische Geschäftsträger in Teheran angewiesen worden, den Schah zu erklären, daß die russische Regierung, falls die persische Regierung nicht unverzüglich Maßnahmen zur Sicherstellung der Proviantzufuhr für die Konsulate und die fremden Untertanen in Täbris wie auch für die friedliche Ortsbevölkerung ergreift, sich genötigt sehen werde, eine Militärabteilung nach Täbris zu entsenden, um die Konsulate und die Ausländer zu schützen und um ihnen und der Bevölkerung die Proviantzufuhr zu sichern. Trotz des Versprechens des Schahs, dem Kommandeur der persischen Truppen, Prinzen Kain ed Daulsch, zu befehlen, Proviantzufuhr nach Täbris zuzulassen, hat der Prinz die Zufuhr nicht zugelassen, und Konsulate und Ausländer verbleiben somit in ihrer gefährlichen Lage. Angesichts dieser Wendung der Dinge hat die russische Regierung beschlossen, die dem Schah angekündigte Maßregel auszuführen. Einer russischen Truppenabteilung ist nunmehr der Befehl gegeben worden, nach Täbris auszurücken. Die Ziele, die diese Abteilung verfolgt, sind eben erwähnt. Sobald in Täbris die Ordnung wieder eintritt und Leben und Eigentum der Konsularvertreter wie der russischen und fremden Untertanen außer Gefahr sind, wird die Abteilung abgerufen werden. Auf die Einlösung dieses Versprechens darf man begierig sein.

Aus der Partei.

Ein alldemokratischer Sozialdemokrat.

Die „Fränkische Tagespost“ zu Nürnberg beschäftigt sich unter dieser Spitzmarke mit einem Artikel des österreichischen Genossen Karl Leuthner in der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“. Sie sagt dazu:

„... Karl Leuthner, der einst in den Anfängen des japanisch-russischen Krieges russisch-national dachte und wie Wilhelm II. von der gelben Gefahr redete, ist allmählich deutsch oder richtiger ostösterreichisch-national geworden, verhöht die demokratische Junkerfeindschaft (mit geistvollen Argumenten wie: auch A. v. Humboldt war ein Junker!) und landet endlich als Begünstiger der Kleinrentnerischen Kriegspolitik. In den „Sozialistischen Monatsheften“ ist nämlich aus der Feder Karl Leuthners zu lesen:

„Der feilste Schmierfink eines panslawistischen Blattes würde es abweisen, dem Begner zu dienen, ganze Scharen von deutschen Blättern dagegen machen auswärtige Politik, indem sie die „Times“, den „Matin“ und die „Kowoje Broomja“ übersehen. Auch der Chauvinismus ist eben nur ein Verbrechen, sofern er deutscher Chauvinismus ist. Und der Antimilitarismus? Rast und dankbar sein. In den schweren Stunden, die wir durchleben und fassen, was wir mit unserer Schwachen Feder doch vielleicht dazu beitragen könnten, das fürchterliche Verhängnis des Krieges fernzubalten, holen uns den einzigen Trost und die einzige Erleichterung gewisse reichsdeutsche Blätter — es waren diesmal zu ihrer Ehre sei es gesagt, doch nur wenige —, die sich täglich stärker mühten, den Kronprinzen Georg ins Helmenloch zu reden und seine Gassenbühnen als die Offenbarungen des serbischen Volkszornes zu interpretieren.“

Was uns an diesem deutschnationalen Hornesausbruch nicht gefällt, ist der bemerkenswerte Mangel an Wut, der ihn verflämmt. Wer so deutlich zu schimpfen weiß, sollte auch deutlich zu schreiben wagen. Wer ist der „feilste Schmierfink“, was sind das für „ganze Scharen von deutschen Blättern“? N. L. redet von Demokraten, aber die gibt es in Deutschland nicht, am allerwenigsten in der auswärtigen Politik. Er spottet an anderer Stelle über den Simplizismus-Kreis; aber der hat mit der unsäglichsten und stupidesten Naivität die Pentinerischen deutsch-nationalen Ideale gegen die Serben verteidigt; alle Balkanvölker waren nur Käuse, und wenn sie nicht Käuse waren, zum mindesten Blöde und Wanzen. Ja, der „Simplizismus“ hat sogar, in Erwartung des Krieges, um ja recht aktuell zu sein, schon im Voraus eine deutsch-nationale Kriegszimmer herausgegeben.

„Ganze Scharen von deutschen Blättern? Die gesamte bürgerliche Presse, durchweg Reptile des Berliner Auswärtigen Amtes, huldigt der nationalen Politik des Genossen Leuthner, keines hat insbesondere im Österreich-serbischen Konflikt das Recht Serbiens anerkannt. Nur die reichsdeutsche sozialdemokratische Presse hat Anschauungen vertreten, deren sich der feilste Schmierfink eines panslawistischen Blattes schämen würde. Nur die sozialdemokratische Presse, nur sozialdemokratische Schriftsteller können also gemeint sein.“

Und wenn Karl Leuthner nichts von Deutschland wissen sollte und ahnungslos gegen Scharen deutscher Blätter loszieht, die es gar nicht gibt, so leht doch der Herausgeber der „Sozialistischen Monatshefte“ in Deutschland und er müßte erkennen, daß jene Beschimpfungen nur die sozialdemokratische Presse Deutschlands treffen, die stolz darauf ist, nicht aus dem Sumpf der Wiener, Berliner, Frankfurter und Kölner Reptilienpresse ihre Anschauungen zu beziehen. Warum so ängstlich — nur Wut, man nenne Namen gegen „ganze Scharen deutscher Blätter“, während man in Wahrheit doch, harmlos und geistprühend, nur mit dem großen Haufen der feilen Schmierfinken läuft.“

Auch das „Volksblatt für Bochum“ geht gegen Leuthner in schärfster Weise vor. Es sagt u. a.:

„Der Artikel des Genossen Leuthner hat bereits die verdiente Anerkennung der liberalen deutschen Redaktion der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ gefunden, und der Reichsverband wird sich demnächst der zitierten Stelle mit inbrünstiger Liebe annehmen.“

Wir richten an die Redaktion der „Sozialistischen Monatshefte“ die Frage, wie sie diese Art „sozialdemokratischer“ Politik rechtfertigen will. Mit der etwaigen Erklärung, die sozialdemokra-

tische Presse sei nicht gemeint. Werden wir uns nicht zufrieden geben; es müßte denn schon der Nachweis erbracht werden, aus welchen einzelnen Blättern die „ganzen Scharen von deutschen Blättern“ bestehen, von denen Leuthner redet.

Der ganze Leuthnersche Artikel ist — versteckt unter einer Anspielung scheinbar auf andere Adressen gerichteter Wendungen — eine listige Verspottung der sozialdemokratischen Auslandspolitik. . . . Leuthner scheint auf dem Standpunkte zu stehen, daß man nach Art gewisser Friedensdeklamatoren zwar platonisch für den Frieden schwärmen kann, daheim aber inzwischen der Regierung Schiffe und Kanonen bewilligen muß, so viel sie fordert. Wir wissen nicht, ob die österreichische Sozialdemokratie geneigt sein möchte, nach dem Rezept Leuthners zu handeln; die reichsdeutsche wird es nicht tun. Sie ist aber der Überzeugung, daß sie mit dieser Politik keinem irgendwo befindlichen Gegner, sondern gerade so am besten den Interessen der deutschen Arbeiterklasse und damit den Interessen des deutschen Volkes diene. Sie muß es sich jedoch ganz entschieden verbitten, von einem Parteigenossen der Förderung der Interessen der Feinde Deutschlands beschuldigt zu werden. Wir sehen in dieser Behauptung Leuthners eine schwere Schädigung unserer gerade in Preußen-Deutschland wahrlich nicht leichten Arbeit.

Der Artikel Leuthners ist in der Tat in jeder Zeile nationalistisch und nicht sozialistisch. Wir sind indes bisher nicht darauf eingegangen, weil wir Grund hatten, abzuwarten, ob jene, die durch den Artikel in erster Linie angegriffen werden, selbst zur Abwehr schreiten würden. Nachdem das geschehen ist, werden wir die nationalistischen Entgleisungen, die neuerdings in der internationalen Sozialdemokratie zu bemerken waren, des näheren behandeln.

Verbotene Massenumzüge.

Der in Essen geplante Festzug wurde von der Polizei verboten. Das Verbot wurde damit begründet, daß bei der Eigenart der Veranstaltung und der großen Mitgliederzahl des sozialdemokratischen Vereins zu erwarten sei, daß eine große Anzahl Personen an dem Umzuge teilnehmen, außerdem eine sehr große Menge ihn begleiten werde. Die ungünstigen Straßenverhältnisse in Essen eigneten sich nicht zu solchen Massenumzügen; insbesondere lasse der überaus starke Verkehr, Fußverkehrs- und Straßenbahnverkehr bestimmt befürchten, daß durch den Umzug die öffentliche Sicherheit und die des einzelnen in weitgehendstem Maße gefährdet werden würde. — Als 1907 der deutsche Katholikentag in Essen tagte, der einen Umzug veranstaltete, an dem circa 30 000 Personen teilnahmen, kannte die Behörde anscheinend die Straßen- und Verkehrsverhältnisse nicht so genau. Sonst könnte sie doch jetzt den sozialdemokratischen Arbeitern nicht verbieten, das zu tun, was vor zwei Jahren den Katholiken zu tun erlaubt war.

Auch in Breslau wurde der Maiumzug von der Polizei verboten, angeblich weil dadurch die öffentliche Sicherheit gefährdet werde. Es ist Beschwerde erhoben worden.

Zur Maifeier.

Aus Chemnitz wird uns geschrieben: Der „Vorwärts“ berichtet in seiner Mittwochnummer an der Spitze der Parteinachrichten über die Stellungnahme unserer Parteiverammlung im 16. Kreise. Der Bericht ist zwar nicht falsch, aber ganz irreführend. Er enthält nicht die wichtigste Tatsache der Debatte, daß alle Redner (mit Ausnahme eines Jugendlichen) den Nürnberger Beschluß zu Antrag 90 für verfehlt und übereilt erklärten. Nur aus Parteidisziplin beschloß die Versammlung nach einem Antrage Noske-Niemann-Heilmann fast einstimmig, den Beschluß, weil er besteht, zu befolgen. Allgemein wurde die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß er auf dem Leipziger Parteitage geändert werde.

Eine sonderbare „Belehrung“.

In Weislingen (Württemberg) ist am 20. April d. J. der Parteigenosse Pregel gestorben, der seit vier Jahren eifrig und treu für die Partei tätig gewesen ist. Er war zuletzt zweiter Vorsitzender der Weislinger Parteioffizianten, ferner Ausschussmitglied des württembergischen Feuerbestattungsvereins. Am 19. April hatte er noch den Besuch des Genossen Pechmar, des Vertrauensmannes des Bezirks, empfangen. Nach dem Ableben des Genossen Pregel schickte sich Genosse Pechmar an, für den Verstorbenen ein würdiges Leichenbegängnis im Sinne seiner Anschauung zu bestellen. Aber noch bevor er dazu kam, erhielt er einen Brief des katholischen Stadtpfarrers Fischer, in dem ihm dieser mitteilte, daß Pregel durch eigene Willenserklärung vom 16. April aus der Partei sowohl wie aus dem Feuerbestattungsverein ausgetreten sei, wobei er zugestanden habe, daß ein Katholik, der im Frieden mit seiner Kirche sterben wolle, diesen beiden Vereinen nicht angehören könne. Er habe sich mit der Kirche ausgesöhnt und die Gnadenmittel empfangen.

Die Versicherung des Briefes klingt etwas sehr sonderbar. Am 16. April soll Genosse Pregel durch eigene Willenserklärung aus der Partei ausgetreten sein. Und am 19. April hatte er mit seinem Freunde und Parteigenossen Pechmar eine Unterredung, in der er nicht das geringste von einer Gesinnungsänderung merken ließ! Der Herr Pfarrer darf sich nicht wundern, wenn sein Brief Kopfschütteln erregt.

Gewerkschaftliches.

Strasbarer Terrorismus gegen Unternehmer.

Der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten (E. B.) hat an seine Mitglieder angesichts des Kampfes im Klempnergewerbe ein zweites Rundschreiben gerichtet, in welchem es unter anderem heißt: „Die Arbeitgeber im Klempnergewerbe sind in einem schweren gewerblichen Kampf verwickelt. . . . Sie sind in diesem Kampf im vollsten Rechte; unsere vornehmste Pflicht ist es, den kämpfenden Klempnermeistern mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu helfen. Unter keinen Umständen darf ein Mitglied unseres Verbandes einen Klempnermeister, solange der Kampf dauert, zur Fortsetzung der Arbeit drängen. Vollständig ausgeschlossen muß es jedenfalls sein, daß einem Klempnermeister, der ausgeperrt hat, die Arbeiten fortgenommen und an anderen übertragen werden, die sich dem allgemeinen Vorgehen nicht angeschlossen und diese dadurch in schlimmster Weise geschädigt haben. . . . Sollte irgend ein Verstoß hiergegen dennoch vorgekommen sein, so erwarten wir mit größter Bestimmtheit, daß sofort Abhilfe geschaffen, daß jedes Drängen eingestellt wird und arbeitende Klempner überhaupt nicht gebuldet werden. . . .“

Deshalb fordern wir, daß jedes Baugeschäft unseres Verbandes seine Schuldigkeit tut. Bei irgend einer Schwierigkeit ist sofort das Geschäftsbüro zu benachrichtigen und anzufordern.

Allen Mitgliedern des Verbandes machen wir gemäß einem Beschlusse des Partellausschusses diejenigen Klempnergeschäfte bekannt, welche sich nicht schuen, ihren Kollegen jetzt in den Kämpfen zu helfen, und die nicht nur selbst weiterarbeiten lassen, sondern auch die Arbeiten anderer treu bleibender Meister ausführen. Diese Klempnergeschäfte schädigen durch ihr Verhalten nicht nur ihre eigenen Kollegen, sondern auch uns alle.

Da der Ausgang des Kampfes der Klempner für uns von großer Bedeutung ist.

Wir werden die Liste dieser Klempnermeister jedem Rundschreiben dieses Sommers beilegen und erwarten, daß dieselbe in allen Bureaus ausgehängt wird.

Sodann folgen die Namen von 14 Bauklempnerfirmen. Es sind acht Berliner, vier Lichterfelder und je eine Charlottenburger und Wilmersdorfer.

Inzwischen hat sich nun allerdings die Zahl der Firmen, die sich mit den Arbeitern einigten, auf mehr als das Doppelte vermehrt und die gute Absicht der Herren Feuer und Konforten, diese durch ihre „schwarze Liste“ zu schädigen, dürfte fehlschlagen.

Noch charakteristischer ist folgender Vorgang:

Die vereinigten Maurermeister in M ü n d e n (Hannover) richteten an einen dortigen Unternehmer folgendes Schreiben: „Herrn Heinrich Wenzel, hier.

Seitens der hiesigen Unternehmer sind Sie verschiedentlich gebeten worden, um den Lohnkampf der Unternehmer zu unterstützen, daß Ihr Bauausführender die an Ihrem Neubau auf der Blume arbeitenden Maurer entläßt.

Leider haben Sie bisher dieser Bitte nicht entsprochen und damit zum Ausdruck gebracht, daß Sie nicht geneigt sind, für die Unternehmer einzutreten, sondern ihnen den Lohnkampf zu erschweren.

Da wir ja nicht in der Lage sind, in diesem Falle Ihnen Vorschriften machen zu können, so müssen wir aber doch die Forderung ziehen, daß wir dann gezwungen sind, unseren Bedarf an Sand und Zementwaren anderweitig zu decken.

Dem Einwande, daß Ihr Neubau infolge Streiks nicht bis zum 1. Oktober fertiggestellt werde, entgegnen wir, daß jeder von uns Ihnen gerne helfen bzw. Leute geben würde, um die verlorene Zeit wieder einzuholen.

Wir erwarten deshalb auf das bestimmteste, daß Sie Ihren Bauausführenden veranlassen, die beschäftigten Maurer zu entlassen.

Hochachtungsvoll

Die vereinigten Maurermeister.

J. A.: Adolf Pott's Nachfolger.“

Auf dem Bau des Adressaten wird zu den neuen Bedingungen gearbeitet, und das ist ja so schändlich, daß die Herren „vereinigte Maurermeister“ dagegen mit allen Mitteln einschreiten müssen. Galt bisher gültiges Zureden nichts, so soll jetzt zu einem recht terroristischen Mittel gegriffen werden. Der Widerstrebende soll durch Entziehung der ihm bisher zugesprochenen Lieferungsanträge gezwungen werden, nachzugeben und die bisher beschäftigten Arbeiter, an denen er selber nichts auszusetzen hat, zu entlassen.

Die Reichsverbandspresse, die immer über sozialdemokratische Schredensherrschaft zetert, wird diesen Terrorismus gegen widerspenstige Unternehmer ganz in der Ordnung finden.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf im Klempnergewerbe.

Wir sind in der Lage, die Pläne der Scharfmacher im Klempnergewerbe für die nächste Zeit schon heute mitzuteilen. Man beabsichtigt, die allgemeine Aussperrung für den kommenden Montag aufzuheben. Eingestellt werden sollen alle Bauklempner, die durch Inzerate usw. (d. h. also auch von Agenten!) von außerhalb Berlins angeworben werden können, jedoch nicht solche aus dem hannoverschen Streikgebiet. Bauklempner aus Berlin sollen nur angeworben werden, wenn sie keiner Organisation angehören. Aussperrte Bauklempner aus Groß-Berlin können eingestellt werden, wenn deren Organisation den Lohnstarif der Unternehmer anerkennt. Man scheint da also auf die Verräterei irgend welcher auch Organisationen zu spekulieren. Ausdrückliche Bedingung für die Einstellung soll in allen Fällen die schriftliche Anerkennung des Unternehmer-Lohnstarifes sein! Es gilt also für die Klempner, den Zugang nach dem Berliner Streikgebiet nach Möglichkeit fernzuhalten.

Die neuesten Maßnahmen der Unternehmer in ihrem Kampfe gegen die Berliner Bauklempner wurden in einer Versammlung, die am Freitagmorgen im „Gewerkschaftshaus“ stattfand, lebhaft besprochen. Aus diesen Orten sind dem Streikbureau Zeitungs-ausschnitte zugesandt worden, die übereinstimmend so abgefaßt sind, daß jeder gleich erkennen kann, daß es sich um Streikbrecher handelt, die verlangt werden. Die Innung selbst oder auch einzelne Unternehmer suchen nach Bauklempnern, aber nur minderwertige Arbeitskräfte bieten sich daraufhin an. Das wissen auch die Meister und viele versuchen, mit ihren alten Leuten wieder anzubinden. Sie schreiben Rohrpostkarten und Briefe und bitten um den Besuch der Leute. Mit Gönnermienen sprechen sie dann von ihrem „Wohlbefinden“ für die Arbeiter, die sie betören möchten, die Arbeit zu den Bedingungen der Innung wieder aufzunehmen. Cohen warnte davor, der Einladung eines Meisters überhaupt zu folgen. Wer einen Brief oder eine Rohrpostkarte erhält, solle zuerst die Streikleitung davon in Kenntnis setzen und nur nach den Ratsschlüssen handeln, die ihm von dort gegeben werden. Kommen die Meister in die Wohnungen gelaufen, sollte man sich auf keine Diskussionen einlassen. Den Plänen der Meister, die darauf ausgehen, eine Anzahl ihrer Leute einzustellen, um die von Auswärts Angeworbenen anzulernen, müsse energisch entgegengetreten werden. Heiterkeit erregte es, als Cohen bekanntmachte, daß auch Herr Vebius im „Vund“ nach Bauklempnern suche. Cohen fügte hinzu, daß zwischen Vebius und Dr. Wieselz und Feuer Verhandlungen gepflogen werden zwecks Gründung gelber Vereine in der Bauindustrie.

Nach der Bekanntmachung des Verbandes, die am Donnerstag im „Vorwärts“ erschien, haben die Unternehmer sogleich eine Versammlung einberufen. Am selben Tage haben sechs Firmen den Tarifvertrag der Arbeitnehmer unterschrieben, so daß insgesamt seit 8 Tagen 33 Firmen schon unterschrieben haben. Und diese Firmen stellen — mit einer Ausnahme — nicht nur ihre alten Leute wieder ein, sie haben sogar eifrig nach neuen Arbeitskräften verlangt, denn sie haben zahlreiche Aufträge zu erledigen. Man wird vielleicht den Firmen, die ausgesperrt haben, zeigen können, daß sie selbst Gefahr laufen, ausgeschlossen zu werden.

Wenn die Unternehmer jetzt einen verschärften Druck ausüben wollen, so wird damit nur ein verschärfter Gegenruck erzeugt werden. Die Arbeiter sind nicht müde, wenn sie sehen, daß die Unternehmer zu neuen Maßnahmen greifen. Die Hilfskräfte, die von auswärts herangezogen werden, müssen über die Situation aufgeklärt und wieder abgeschoben werden. Die Streikposten müssen mehr als vorher noch ihre Pflicht tun. Die Bedingen dürften bei längerer Dauer des Kampfes von Berlin abreißen. Den jungen Leuten erscheint dies nicht nur als Pflicht, sondern es wird ihnen auch eine Freude sein, andere Orte und andere Verhältnisse kennen zu lernen.

In der „M. Zeitung für die Blechindustrie“ werden, wie Cohen daraus vorlas, Klempner für Berlin gesucht, und es wird dazu gesagt, daß die Meister die Sperre am 26. April aufheben, daß die Klempner aber weiterstreiken wollen. Das ist wieder eine solche Meldung, die geeignet ist, die öffentliche Meinung irrezuführen. Cohen stellte fest, daß man nur auf Umwegen von der Aussperrung der Aussperrung etwas erfahren habe, daß dem Metallarbeiterverband nichts darüber mitgeteilt worden sei. Wenn die Klempner weiterstreiken, so haben sie ihre triftigen Gründe dazu; sie sind gezwungen, den

Kampf gegen die Unternehmer durchzuführen, wenn sie nicht großen Schaden leiden wollen. Interessant ist noch die Mitteilung der erwähnten Zeitung, daß für Hannover 150 Arbeitswillige gebraucht werden. Dagegen wird nicht gesagt, wieviele man in Berlin nötig hat.

Die Scharfmacher im Baugewerbe und die Maifeier.

Der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten hielt gestern unter Leitung des Baumeisters Feuer eine Generalversammlung ab und beschloß, daß die Arbeitnehmer, die am 1. Mai feiern, sofort entlassen werden. Vor Donnerstag, den 6. Mai, werden Gefellen oder Arbeiter in keinem Baugeschäft neu eingestellt. In der Zeit vom 1. bis einschl. mindestens 5. Mai bleibt der Arbeitsnachweis der Unternehmer geschlossen. Der Erfolg für die am 1. Mai Feiernenden wird vom Arbeitsnachweis entnommen, so daß die Feiernenden sich im Arbeitsnachweis neu eintragen lassen müssen. Weiter nahm die Generalversammlung Stellung zu der Aussperrung im Klempnergewerbe.

Tariffbewegung der Stukkateure.

In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, die der Zentralverband der Stukkateure am Donnerstagabend im „Gewerkschaftshaus“ abhielt, nahmen die Arbeiter zu dem Ergebnis der Tarifverhandlungen in der Schlichtungskommission Stellung. Der Vorsitzende Dietrich erstattete Bericht über die Verhandlungen. Die Vertreter der Arbeiter hatten, gemäß den Beschlüssen der letzten Versammlung, dem Verlangen der Arbeitgeber in zwei Punkten nachgegeben, sie erklärten sich bereit mit der Verschiebung für den Ablauftermin des Tarifs vom 15. Mai auf den 31. März und ferner mit dem Ausschluß der Kündigungsfrist im einzelnen Arbeitsverhältnis. Die Unternehmer hatten erklärt, daß sie weitere Verschlechterungen des Tarifs nicht beabsichtigen. Durch das Entgegenkommen der Kommission konnte man nun glauben, daß die Wege zu einer Einigung geebnet waren. Aber die Unternehmer stellten Forderungen auf, die trotzdem weitere Verschlechterungen für die Arbeiter brachten. Sie verlangten Zugeständnisse in der Bestimmung der Löhne für die Ausgelernten, in der Berechnung des Stundenlohnes und anderen Dingen. Die Kommission konnte sich auf nichts dergleichen einlassen und sie empfahl auch der Versammlung, die Forderungen der Unternehmer abzulehnen.

In der Diskussion, die dem Bericht folgte, gab sich viel Entzweiung kund darüber, daß die Arbeitgeber überhaupt noch mit Verschlechterungen des Tarifs kommen, und die Arbeiter sprachen sich übereinstimmend dahin aus, daß man auf die Wünsche der Unternehmer nicht eingehen dürfe. Der Schlichtungskommission wurde der Auftrag erteilt, die vorgelegten Forderungen der Arbeitgeber rundweg abzulehnen. Sie hat dafür Sorge zu tragen, daß in kürzester Zeit ein Tarifvertrag vorgelegt wird, der nur dann den Kündigungsausschluß und die Verlegung des Ablauftermins des Tarifvertrages enthalten darf, wenn demgegenüber eine Erhöhung des Bau- und Werkstattdienstes eintritt.

Die Neuwahlen des Ausschusses und der Gauleitung, die dann vorgenommen wurden, hatten folgendes Ergebnis: Wenzel, Scheel, Hanke, Gladigo, Siebler; in die Gauleitung wurden gewählt: Radtke, Hanke und Dietrich.

Zum Schluß erstattete Radtke den Bericht vom Verbandstag.

Arbeitslosenunterstützung für die Maler.

Der Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher hatte für Berlin und Umgegend 14 Bezirksversammlungen veranstaltet, um die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu besprechen. Die Versammlungen, zu denen auch die Frauen der Mitglieder eingeladen waren, fanden am Montag, Dienstag, Mittwoch- und Donnerstagabend statt. Die Frage der Arbeitslosenunterstützung ist für die Verbandsmitglieder nicht mehr neu, denn schon in den Jahren 1903 und 1905 haben sie sich damit beschäftigt. Der Ausschuss hatte Vorlagen ausgearbeitet, entsprechend den gehörten Wünschen eines Teiles der Mitgliedschaft, aber die Mehrheit lehnte die Vorlagen beide Male in der Abstimmung ab. Den meisten erschien die gebotene Unterstützung als gar zu gering, um großen Wert darauf zu legen. Man überließ, daß es sich zuerst darum handelte, eine sichere Unterlage für die neue Einrichtung zu gewinnen. Im Malerberuf liegen die Verhältnisse so, daß sich dieser Keuerer viel mehr Schwierigkeiten entgegenrücken als in anderen Gewerkschaften. Die Arbeitslosigkeit ist außerordentlich groß; es ist festgestellt worden, daß 70—75 Proz. der Mitglieder 40—42 Tage im Jahre arbeitslos sind. Daher konnten zuerst nur niedrige Unterstützungssätze geboten werden; man hätte sonst die Beiträge erhöhen müssen. Einer Erhöhung der Beiträge stehen aber gewöhnlich Bedenken entgegen. In den letzten zwei Jahren ist die Frage einer Unterstützung der sich suchbar mehrenden Arbeitslosen aber brennend geworden. Die Mitglieder sollten nun über einen Vorschlag entscheiden, nach welchem die fakultative Arbeitslosenunterstützung eingeführt wird. Jeder kann sich somit bei dem Verbandsrat gegen Arbeitslosigkeit beschern, ohne dazu gezwungen zu sein. Das Regulativ darüber ist in dem Fachorgan veröffentlicht und erläutert worden. Es liegt in dem Interesse eines jeden, dieser Versicherungslasse beizutreten. Dann erst wird eine sichere Unterlage geschaffen werden, auf welcher die nächste Generalversammlung des Verbandes, im Frühjahr 1911, weiterbauen kann, um die Erwerbslosenunterstützung einzuführen.

In den Versammlungen wurde die Wichtigkeit dieser Unterstützung nach verschiedenen Richtungen hin erörtert. Die Versammlungen waren gut besucht, eine rege Diskussion wurde geführt und in allen 14 Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, die sich für die gemachten Vorschläge erklärte. Nur eine verschwindende Minderheit stimmte dagegen.

Deutsches Reich.

Der Verbandstag der Zimmerer in Stuttgart hat, wie telegraphisch von dort gemeldet wird, die Anträge, die auf Verschmelzung zu einem Bauarbeiterverbande gestellt waren, abgelehnt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vormarsch der Truppen.

Konstantinopel, 23. April. (B. L. Z.) Die mazedonischen Truppen scheinen gegen die Stadt vorzurücken und haben Karlikoi, zwischen San Stefano und den Stadtmauern, besetzt. Auch gegen Pera und den Bosphorus scheinen die Truppen vorzurücken. Man glaubt, daß die Aktion gegen den Hiliz vielleicht heute nacht erfolgt.

Bergarbeiterstreik.

Lüttich, 23. April. (B. L. Z.) Außer auf der Grube Mont-Crotois ist heute auf der Grube Flemalle Grande angeblich wegen Lohnkürzung ein Streik ausgebrochen. Ein Umsturz greifen der Streikbewegung wird befürchtet.

Folgen schwere Explosion.

Brüssel, 23. April. (B. L. Z.) In Wasrode bei Gent ist der Dampfessel einer Zuckerraffinerie explodiert. Die Fabrik ist in Brand geraten. Wie es heißt, sind zehn Menschen getötet und mehrere verwundet worden.

Reichstag.

246. Sitzung vom Freitag, den 23. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Rieberding.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung eines Gesetzesentwurfes betreffend die Aenderung des Strafgesetzbuches.

Die Vorlage enthält eine Milderung der Bestimmungen über die Verfolgung und Bestrafung des Hausfriedensbruchs, der Verletzung des Arrestbruchs, des Siegelbruchs und der Vereitelung der Zwangsvollstreckung...

Staatssekretär Dr. Rieberding begründet die Vorlage, bleibt aber bei der herrschenden Unruhe und seiner leisen Stimme auf der Tribüne im Zusammenhänge unverständlich. Er betont, daß alle Bestimmungen des Entwurfs auf Anregungen des Reichstages beruhen...

Abg. Engels (Z.): Die in der Vorlage gebrachten Strafmilderungen haben wir lange gefordert, und sie hätten sehr wohl früher kommen können. Fragen muß ich auch, warum Milderungen nur im bürgerlichen Strafrecht vorgesehen werden...

Abg. Pernis (L.): Wir begrüßen die Vorlage mit Genehmigung, wir halten sie für klein, aber für gut, wir setzen in ihr eine Vereinfachung von Minderheiten, die dem Richter fast alle Tage sichtbar werden...

Abg. Dr. Barenhorst (Sp.): Mit den Strafmilderungen der Vorlage sind meine Freunde, ohne den Beratungen der Kommission natürlich vorgreifen zu wollen, im allgemeinen einverstanden. Ebenso sind wir mit den Strafverschärfungen bei den Verleumdungen einverstanden...

Abg. Dr. Osann (Nst.): Mit den Strafmilderungen des Entwurfs sind wohl alle Parteien des Reichstages einverstanden. Auch mit der Verschärfung der Maximalstrafe bei Verleumdungen kann man einverstanden sein...

Abg. Frohme (Soz.): Das aus den sechziger Jahren stammende Strafgesetzbuch beruht...

auf dem Rechtsbewußtsein des damaligen liberalen Bürgertums, ist also eine Schöpfung nicht sozialer, sondern recht reaktionärer Gesinnung. Schon mit seinem Inkrafttreten zeigt auch der Widerstand gegen manche Bestimmungen ein, der im Laufe der Jahre immer stärker geworden ist...

durch das nur ein paar Punkte herausgegriffen werden. Die Vorlage ist wohl eine Frucht der Modestität, in der Tat hat ja Kaiser Nikolaus in einer seiner ersten Reden im Reichstag von dieser Reform gesprochen.

Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Vorlage befaßt sich mit der Milderung der Verfolgung und Bestrafung des Hausfriedensbruchs. Eingeregnet bedenklich erscheint allerdings der Wortlaut des § 123, wonach auch das unbefugte Eindringen in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst oder Verkehr bestimmt sind...

Schuld die Gesellschaft selbst. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Verantwortung mit ihren Einrichtungen an meisten derartige Missetatendiebstähle und ist jedenfalls mitschuldig. Mit Recht ruft der Dichter ihr zu: „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann übergebt Ihr ihn der Pein“...

Kleines feuilleton.

Theater.

Sebel-Theater: „Arsène Lupin“, Detektivkomödie von Beblane und de Croisset. Sebel-Theater und Detektivkomödie, das reimt sich schlecht zusammen, aber auch die stolzen Bühnenprogramme helfen über die leibige Notwendigkeit nicht hinweg...

Die Detektivkomödie der beiden französischen Autoren, so strupplos sie über Wahrscheinlichkeit und psychologische Motivierung hinwegsetzt, hält sich, nach billigen Ansprüchen gemessen, noch auf passablem Niveau und bringt in ihrem Schlußakt bei dem lächelnd ausgefochtenen Wortkampf zwischen dem prominenten Gauner und dem ihm ebenbürtigen Detektiv sogar zu einigen Szenen von außerordentlich amüsanten Schlagkraft...

Humor und Satire.

— Türkische Anregung. Die Türken sehen ihren Sultan ab. Viele Zeitgenossen, die von Abdul Hamid eigentlich gar nichts wissen, werden dieses Ereignis mit einem gewissen Begehren zur Kenntnis nehmen. Es ist schon lange her, daß irgendein Thron von seinem Besitzer gereinigt wurde!

— Ein „Gesichts“punkt. Dem Mannheimer Grenadierregiment ist letzter Tage der Besuch der im Hoftheater (?) geminteten Komödie „Der König“ verboten worden. Wir haben von dieser Staatsaktion nicht Notiz genommen, weil solche Schildbürgerereien in deutschen Garnisonsstädten alle Naselang unterlaufen...

— Ewen Hedon, der Harmlose. Wir haben der Gesellschaftslosigkeit Ewen Hedons gelegentlich die ihr gebührende Achtung zukommen lassen. Wie sich jetzt aber herausstellt, ist der Mann doch besser als sein Ruf, und harmlos bis zur Unglaublichkeit.

Stoßseufzer. Hausherr: „Wenn nur die Stiefelwädh oder die Händhölzer teurer wärdn, daß ich wieder einen Grund hätt zum Steigern!“

Offenherzig. Gast (im Restaurant gegenüber dem Gerichtshaus): „Bringen Sie mir mal noch eine Flasche Champagner, Herr Wirt!“ — Wirt (vertraulich): „Freigesprochen worden?“ — Gast: „Nein — Offenbarungseid geleistet!“

Im Jahre 2000. ... Wie, nachts zehn Uhr kommen Sie betteln? — Verzeihung, Madam, aber tagsüber sind die Herrschaften ja alle droben in der Luft!

Zentrumslandidaten. „Und ist es wahr, Erlaucht, daß Majestät Sie schon einmal auf die Schulter geklopft und gesagt hat: „Sollen ja ein famoser Staatspieler sein?“ — „Aberdings, das ist wahr!“ — „Aun, dann sollen Sie das Mandat haben!“

Notizen.

Ein „Gesichts“punkt. Dem Mannheimer Grenadierregiment ist letzter Tage der Besuch der im Hoftheater (?) geminteten Komödie „Der König“ verboten worden. Wir haben von dieser Staatsaktion nicht Notiz genommen, weil solche Schildbürgerereien in deutschen Garnisonsstädten alle Naselang unterlaufen...

Ewen Hedon, der Harmlose. Wir haben der Gesellschaftslosigkeit Ewen Hedons gelegentlich die ihr gebührende Achtung zukommen lassen. Wie sich jetzt aber herausstellt, ist der Mann doch besser als sein Ruf, und harmlos bis zur Unglaublichkeit. Da hat er, wie er selber kund und zu wissen tut, mit dem Agenten Jules Sachs einen Kontrakt abgeschlossen: Sachs machte den Manager und Hedon rebete. Bei dem Geschäft verdient der Herr Weltreisende nach Abzug aller Unkosten in ganz kurzer Zeit allein mit seinen zwölf deutschen Vorträgen 20 720 Kronen!

und den gesetzlichen Rahmen reifen kann, ist die Not, und sie bedarf zweifelnder Berücksichtigung. Das Wohl von Berücksichtigung aber, daß der Entwurf ihr zuerkennt, ist unieres Erachtens noch viel zu gering. Es soll immerhin noch mit Geldstrafe bis zu 300 M. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft werden können, wer aus Not geringwertige Gegenstände entwendet oder unterschlägt. Diese Beschränkung auf geringwertige Gegenstände hat ihre Bedenken. Wer durch die Not, durch Hunger und Kälte zum Diebstahl getrieben wird, pflegt das ihm erreichbare fremde Eigentum nicht auf seinen Wert anzusehen. Die Not entschuldigt gleichermäßen den Diebstahl eines höherwertigen wie eines geringwertigen Gegenstandes. Ob eine arme Mutter, um ihr Kind vor der Kälte zu schützen, ein geringwertiges oder ein höherwertiges Kleidungsstück, wie sie es gerade erlangen kann, nimmt, sollte unmöglich für die Verteilung des Falles maßgebend sein. Wenn man hier schon bestraft, sollte man über geringe und leichte Fast nicht hinausgehen. Grundsätzlich läßt sich sehr wohl die Forderung, daß ein solcher Diebstahl als ein

Alt des Rechts strafrei

bleiben muß, (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Rindesend müßte der Richter in der Lage sein, unter Würdigung des Zwanges in der Not auf Freisprechung erkennen zu können. Leider ist das nach dem Vorschlag des Entwurfs ausgeschlossen. In der Schlussnummer des Entwurfs erhält der Tatbestand der Erpressung eine veränderte Fassung, die insbesondere für die Arbeiterkassationen von größter Wichtigkeit ist. Nach dem geltenden § 253 wird wegen Erpressung bestraft, wer, um sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, einen anderen durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung zwingt. Die Begründung des Entwurfs sagt nun, diese ungemein weite Fassung des Begriffs der Erpressung hat ihm ein so ausgedehntes Anwendungsgebiet gegeben, daß in zahlreichen Fällen Handlungen als Erpressung bestraft werden, bei denen nach der allgemeinen Auffassung ein ehrenrühriges Vergehen nicht vorliegt. Der Begriff der Erpressung ist von Staatsanwälten und Richtern auf die Androhung von Strafs, Sperren und Bannstrafen ausgedehnt worden. Zum wirtlichen Wesen eines solchen Delikts gehört es aber auch, daß es auf eine Vermögensschädigung gerichtet ist und eine solche zur Folge hat. Ganz unklar ist der Zustand, daß die Rechtspredigt dazu gelangt ist, als rechtswidrigen Vermögensvorteil jeden Vermögensvorteil anzusehen, auf dessen Erlangung ein Rechtsanspruch nicht besteht. Bei solcher Auslegung muß der Richter, der mit Würdigung des Zwanges aus, der mit der Entziehung der Rundschaft droht, falls ihm die angebotene Ware für einen von ihm angemessenen Preis nicht verkauft wird, der Richter, der mit Würdigung droht, der Arbeitgeber oder Arbeiter, der durch Drohung mit Entlassung bzw. mit Arbeitsentziehung Zugeständnisse hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen will. Die Begründung fügt hinzu, daß namentlich die letztgedachte Folgerung mit der Tendenz des § 162 der Gewerbeordnung im Widerspruch steht und beide Parteien schädigt, indem sie sie veranlaßt, Ausgleichsverhandlungen zu vermeiden. Daß der Gesetzgeber eine solche Ausdehnung des Begriffs der Erpressung nicht beabsichtigt hat, steht ganz außer Zweifel. Die im Entwurf vorgeschlagene Fassung des § 253 will den Tatbestand der Erpressung dem Tatbestande des Betruges in jeder Beziehung anpassen, insbesondere soll die Vollendung des Vergehens erst dann eintreten, wenn das Vermögen eines anderen tatsächlich geschädigt worden ist. Beachtenswert ist die Schlussbemerkung der Begründung, daß bei dem Zwange zum Abschluß eines gegenseitigen Vertrages für die Frage, ob eine Vermögensschädigung vorliegt, der Wert der beiderseitigen Leistungen in Betracht zu ziehen sei. Eine durch Drohung mit Arbeitsentziehung erlangte Lohnerhöhung würde also nur dann als Erpressung strafbar sein können, wenn der auf die Drohungen hin vereinbarte Lohn im Verhältnis zu dem wahren Werte der Arbeitsleistung steht. Es muß das größte Bedenken erwecken, daß die Entscheidung der Frage nach dem wahren Wert der Arbeitsleistung für die Feststellung des Begriffs Erpressung bestimmend sein soll. Welches ist dieser wahre Wert? Worin begründet er sich? Wie läßt er sich feststellen? Wer soll ihn feststellen? Man kann doch nicht eine freie nationale ökonomische Frage mit einer strafrechtlichen verquiden. Dieser Fehler, der leicht die Handhabe zu

schändlicher und ungerechter strafrechtlicher Behandlung von Arbeitern abgeben kann, darf nicht in das Gesetz hinein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wer bürgt dafür, daß einzelne Gerichte nicht jede erhebliche Lohnerhöhung als im Verhältnis zur Arbeitsleistung stehend ansehen werden. Was ist für den Arbeiter gewonnen, wenn er durch Drohung mit Arbeitsniederlegung nur eine unbedeutende Lohnerhöhung durchsetzen darf, aber befürchten muß, bei Erlangung eines im Vergleich zu früher wesentlich höheren Lohnes der Verhaftung als Erpresser zu verfallen. (Sehr wahr! S. d. Sozialdemokraten.) Unbedingt muß verlangt werden, daß dem § 253 eine Bestimmung zugesetzt wird, wonach eine Handlung aus § 162 der Gewerbeordnung nicht als Erpressung zu erachten ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Erfahrung lehrt, daß es notwendig ist, Dinge dieser Art im Gesetz zweifelslos genau und ohne daß sie Mißverständnissen ausgesetzt sind, festzulegen. Der Erpressungsparagraf darf nicht eine Waffe gegen die Arbeiter sein. Es darf nicht möglich sein, ehrenhafte Arbeiter, weil sie sich zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen vereinen, von Rechts wegen zu Erpressern zu stempeln. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine ungeheuerliche Ungerechtigkeit, das ist die denkbar ärgste Vergeßlichkeit, die

Schändung eines gesetzlich gewährten Rechts.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Scharfsten grundsätzlichen Widerspruch erheben wir gegen die Abänderung der §§ 186 bis 188, die nach der offiziellen Erklärung eine Verstärkung des Schutzes der Ehre durch eine gewisse Einschränkung des Wahrheitsbeweises und durch Erhöhung der angebotenen Geldstrafen und der Buße bezweckt. Das ist jedenfalls der Kern der vorgeschlagenen Reform, die für uns durchaus unannehmbar ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Begründung des Vorschlags, den Wahrheitsbeweis im Beleidigungsprozeß einzuschränken, enthält nichts Stichtätiges. Die Begründung meint, daß das Eindringen in die Verhältnisse des privaten Familienlebens und ihre Erörterung in einer gerichtlichen Verhandlung selbst bei einem für den Beleidigten günstigen Ausgange des Prozesses unter Umständen zu einer empfindlichen Schädigung seines Ansehens und zu einer Gefährdung seines Familienlebens führen. Ich bin gewiß dafür, daß die Privatverhältnisse des einzelnen einen möglichst weitgehenden Schutz gegen jede Sündung und Schädigung genießen, aber es gibt doch Fälle, wo die Rücksicht auf private Interessen zurücktreten muß vor dem allgemeinen rechtlichen Interesse. Ich will auf den Eulenburgprozeß nicht näher eingehen; aber es ist wohl zu verstehen, daß die öffentliche Meinung der Ueberzeugung ist, daß der Eulenburgprozeß und der Molke-Hardenprozeß den Anstoß zu diesem Vorschlag gegeben haben. Daß eine Beweisaufnahme nur mit Zustimmung des Beleidigten zulässig sein soll, kann zu geradezu ungeheuerlichen Konsequenzen führen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auf diese Weise kann der argste Schutz, der dem vorerwähnten Recht, der keinerlei Schonung verdient, vor Gericht als ein unschuldiger, harmloser, guter Mensch sich aufspielen. Allerdings kann mit dem Eingehen auf Verhältnisse des privaten Familienlebens Mißbrauch getrieben werden; er wird auch gelegentlich getrieben. Das zeigen die Skandalprozesse, die von der Revolverpresse veranlaßt werden. Aber der Schaden, den diese Presse anrichtet, steht in keinem Verhältnis zu dem Schaden, den das öffentliche Recht erleiden würde, wenn der Vorschlag der Regierung Gesetz würde. In sehr vielen Fällen kann die Verteidigung in Beleidigungsprozessen nicht erfolgreich oder überhaupt nicht geführt werden ohne Bezugnahme auf die Verhältnisse des Privat- und Familienlebens des Beleidigten und Klägers. Der vornehme Verzug der anständigen Presse, öffentliche

Mißstände aufzudecken, wird durch den Entwurf schwer gefährdet. Das heißt der Professor des Strafrechts in Königsberg, Dr. Eduard Hoffmann, in einer Kritik des neuen Beleidigungsparagrafen in der Strafrechtswissenschaft, der die oppositionelle Presse mundst machen will, nachdrücklich hervor. Der Entwurf gewährt dem Kläger geradezu eine Prämie für unwürdiges und unsittliches Verhalten. Er läßt den Wahrheitsbeweis nicht zu und macht den Kläger damit gewissermaßen zum Richter in eigener Sache, der sogar noch eine hohe Buße vom Beklagten verlangen kann. Dieser Vorschlag schafft ein

neues Stück Klassenrecht;

denn in der Regel handelt es sich in solchen Fällen um Mitglieder der sogenannten besseren und besten Gesellschaft, deren sittliche Fäulnis in den letzten Tagen an das Licht der Öffentlichkeit gelangt ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Hürdet etwa die Regierung, daß es noch mehr Prozesse in der Art wie die Molke- und die Eulenburgprozeße geben könnte? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie muß wohl Grund haben zu solcher Befürchtung. Aus ihr mag sich ihr Vorschlag erklären, der nicht eine Verstärkung des Schutzes der Ehre bedeutet, sondern eine Vergeßlichkeit des Rechtes der Wahrheit auf ihre freie öffentliche Verkündung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Reine Freunde halten es für unmöglich, daß sich im Reichstag eine Mehrheit für die Einschränkung des Wahrheitsbeweises findet. Der Vorschlag muß fallen und wird fallen, hoffentlich schon in der Kommissionsberatung, der wir zustimmen.

Wir werden nicht aufhören, für eine gründliche Reform des Strafrechts und der Strafrechtspflege in ihrem vollen Umfange zu wirken. Für eine Reform, die sich zu vollziehen hat im Geiste der Humanität und geläutertem sozialen und ethischen Empfinden heraus. Diese gründliche Reform muß ausgehen von der Hebung der wirtschaftlichen Lage des arbeitenden Volkes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Hebung widerspricht Ihre Lebensmittelpolitik, ihr Widerspruch das System der indirekten Steuern, das jetzt eine weitere Ausgestaltung erfahren soll. Notwendig ist weiter eine Hebung der Volksbildung, eine intellektuelle Hebung des ganzen Volkes, aber auch des Richterstandes, der damit betraut ist, die Gesetze zu handhaben. Vielen unserer Richter mangelt noch das richtige soziale Empfinden. Auch hier muß auf eine Verbesserung hingewirkt werden, und ich wünsche, daß die Regierung das nötige tun, damit diese Besserung eintritt. Die Klassenjustiz, die ihre Grundlage in der rücksichtslosen Klassenherrschaft hat, muß überwunden werden. Für die Erfüllung dieses Programms werden wir nach wie vor eintreten. Das ist nicht ein sozialdemokratisches Programm, das ist ein Programm, das alle Menschen haben müssen, die human und gerecht empfinden. Die bestehenden Zustände legen allen das Wort zur ernstesten Überlegung nahe: „Vernicht gerecht sein, ihr seid gewarnt.“ (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Roth (Bierich, Wg.): Wir stehen im allgemeinen dem Entwurf sympathisch gegenüber. Den Abänderungen werden wir zustimmen. Den Abänderungen der Bestimmungen über die Tierquälerei stimmen wir zu, wir wünschen nur, daß endlich auch ausgesprochen werde, daß das sogenannte Schächten der Tiere auch eine Tierquälerei ist.

Abg. Werner (Reformpartei): Wir sind stets für eine Verschärfung des Beleidigungsparagrafen eingetreten, aber gegen die jetzige Fassung muß man lebhaftest Bedenken äußern. Die Grenzen des privaten Lebens müssen genau festgesetzt werden. Am besten wäre es, die ganze Reform über die Beleidigungsparagrafen zurückzustellen bis zur allgemeinen Reform des Strafbuches. Das Haus verliert sich. Nächste Sitzung: Sonnabend 2 Uhr. (Rechnungssachen, Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Zur Geschäftsordnung des Reichstags.

Der Seniorenkonvent hat gestern seinen früher gefaßten Beschluß, wonach in Rücksicht auf die Arbeiten der Finanzkommission am Dienstag und Donnerstag jeder Woche keine Plenarsitzungen stattfinden sollten, einer Revision unterzogen. Nach längerer Beratung einigte man sich dahin, daß zunächst der Freitag, Sonnabend und Montag jeder Woche für das Plenum Sitzungsfrei bleibt und daß die Kommissionen Freitag und Sonnabend ihre Arbeiten fortsetzen, während der Montag auch für die Kommissionen Sitzungsfrei bleiben soll. Eine Anregung, das Plenum bis nach Fertigstellung der Finanzkommissionsarbeiten zu vertagen, ist vorläufig zurückgestellt worden.

Aus der Subjektkommission des Reichstags.

(61. Sitzung, 23. April.)

Der Antrag Erzberger, die Vertretung des Rechnungshofes in der Rechnungskommission betreffend, wird, nachdem statt „Vertreter“ „Mitglied“ und anstatt „staatswirtschaftlichen“ „etatrechtlichen Verwendung“ gesetzt worden war, gegen eine Stimme angenommen.

Hierauf trat die Kommission in die Beratung der Besoldungsvorlage ein. Auf Antrag des Berichterstatters Dr. Dröschner wurde beschlossen, zwei Lesungen stattfinden zu lassen und die Beratungen in einem schriftlichen Bericht an den Reichstag niederzulegen.

In der Generaldebatte beklagt sich Erzberger über die von den Beamten in neuerer Zeit betriebene Agitation, wo man so weit gegangen sei, Parlamentarier, die sich gegen einige Beamtenforderungen im Parlament wendeten, mit Durchschlägen gedroht hätte. Das schlimmste sei dabei, daß ein Beamter des Reichsfinanzamts der Hauptangelegenheit dieser Verhandlungen sei. Er verlange Auskunft, weshalb das Reichsfinanzamt hier gegen diesen Beamten nicht eingeschritten sei. Staatssekretär Schow erklärte, daß er der Beamtenagitation völlig fernstehe. Geheimrat Heller, der übrigens kein etatsmäßiger Beamter sei, habe es übernommen, die Offenheit über die Steuerreform aufzuklären, und das Recht müsse die Regierung für sich in Anspruch nehmen. Verschiedene Abgeordnete sprachen sich gegen den Ton aus, der in den Beamtenversammlungen geherrscht habe. So erklärt der konservative Abg. Dröschner, daß das Auftreten der Beamten in seinen Kreisen keine Enttarnung herbeigeführt und eine Wirkung im entgegengesetzten Sinne als von den Beamten gewünscht werde, erzeugt habe. Genosse Singer hält die Kritik an den Beamtenversammlungen für ungerecht. Es gewinne den Anschein, als wolle man den Beamten das Recht, in Versammlungen ihre Beschwerden in der von ihnen beliebigen Form vorzutragen, beschränken.

In die Spezialberatung soll in der nächsten am kommenden Dienstag stattfindenden Sitzung eingetreten werden.

Die Kontingentierung in der Finanzkommission.

Das Branntweinkontingent wird an die einzelnen Brennereigüter nach Maßgabe der zum Kartoffelbau geeigneten Landflächen verteilt. Bei der Bemessung des Kontingents muß jene Bodenfläche abgezogen werden, die zum Bau von Kartoffeln ungeeignet ist oder die durch die Kultur anderer Produkte besser ausgenutzt werden kann. Nun gibt es aber Güter, denen Kartoffelboden anzurechnen ist und die deshalb ein, der Größe dieses Bodens entsprechendes Kontingent haben, die aber in Wirklichkeit nur wenig Kartoffeln zu Brennwecken bauen, vielmehr längt zum sukzessiven Rubenbau übergegangen sind. Für ihre Brennereizulassung kaufen sie die meisten Kartoffeln und unterscheiden sich sonach kaum noch von den gewerblichen Brennereien. Trotzdem beziehen sie die Rubenabgabe von 20 M. für ihr viel zu hohes Kontingent. Es handelt sich dabei um eine Anzahl von Gütern, denen zum Teil

Das Kontingent von der Kontingentierungskommission herbeigekommen war, und die es dann auf ihre Beschwerde hin vom preussischen Landwirtschaftsminister wieder erhalten haben. Diese Auslegung der Kontingentierungsvorschriften ist nach Ansicht der Mehrheit der Kommission falsch. Abg. Dr. Sade Lum beantragte deshalb, die Regierung möge eine Liste jener Brenner vorlegen, die auf diese Weise zu einem Kontingent gekommen sind. Der Antrag wurde von den Konservativen mit dem Argument bekämpft, daß man nicht einen Einblick in private Verhältnisse gestatten könne! Der Antrag wurde schließlich angenommen, sehr zum Verger der Konservativen, von denen Dr. Dietrich wie besessen hin- und herannte, um die einzelnen Mitglieder der Blockparteien zu veranlassen, gegen den Antrag zu stimmen. Der Liebe Ruhe war umsonst. Und nun beschloßen die Agrarier, sich zu rächen, indem sie in der nächsten Sitzung beantragten, daß eine Liste aller Brenner von ganz Deutschland der Kommission unterbreitet wird. Der Zweck des Antrages ist der, zunächst einmal die Sache zu verschleppen und dann das gesamte Bild der Korruption nach Möglichkeit zu verwischen.

Bünderische Musterarbeit.

Nach einer Arbeit von 15 Monaten ist die Viehsteuereinkommenkommission des Reichstages am Freitag mit der Fertigstellung des Berichtes — beinahe fertig geworden. Mit der Ausarbeitung des Berichtes war, gleich zu Beginn der Sitzungen, der konservative Abgeordnete Siebenbürger beauftragt worden. Dieser Herr ist königlicher Oekonomierat, Mitglied der Landwirtschaftskammer, Mitglied des Bundes der Landwirte usw. Der von ihm verfaßte Bericht umfaßt eigentlich das ganze Hundert der bearbeiteten Anträge — insgesamt 60 Seiten. Aber wie eigenartig dieser Bericht abgefaßt ist, das beweist der Umstand, daß von 6 Mitgliedern der Kommission insgesamt 9, von den Vertretern des Reichsgesundheitsamtes 5, von den Regierungsvertretern 23, zum Teil seitenslange Korrekturen beantragt wurden! Hierdurch wurden von den 60 Berichtseiten 80 vollkommen umgeändert. Aber damit nicht genug! Abg. Scheidemann stellte fest, daß für die Herren, die sich zu Korrekturen veranlaßt sahen, es gewiß nicht angenehm gewesen sei, sich dieser Arbeit unterziehen zu müssen. Immerhin seien sie in einer beneidenswerten Lage ihm gegenüber. Er hätte mit seinen Freunden keine Korrekturen vornehmen können, weil sie für den Herrn Berichterstatter anscheinend überhaupt nicht in der Kommission anwesend gewesen seien. Abgesehen von einigen mehr oder weniger schiefen Andeutungen, könne man den Eindruck gewinnen, als hätte niemals ein Sozialdemokrat für oder gegen einen Antrag oder Paragraphen gesprochen. Er wolle den Herrn Berichterstatter nicht kränken, sehe sich aber doch genötigt, zu beantragen, ihm seinen Bericht wieder zurückzugeben mit dem Ersuchen, einen neuen Bericht auszuarbeiten, in dem

1. die von verschiedenen Kommissionsmitgliedern sowie Vertretern und Kommissaren des Bundesrats und des Reichsgesundheitsamtes schriftlich beantragten Korrekturen und Reformulierungen vorzunehmen sind;

2. die Ausführungen aller Kommissionsmitglieder, die sich an den Arbeiten der Kommission rednerisch beteiligt haben, in derselben verständlichen Weise zu fixieren sind, wie das in dem vorliegenden Entwurf mit den Ausführungen der den konservativen Parteien angehörigen Mitglieder geschehen ist.

Wäre der Bericht nicht noch mangelhafter gewesen, als er nach dem Ausgeführten dem Richteingeweihten erscheinen muß, dann würde dieser Antrag in der agrarischen Kommission wie eine plötzliche Bombe gewirkt haben.

Der Antrag wurde zwar abgelehnt, aber doch mit Verständnis getürdigt. Ministerialdirektor von Jonquierres gab — natürlich verblümt — seine Verechtigung zu. Ein Freisinniger und ein Nationalliberaler befürworteten ihn!

Man kam unseren Vertretern schließlich entgegen: man akzeptierte einen Antrag, demzufolge in einer weiteren Lesung die noch zu gewärtigenden Nachträge geprüft und ausgenommen werden sollen.

Ein so einseitiger Tendenzbericht, wie ihn der Abg. Siebenbürger verfaßt hat, dürfte kaum jemals einer Kommission vorgelegt worden sein. Vermutlich wird nunmehr das Viehsteuergesetz in etwa zwei oder drei Wochen in zweiter und dritter Beratung vom Plenum des Reichstages erledigt werden.

Vermischtes.

Zusammenstoß zweier Dampfer.

Ein Telegramm aus Kristiania meldet: Der Wilson-Dampfer „Oxford“ stieß bei der Ausfahrt aus Kristiania bei Droebeal mit dem einlaufenden Dampfer „Edith“ von Kristiansand zusammen. Die „Edith“ sank binnen zwei Minuten. Von der Mannschaft sind der Kapitän und 15 Mann sowie die Frau des Kapitäns unversehrt. Es wurden gerettet der erste Steuermann und vier Mann der Besatzung sowie ein Passagier. Die „Oxford“ wurde bei einer Insel in der Nähe von Kristiania auf Grund gesetzt.

In eine Kompagnie gefahren. Aus München wird gemeldet: Gestern abend 10 Uhr fuhr auf der Angolfädter Chaussee eine Automobilroschle in eine von einer Nachtlager kommende Kompagnie des Infanterieregiments hinein, wobei zwei Soldaten schwer verletzt wurden. Das Automobil setzte die Fahrt mit äußerster Geschwindigkeit fort, wurde aber bei Schleichheim von der inzwischen verständigten Polizei angehalten. Der Chauffeur gab an, die Soldaten, obwohl diese sangen, weder gesehen noch gehört zu haben. Er sei aus Furcht vor einer Unschuldigung weitergefahren.

Aus den Trümmern Messina. Aus den Trümmern der durch das Erdbeben zerstörten Stadt Messina wurden, wie eine Meldung aus Rom besagt, bisher 25 000 Leichen geborgen. Es wird angenommen, daß unter den schwer zugänglichen Schutthäufen noch 45 000 Tote liegen.

Wittlicher Marktbericht der holländischen Markt-Holländischen Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markten. Markttag: Freitag. Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft. Preise unverändert. Bild: Zufuhr sehr knapp, Geschäft regt, Preise fest. Wetter: Zufuhr sehr knapp, Geschäft regt, Preise hoch. Fische: Zufuhr reichlich, Geschäft etwas schleppend, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Getreide: Zufuhr reichlich, Geschäft anfangs ruhig, später lebhafter, Preise wenig verändert. für Speise und Salat geteilt.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 22. 4.		am 21. 4.		Wasserstand	am 22. 4.		am 21. 4.	
	om	om	om	om		om	om	om	om
Remel, IJH	415	-5			Saale, Großh.	194	+12		
Bregel, Inkerburg	181	+14			Qabel, Sandau	128	-3		
Wemmel, Thora	290	-4			Waltzenow	188	+1		
Oder, Ratibor	302	+23			Spreew., Spremberg	180	+3		
• Krössen	270	-2			• Westum	162	-5		
• Frankfurt	258	-4			Weser, Minden	44	+4		
Sartze, Schrum	226	-4			• Minden	114	+2		
• Landberg	226	-5			Höln, Paganitzsch	-	-		
• Nordam	137	+12			• Raab	229	0		
Elbe, Lelmisch	127	+25			• Rölln	266	-7		
• Dresden	17	+7			• Redar, Oelbrenn	101	-8		
• Darß	813	-9			• Rain, Westum	179	-7		
• Magdeburg	265	-6			• Rosel, Trier	73	-4		

+) + bedeutet Hoch, - Fall -) Unterpegel -) langsam steigend.



Neuestes Modell!

Weitgehendste Garantie übernehmen wir für alle unsere Fabrikate, gekennzeichnet durch unsere neue Schutzmarke



MARKE CONDOR



Neuestes Modell!

Nicht nur für 12⁵⁰ und 16⁵⁰ Luxus-Ausführung, sondern auch für 10⁵⁰ und 8⁵⁰

liefern wir die elegantesten, formvollendetsten und modernsten Stiefel für Damen und Herren. Ein überaus schickes Stiefel-Modell, echt Chevreau, braun (moderfarbig) für Damen haben wir — absolut konkurrenzlos — schon für M. 7⁵⁰ herausgebracht.

In jeder Preislage und in jedem Genre

bietet allein unsere Frühjahrs-Kollektion die größte Reichhaltigkeit!

Neuester Katalog gratis und franko.

Conrad Tack & Cie

Schuhwaren-Fabrik * Burg bei Magdeburg.

In 90 Städten des Deutschen Reiches 120 eigene Filialen, davon in Berlin und Umgegend:

C., Spittelmarkt 15 (Tollhaus)

C., Rosenthaler Straße 14

W. Potsdamer Straße 50 Fernsprecher Amt 6 16831

W. Schillstraße 16 Fernsprecher Amt 6 16 831

NW., Turmstr. 41, Ecke Oldenburger Straße Fernspr. Amt 2, No. 7930

NW., Wilsnacker Straße 22

NW., Beusselstraße 29

N., Friedrichstraße 127 schräg gegenüber der Oranienburger Straße

N., Müllerstraße 3

N., Reinickendorfer Straße 23 gegenüber der Plantagonstraße

N., Brunnenstraße nur 37

N., Danziger Straße 1

O., Andreasstraße 50

O., Frankfurter Allee 125

SO., Oranienstraße 32, zwischen dem Oranienplatz und Adalbertstraße.

SO., Oranienstraße 2a unmittelbar an der Hochbahnstation Oranienstraße

SO., Wrangelstraße 49

SW., Friedrichstraße 240-41 am Hall Tor

Charlottenburg:

Wilmersdorfer Straße 122-23.

Rixdorf:

Bergstraße 30-31.

Potsdam:

Brandenburger Straße 54.

Achten Sie bitte recht genau auf Straßen und Hausnummer unserer Geschäfte!

Condor-Patent Schnürstiefel — ohne zu schnüren!

Neu!

Neu!

Angenehmes Tragen da jeder Druck vermieden wird!
Fortfall des lästigen Schnürens dennoch bleibt das elegante Aussehen als Schnürstiefel beibehalten!
Augenblickliches An- und Ausziehen ohne zeitraubende Handierungen!
Größte Bequemlichkeit namentlich auf der Reise und für Bureautätigkeit durch einfaches Lösen des Verschlusses!



Verkauf nur in unseren Filialen!

D. R. P. 174209

Prima Boxhorse, mit Zierkappen . . M. 10.50
Prima Boxkalf, mit Zierkappen . . M. 13.50
Prima braun Chevreau M. 13.50
Feinstes Boxkalf Luxus-Ausführung . M. 16.50
Feinstes Chevreau, braun oder schwarz, Luxus-Ausführung . . . M. 16.50

Maizeitung 1909

soeben erschienen. Reichhaltiger Inhalt. u. a.: „Matenbootschaft“ von Richard Wagner — „Die Raiserin und die Arbeiterinnen“ von Mathilde Wurm — „Erwachen“ von Ernst Preczang — „Selbsthilfe“ von Wilhelm Jansson — „Der Mai und die Jugend“ von K. Korn.
Künstlerische Illustrationen.
 Preis 10 Pf. Wiederverkäufer Rabatt. Preis 10 Pf.
 Verlags-Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Eisen-Moorbad Bahnstation, Postbezirk: Halle a. S.
 Sehr billiger, angenehmer Kurort. Gesunde Waldgegend.
 Licht, Luft, Sand, Dampf- etc. Bäder.
 Vorzüglich für Gicht, Rheumatismus, Nerven- und Frauenleiden.
 Eröffnung 1. Mal. **Pretzsch, Elbe.**
 Prosp. u. Auskunft d. d. Verwaltung.

Neu eröffnet! **Neu eröffnet!**
D. LECHNER, — jetzt nur — Brunnenstraße 7
 am Rosenthaler Tor
 Laden und 1. Etage.

Große Auswahl in
MÖBELN

jeder Art.
 Geringste Anzahlung — Bequeme Teilzahlung.

Extra-Abteilung für
Herren-, Damen- u. Kindergarderoben
 Anzahlung von **5 Mk.** an, **1 Mk.** wöchentliche Teilzahlung.

Ferner:
 Teppiche □ Stepp- und Tischdecken □ Betten
 Gardinen □ Stores □ Gas- und Petroleumkronen
 Bilder □ Wand- und Taschenuhren etc.
 von **50 Pf.** wöchentlich an.

Verkauf nur 1. Etage.

Sonntags geöffnet von 8—10 und 12—2 Uhr.

KREDIT ERHÄLT DIE GANZE WELT

DAMEN-UND HERREN- Confection

DAMEN

Kostüm 18 M.
 Kostüm 32⁵⁰ M.
 Kostüm 45 M.
 Paletot 15 M.
 Paletot 36 M.
 Abendmantel 28 M.

Wöchentlich Abzahlung schon von

1 MARK an

HERREN

Rock-Anzug v. 30—52 M.
 Gehrock-Anzug 38—45 M.
 Smoking-Anzug .. 50 M.
 Jackett-Anzug v. 19—34 M.
 Paletots von 19⁵⁰—45 M.
 fertig und nach Mass

Einzelne **MÖBEL** aller Art sowie komplette Einrichtungen

ALLES AUF KREDIT

M. Slogau
 Alte Jacob Str. 73

C. Wachsmann & Co.
 Reinickendorfer Str. 15

P. Neugebauer Neß
 Charlottenburg, Wilhelmsdorfer Str. 31

Wäsche auf Teilzahlung

Schuhwaren auf Teilzahlung

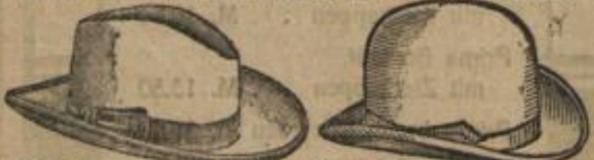


Das Beste das ich jemals kannte ist zweifellos

Metalputz TANTE

mit dem Putzteller
 Von 25 Pfg an. Ueberall käuflich.
 Alleinige Fabrikanten Gebrüder Kroner Berlin O. 17.

Hut-Arnold Dresdenstr. 116
 (Kein Laden) am Oranienplatz
 Hut und Mützen Engros-Geschäft
 Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Weiche Herrenhüte v. 1,50—6,00 Nur fehlerfreie moderne Ware.
 Steife Herrenhüte v. 2,00—7,00 Nur fehlerfreie moderne Ware.
 Grösste Auswahl in Strohhüten und Mützen.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose



Herkules

tragen.
 = Unerreichte = Leistungsfähigkeit.
Allein-Verkauf.

Sehr starkes Leder mit Zwirnkette in grauen und braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte mit starkem Garn.

Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flecken umsonst. Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerke u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes
 Chausseestr. 29-30 — Brückenstr. 22
 Gr. Frankfurterstr. 20
 Schöneberg, Hauptstr. 10.
 Haupt-Katalog gratis u. franko.

Nachdr. verboten

Orts-Krankenkasse der Kürschner und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Ordentliche Generalversammlung der Delegierten
 am Mittwoch, den 28. April cr., abends 8^{1/2} Uhr, im Alten Schützenhause, Lichtenstr. 5.

- Tagesordnung:
 1. Berichterstattung des Protokolls.
 2. Jahresbericht und Veranschlagung der Restanten.
 3. Bericht der Revisoren.
 4. Gehaltszulage.
 5. Sonstige Anwesenheitsangelegenheiten.
 Um pünktliches Erscheinen wird dringend ersucht. 274/5
 Die zugesandte Einladung verpflichtet, ohne dieselbe kein Einlaß.
Der Vorstand.
 C. Fritz, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse Pantow.

Die statutenmäßige General-Versammlung findet am

3. Mai 1909, abends 8 Uhr, im Restaurant Roschi, Pantow, Kreuzstr. 1/1, halt.
 Tages-Ordnung:
 1. Protokoll. 2. Vortrag über die Reichsversicherungsordnung. Referent: Koblenzer. 3. Diskussion zu 2 und Wahl der Delegierten zum Allgemeinen Krankenkassen-Kongress. 4. Berichterstattung der Revisoren pro 1908 und Bericht der Revisoren. 5. Ergänzungswahl zweier Vorstandsmitglieder (ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer). 6. Anträge, welche spätestens fünf Tage vor der Versammlung bei dem Unterzeichneten schriftlich einzulegen sind. 7. Verschiedenes. 274/4
Pantow, den 19. April 1909.
Der Vorstand
 der Orts-Krankenkasse Pantow.
 Paul Seifert, Vorsitzender.
 NB. In dieser Versammlung sind nur die gewählten Delegierten eintrittsberechtigt und stimmberechtigt.

!!Vorjährlige!!

Herrenanzüge, neu, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verläßt keine Kostenpreis. **Prinzlauser Straße 23, 11, Alexanderplatz, Herrenschnitzer, 62/116**
Pianino erster Hoflieferantenfirma weit unter Bestpreis sofort verläßt! Französische Str. 15, 1 r.
 Parzellen (Börse), Halle v. 600 an. Brunnenhof, Berlin, Köpenickerstr. 3.

1 Mk. wöchentliche Teilzahlungen liefere elegante, fertige **Herren-Garderoben.**
 Ersatz für Maß. Anfertigung nach Maß. **Tadellose Ausführung.**
Julius Fabian, Schneidermeister. 1. Geschäft: NO., Gr. Frankfurter Str. 38 II Eingang Strausberger Platz
 2. „ NW. (Moabit), Turmstraße 18 I

16. Kongreß der Sozialdemokratie Ungarns.

(Schluß).

Auf dem Kongreß waren vertreten 83 Organisationen aus Budapest mit 129 Delegierten, der Gewerkschaftsrat mit 2, das Landeskomitee der Arbeiterinnen mit 2 Delegierten, aus der Provinz 69 Organisationen mit 77 Delegierten, die Landeskomitees der deutschsprachigen, slowakischen und serbischen Sozialdemokraten mit zusammen 5 Delegierten. Zusammen aus 70 Städten und Ortschaften (inklusive Budapest) 107 Organisationen mit 215 Delegierten.

In der Nachmittags-Sitzung wurde der Kongreß von dem kroatischen Landtagsabgeordneten Genossen Korac begrüßt, der die freundlichen Grüße der kroatischen Sozialdemokratie überbrachte.

Ueber Parteitagitation und Parteipresse referierte Genosse Weisner. Das Wesentlichste darin waren die Ausführungen über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften. In Ungarn besteht nämlich keine gesonderte Parteiorganisation, sondern die Gewerkschaften bilden die Kadres der Partei. Deren selbständige Organe sind lediglich der Parteikongreß, der von den Gewerkschaften nach Maßgabe der von ihnen gezahlten Parteibeiträge besetzt wird, die vom Kongreß gewählte Parteileitung und die Parteipresse. Die Verfolgung der Gewerkschaftsorganisation trifft also direkt auch die Partei. Ein Teil der Genossen befürwortet deshalb und weil die Organisation zu wenig demokratisch sei, indem sie allen Einfluß in Parteianglegenheiten in den Gewerkschaftsvorständen konzentriert und die Masse der Arbeiter einflußlos macht, die Bildung einer gesonderten Parteiorganisation. Dazu sagte der Referent, daß die Scheidung, die von vielen gefordert wird, verhängnisvoll wäre. Allein der Gedanke der Separation verurtheilt die größte Aufregung und Unruhe. Der jetzigen Form der Organisation sei es zu verdanken, daß der sozialistische Geist in die Massen der Arbeiterschaft eingedrungen sei. Jene Funktionen, die in Kulturländern einer Gewerkschaftsbewegung zukommen, seien in Ungarn noch möglich. Wenn die traurigen, unsicheren Verhältnisse, die jetzt in Ungarn bestehen, verschwinden, wird es möglich sein, die Gewerkschaften von ihren Verpflichtungen gegenüber der politischen Bewegung zu entlasten.

Der Redner beantragte schließlich eine Resolution, die ein Kompromiß zwischen den beiden verschiedenen Richtungen in der Frage darstellt, indem sie den stufenweisen Ausbau der Haus- und Straßenorganisation für notwendig erklärt. Auch soll die Parteileitung den Versuch machen, eine politische Sonderorganisation zu bilden d. h. die Genehmigung der Regierung für das Statut einer solchen Organisation zu erlangen. Der „feste Rahmen“ der politischen Bewegung soll allerdings nur dann ausgeglichen werden, wenn gesetzliche Garantien dafür vorhanden sind, daß behördliche Willkür die Organisationen der sozialdemokratischen Partei nicht gefährden kann. Endlich erklärt die Resolution jene Bestrebungen, welche vor dem vollkommenen Ausbau der Parteiorganisation die Trennung der gewerkschaftlichen freien Organisationen von der politischen Partei bezwecken, als geradezu verhängnisvoll für die Partei.

Die Debatte über diesen Punkt nahm den größten Teil der Tagung, den Schluß des ersten und den ganzen zweiten Tag in Anspruch. Die eingehende Verhandlung zeigte, daß die Delegierten das Problem der Organisation als das zurzeit wichtigste betrachten, das die Partei zu lösen hat. Die Resolution fand schließlich Annahme.

Am dritten Tage referierte Genosse Kunfi über den Kampf um allgemeine Wahlrecht. Folgende Resolution wurde dazu angenommen:

Der Kongreß der sozialdemokratischen Partei Ungarns vom Jahre 1909 konstatiert, daß die Koalitionsregierung ihr auch durch ein feierliches königliches Wort bekräftigtes und garantiertes Versprechen, das allgemeine, geheime Wahlrecht zum Gesetze zu erheben, selbst bis zum heutigen Tage nicht eingelöst hat. Der Kongreß konstatiert ferner, daß alle bisher in dieser Frage unternommenen Schritte der Regierung Versuche eines gewöhnlichen Wortbruchs sind, dessen Befolgen das arbeitende Volk des Landes mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln verhindern muß. Darum akzeptiert und bekräftigt der Kongreß in allem den auf die Pläne der koalitionsistischen Regierung und auf den Kampf gegen dieselben bezüglichen Beschluß des am 6. Dezember 1908 stattgehabten außerordentlichen Kongresses der Partei. Indem der Kongreß schließlich feststellt, daß die Koalitionsregierung zur Erfüllung ihrer übernommenen Verpflichtung nicht geneigt ist, fordert er die sofortige Demission dieser Regierung und die unverzügliche ebrliche Durchführung des vermög der Sanktion durch das königliche Wort zustande gekommenen Paktes durch Bildung einer solchen Regierung, deren allererste und einzige Aufgabe es sei, das allgemeine, geheime Wahlrecht zum Gesetze zu erheben.

Außerdem wurden noch Referate über Lebensmittel- und Wohnungswucher (Referent Genosse Tarcaj), über die Verfolgung der Gewerkschaften (Referent Genosse Garbai) und über den Kampf gegen den Militarismus (Referent Genosse Volanyi) gehalten, die zur Annahme entsprechender Resolutionen führten. In die Parteileitung wurden gewählt die Genossen Desider Volanyi, Emanuel Buchinger, Alexander Garbai, Ernst Garbai, Sigmund Kunfi, Franz Márk, Julius Weidl, Alexander Rády, Ludwig Tarcaj, Karl Teszár, Jakob Weisner.

Aus der österreichischen Gewerkschaftsbewegung.

Die Osterfeiertage wurden von einer Reihe österreichischer Gewerkschaften zu ihren Verhandlungen ausgenutzt, wovon der des Holzarbeiterverbandes

der wichtigste ist. Dieser Verband hat unter der Krise insofern sehr gelitten, als die Unterstufungen sehr in Anspruch genommen wurden. Es stellte sich dabei heraus, daß bei dem gegenwärtigen Ausmaß der Unterstufungen mit den alten Beiträgen das Auslangen nicht mehr gefunden werden kann. Die Beitragsleistung wurde daher mit 66 Hellern wöchentlich in der 1. und 60 Hellern in der 2. Beitragsklasse (diese entbehrt der in der 1. Klasse gewährten Krankengeldzuschüsse) und mit 30 Hellern für die weiblichen Mitglieder festgesetzt. Der Verbandstag ging dabei gemäß dem Vorschlag der Antragsprüfungskommission noch um 2 Heller über den Vorstandsantrag hinaus. In diesen Beiträgen ist nun auch der Delegationsfonds und was besonders wichtig ist, auch die jährlich beizutragenden 60 Heller für den nur für große Kämpfe gegen die Unternehmerorganisation vorbehaltene Solidaritätsfonds der Reichsgewerkschaftskommission mit einbezogen, wodurch die Heranziehung aller Mitglieder zum Solidaritätsfonds gesichert ist. Von den Unterstufungen wurde bloß die Reiseunterstützung und zwar in der Weise geändert, daß sie nach 52wöchiger Beitragsleistung von 1,20 auf 1,40 Kronen pro Tag ohne Rücksicht auf die eventuelle längere Dauer der Mitgliedschaft erhöht wurde. Zur Sanierung des Verbandes wurde beschlossen, ihm aus dem Vermögen des deutschen, tschechischen und polnischen Verbandsorgans insgesamt 50 000 Kronen zuzuwenden. — Mit stürmischem Beifall nahm der Verbandstag, dem auch Genosse Th. Leipart

Stuttgart beizubehalten, die Erklärung des Gewerkschaftssekretärs Genossen Anton Hueber-Wien entgegen, daß erforderlichenfalls die gesamte organisierte Arbeitererschaft Österreichs den ausgesperrten Tischlern Wiens beistehen werde.

Ueber den Stand der österreichischen Holzarbeiterorganisation wäre folgendes zu sagen: Der Mitgliederstand ist 31 818, um 11,28 Proz. mehr als 1907. Die Fluktuation ist enorm. In den zwei Jahren gingen dem Verband nicht weniger als 26 101 Mitglieder wieder verloren! Der Verband hatte Lohnbewegungen: 1906: 180, 1907: 108 und 1908: 115, die insgesamt 29 000 Personen und 8500 Betriebe betrafen. Die Kosten betrugen mehr als 450 000 Kronen. Für mehr als 19 000 Arbeiter wurden Verkürzungen der Arbeitszeit von 10 bis 21 Stunden wöchentlich errungen, für 9800 Arbeiter Lohn erhöhungen von 5 bis 40 Proz. In den drei Jahren wurden 64 Kollektivverträge abgeschlossen. In Arbeitslosenunterstützung wurden 1907 und 1908 zusammen 3 48 000 Kronen ausgezahlt. Die Gesamteinnahmen stiegen in der Periode von 1902 bis 1908 von 47 706 auf 688 567 Kronen, die Gesamtausgaben von 36 900 auf 745 363 Kronen.

Der Verband der

Siegelarbeiter.

der ebenfalls zu Ostern seine Tagung abhielt, hatte in den Jahren 1907 und 1908 an Einnahmen 7 000 Kronen zu verzeichnen und erzielte wesentliche Verbesserungen für diese geknechtete und gedrückte Arbeiterschaft. Der Verbandstag brachte einen imponierenden Beweis proletarischer Solidarität: Die Brüner Fleger erklärten, die Wiener in ihrem möglicherweise bald ausbrechenden Kampf pro Mann mit einer Krone wöchentlich zu unterstützen. Auch der sehr rührige Verband der

Tabakarbeiter

und Arbeiterinnen hielt Ostern seinen Verbandstag ab. Befanlich ist der Tabak in Österreich Monopol, aber es wird gerade von der staatlichen Verwaltung und Betriebsleitung der Organisation der Arbeiterinnen kein besonderer Widerstand mehr geleistet. Dafür arbeiten aber die Fabrikanten mit Hochdruck und allem Terrorismus, und da die Tabakfabriken größtenteils in den rückständigsten, verelendeten und verdumpfsten Gebieten liegen, hat der Verband ein sehr schweres Arbeiten. Immerhin ist der Mitgliederstand seit 1904 von 3288 auf 6555 gestiegen, obgleich die Zahl der Beschäftigten infolge Einführung der Zigarettenmaschinen unansehnlich sinkt. Von je 1000 Beschäftigten sind erst 173 organisiert. Der Verband erkämpfte — auch dank der sozialdemokratischen Abgeordneten — 1905—1906 Lohn erhöhungen im Gesamtbetrag von 4 065 262 Kronen. Seine Einnahmen stiegen von 1907—1908 von 76 676 auf 95 777 Kronen, seine Ausgaben im gleichen Zeitraum von 68 489 auf 88 186 Kronen.

Der

Steinarbeiterverband

steigerle 1904—1908 die Zahl seiner Ortsgruppen von 43 auf 89, der Mitglieder von 2000 auf 4702. Die Einnahmen stiegen von 18 887 auf 81 621 Kronen, die Ausgaben von 14 483 auf 83 297 Kronen. Das Geschäftsjahr 1908 schloß infolge der Krise mit einem Fehlbetrag ab.

Der

Zentralverein kaufmännischer Angestellter

Österreich hat ein Jahr des intensivsten Kampfes um die Seidenzursperre, die er in Wien vielfach durchzusetzen vermochte, und gegen die in der Provinz noch vielfach gestattete mehrstündige Sonntagsarbeit hinter sich. 1908 stieg die Zahl der Ortsgruppen trotz heftigster Gegenagitation der Deutschnationalen („Hamburger Schwindl“) auf 54, 2828 Neubetriebe erfolgten, die Einnahmen betrugen 187 686 Kronen, während sie 1906 noch nicht 66 000 Kronen erreicht hatten. Bei den Wahlen zum Reichstagswahlmann der Handelskammern in Wien, Kuffig, Teplitz, Olmütz, Lemberg usw. legten die Kandidaten des Zentralvereins.

Die Tagungen aller dieser Verbände, zu denen noch die der jugendlichen Arbeiter kam, verliefen in größter Einmütigkeit und werden durchwegs von günstigem Einfluß auf die Entwicklung dieser Organisationen sein.

Erwähnt sei noch, daß auch der

Niederösterreichische Forstarbeiterverband

einen Verbandstag abhielt, auf dem die Vereinigung zu späterer Verschmelzung mit dem Reichsverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter (Sich. Gölzong a. Reife, Nordböhmern) und dem ausländischen Verband (Sich. Bruck a. Mur, Steiermark) zum Ausdruck kam. Dieser letztere Verband hat durch die zu seinen Gunsten erfolgte Auflösung des Landesgewerkschaftsvereins für Kärnten einen ziemlichen Zuwachs zu erwarten.

18. Generalversammlung des Verbandes der Zimmerer Deutschlands.

Stuttgart, 22. April 1909.

Stierter Verhandlungstag.

Ueber

Kranken- und Arbeitslosenunterstützung

referiert Edu. Hamburg. Zu diesem Punkt haben 48 Jahrestellen mit 10 863 Mitgliedern Anträge gestellt auf weiteren Ausbau der Arbeitslosenunterstützung, andere Jahrestellen weiterem Ausbau der Krankenunterstützung. Das Streben nach Einführung der Krankenunterstützung ist bereits aus dem Jahre 1903 vorhanden. Die letzte Generalversammlung beauftragte den Vorstand mit der Ausarbeitung einer Vorlage; nach gründlichen Erhebungen, an denen 66 Proz. der Jahrestellen und 54 Proz. der Mitglieder sich beteiligten, ergibt sich, daß die Krankenunterstützung der Arbeitslosenunterstützung angepaßt sein müßte. Redner schildert ziffernmäßig die Ergebnisse der Erhebungen. Bei Einführung der Krankenunterstützung würde sich eine Beitrags-erhöhung notwendig machen. Dieselbe würde bei 50 Pf. Unterstützung 5 Pf., bei 75 Pf. Unterstützung 10 Pf. betragen müssen. Unüberwindliche Hindernisse stehen der Einführung also keineswegs entgegen. Es fragt sich nur, ob die Einführung praktisch ist. Da aber die Arbeitslosenunterstützung noch gar nicht ausgebaut werden konnte, so sei wohl von einer Neueinführung abzuraten. Seit Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist zum ersten Male die Gelegenheit geboten, daß sich eine Generalversammlung damit beschäftigen kann. Es kann ausgesprochen werden, daß dieselbe die Feuerprobe großartig bestanden hat. Es sind hohe Ansprüche an dieselbe gestellt worden, sie hat mit dazu beigetragen, daß die Fluktuation nicht derartige Lücken in unseren Reihen gerissen hat wie früher.

Die Einnahme der Beiträge für die Arbeitslosenunterstützung, die am 1. Mai 1905 begannen, brachten bis zum 31. Dezember 1908 die Summe von 920 614 M. Es wurden in diesem Zeitraum verausgabt 827 986 M., am Jahresschluß 1908 war mithin ein Ueberschuß von 92 628 M. vorhanden. In den Monaten Januar und Februar dieses Jahres sind bereits 353 594 M. für diesen Zweck verausgabt worden. Befragt wurde, ob ohne Schaffung einer besseren finanziellen Grundlage kein besserer Ausbau dieser Unterstützungsweises möglich ist.

Redner plädiert für Ablehnung aller Anträge, die auf Erhöhung der Unterstützungssummen und Aenderung der Rangfolge hinauslaufen. Er bespricht sodann die gestellten Anträge und welche Wirkung die Annahme derselben auf die Organisation auszuüben vermag.

Die

Debatte

eröffnet Dreß-München. Er gibt seiner Freude Ausdruck, daß das Krisenjahr 1908 die Leistungsfähigkeit der Arbeitslosenunter-

stützung bewiesen habe. Kein Mitglied möchte heute diese Einrichtung im Verlande missen. Das geht wohl zur genüge aus den Anträgen auf weiteren Ausbau derselben hervor. Die Krankenunterstützung ist nach seiner Meinung abzulehnen. Dafür seien die Höhe der Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen resp. in dieselbe so zu gestalten, wie sie die Holzarbeiter haben, das heißt, es ist eine Steigerung der Summe nach der Dauer der Mitgliedschaft einzuführen.

Stoll-Königsberg spricht in warmen Worten für die Einführung der Krankenunterstützung. Er schildert das Wesen der Privatversicherungen, wie es in der „Vittorio“ und „Friedrich Wilhelm“ zum Ausdruck kommt, die im letzten Jahre 45 Proz. Dividende zur Verteilung bringen konnten. Diese Volksversicherungen haben zumeist Eingang in Arbeiterkreisen gefunden. Wenn es der Arbeiterbewegung gelingen würde, derartige oder ähnliche Einrichtungen zu treffen, dann dürften Millionen für die Arbeiterbewegung frei werden.

Partens-Kiel: In dem Ausbau unserer Organisation haben die Mitglieder ein reges Interesse und daher werden sie alles in der Hand auch gerne Opfer dafür bringen. Die Einführung der Krankenunterstützung muß vorläufig noch unterbleiben, dafür ist jetzt nicht die passende Zeit.

Kube-Berlin spricht gegen eine Beitragserhöhung. Bis jetzt habe noch jede Beitragserhöhung eine Erschütterung des Mitgliederstandes zur Folge gehabt, deshalb warnt er vor Neuerungen irgendwelder Art.

Schmaus-München hält die Einführung der Krankenunterstützung neben der Arbeitslosenunterstützung für unmöglich, man dürfe mit den Unterstützungsleistungen eine gewisse Grenze nicht überschreiten, wenn man den Kampfcharakter der Organisation nicht verwischen wolle.

Im selben Sinne spricht Mahn-Hannover und noch eine Anzahl anderer Redner.

Zieger-Berlin: Mit der Einführung der Krankenunterstützung wird man keine neuen Mitglieder; sie hat keinen Zweck für die Organisation. Die Arbeitslosenunterstützung hat den Kampfcharakter nicht untergraben, vielmehr gestärkt. Da aber ein Ausbau derselben mit einer Beitragserhöhung verbunden sein muß, so ist es besser, sie so zu lassen wie sie ist.

Schäpper-Berlin will den Vorstand aufs neue mit Erhebungen über die Möglichkeit der Einführung der Krankenunterstützung betrauen lassen.

Dreß-Nürnberg befreit, daß eine Beitragserhöhung bloßes Blut bei den Mitgliedern machen würde. Wenn dieselben sehen, daß ihnen mehr geboten wird, dann werden sie gern zahlen.

Reichen Schmidt und Oswald-Stuttgart glauben, daß eine Beitragserhöhung die Agitation riesig erschweren würde, und aus diesem Grunde müßten alle Anträge, die auf Ausbau der Arbeitslosenunterstützung gestellt sind und deren Annahme eine höhere Belastung der Kasse bedingt, abgelehnt werden.

Kömer (Vorstandsvertreter): Wenn der Vorstand sich zu dieser Frage reserviert verhält, so darf daraus nicht gefolgert werden, daß er gegen Verbesserungen der Unterstützungsleistungen ist. Der Einführung der Krankenunterstützung steht deshalb sehr sympathisch gegenüber; aber die Zeit scheint ihm nicht dafür geeignet. Auch stellen sich dem Vorgehen auf beiden Gebieten des Unterstützungsweises Schwierigkeiten finanzieller Art entgegen.

Nachdem 30 Redner gesprochen, wird die Debatte durch Schlusssatz beendet. Die Einführung der Krankenunterstützung wird gegen 9 Stimmen, die der Krankenunterstützung gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Der Ausbau der Arbeitslosenunterstützung wird mit 65 gegen 48 Stimmen beschlossen. Ueber die nun notwendig gewordene Beitragserhöhung soll Freitag debattiert werden.

Aus Industrie und Handel.

800 Millionen-Anleihe.

Unter Führung der Reichsbank und der königlichen Seehandlung (Preussische Staatsbank) gebildet Konfortien übernehmen von den Finanzverwaltungen 800 Millionen Mark Deutsche Reichsanleihe und 480 Millionen Mark Preussische konsolidierte Staatsanleihe, je zur Hälfte mit 4 Proz. und 3 1/2 Proz. verzinslich, 4prozentige bis 1918 umfänglich. Die 4prozentigen Stücke sollen zum Kurse von 102,70, die 3 1/2prozentigen zum Kurse von 95,60 begeben werden. Für die öffentliche Zeichnung ist der 3. Mai bestimmt.

Nahrungsmittelpreise und Ernährungskosten.

Berechnet man für 58 deutsche Städte mit einer Einwohnerzahl von 10,5 Millionen Äpfeln auf Grund der Nahrungsmittelkation des Marinekolonats die durchschnittlichen Kosten der wöchentlichen Ernährung einer vierköpfigen Familie, so ergibt sich, daß aus den zahlreichen Preisveränderungen eine Steigerung des Nahrungsmittelaufwandes resultiert. Und zwar stellte sich der Aufwand im Februar durchschnittlich auf 22,38 M. wöchentlich, im März dagegen auf 22,47 M. In 26 von den 58 Städten haben die Lebensmittelpreise eine Steigerung erfahren, in 9 sind sie auf dem Stande des Februar geblieben, in 19 sind sie von Februar auf März gesunken.

Abschlüsse von Bau- und Terraingesellschaften.

Trotz der Depression, die 1908 im Baugewerbe herrschte, konnten die Bau- und Terraingesellschaften das Geschäftsjahr 1908 überwiegend günstiger abschließen als 1907. Bei 88 Aktiengesellschaften, die im März ihre Abschlüsse pro 1908 veröffentlicht haben und deren Aktienkapital sich zusammen auf 88,35 Millionen Mark beläuft, stellte sich die Dividendensumme auf 3,87 Millionen Mark gegen 2,09 Millionen im Jahre 1907. Durchschnittlich ergibt sich für 1908 eine Dividende von 4,8 Proz. gegen 3,7 Proz. im Jahre zuvor. Von den Bau- und Terraingesellschaften, die eine höhere Dividende zur Ausschüttung brachten, ist vor allem die Neue Wohn-Aktien-Gesellschaft in Berlin zu nennen, die auf ein Aktienkapital von 26 Millionen Mark 1908 8,5 Proz. verteilte gegen 7 Proz. im Jahre 1907. Ungewöhnlich gestiegen ist auch die Dividende bei der Terraingesellschaft Klosterland in Hamburg und zwar von 16,8 Proz. auf 34 Proz. Bei der Haderlebener Bau-Aktien-Gesellschaft stieg sie von 7 auf 10 Proz. und bei der Vost-Eisenbeton-Aktien-Gesellschaft von 8 auf 8 Proz. Gleichgeblieben ist die Dividende vornehmlich bei der Dresdener Baugesellschaft, die in beiden Jahren 5 Proz. verteilte, ferner bei dem Bauverein zu Hamburg, bei der Frankfurter gemeinnützigen Baugesellschaft, bei der Terraingesellschaft Neu-Babelsberg, der Hannoverischen Immobilien-Gesellschaft und anderen. Bemerkenswert ist, daß der Gewinnüberschuß relativ kräftiger gewachsen ist als die Dividende. Während letztere nämlich um 0,9 Proz. des Aktienkapitals erhöht worden ist, ist der Gewinnüberschuß um 1 Proz. hinausgegangen; er stellte sich 1907 auf 5,43 Millionen Mark und ging 1908 auf 9,33 Millionen hinauf. In Prozent des Aktienkapitals betrug er 10,6 gegen 9,6 Proz. im Vorjahre.

Elektrische Schnellbahn.

Trotz der ablehnenden Haltung des Ministeriums hat man das Projekt einer elektrischen Schnellbahn, die das Ruhrgebiet durchquert, nicht fallen gelassen. Wie die „N.-Wesf. Zig.“ berichtet, hat die kommunale Vereinigung für den Bau einer rheinisch-westfälischen Städtebahn einstimmig beschlossen, an dem Bau der elektrischen

Schnellbahn von Dortmund nach Düsseldorf durch das Industriegebiet festzuhalten und die Ausarbeitung des Planes sofort in Auftrag zu geben. Mit den Interessenten des nördlichen Teiles des Industriebezirks soll nach wegen gleichzeitigen Baues einer nördlichen Linie — Herne-Düsseldorf — und auch wegen Ausbringung der Kosten für die Vorarbeiten hierfür Verbindung gesucht werden.

Folgen der Krise.

Der Dortmunder Verkaufsverein für Niegelsfabrikate, dem 48 Gesellschaften mit 55 Oefen und 237 Millionen Steinen Produktionsmöglichkeit angehören, konnte im Jahre 1908 nicht einmal die um 50 Proz. eingeschränkte Erzeugung aus 1907 unterbringen. Es blieben 8 1/2 Millionen Steine übrig. Zu Beginn des Jahres 1909 lagerten mit der Erzeugung aus 1908 9 1/2 Millionen Steine. Der Gesamtumsatz belief sich 1908 auf 60,8 Mill. Steine, 6 1/2 Proz. weniger als 1907. Nach der Meinung des Vorstandes sind die Aussichten etwas günstiger geworden, der Absatz aber ist immer noch minimal.

Industrielle Auswanderung.

Nach einer Meldung aus Moskau, hat die Firma Krupp die Errichtung eines Werkes im russischen Zentralasien beschlossen. Es sollen hier Pressen für die Reinigung von Baumwolle hergestellt werden. Die Firma liefert bereits heute ihre Spezialpressen für diese Zwecke nach russischen Zentralasien, jedoch soll der Transport sich so teuer stellen, daß die Fabrikation am Abgabebiet selbst sich lohnen wird zu gestalten. Verhandlungen mit Vertretern der Moskauer Baumwollindustrie, der Eigentümern resp. Pächtern des größten Teils der zentralasiatischen Baumwollplantagen, sollen bereits zu einem befriedigenden Resultat geführt haben. Zurzeit ist der Vertreter der Firma Krupp auf dem Wege nach Zentralasien.

Russische Handelsbilanz.

Interessante Ziffern über die russische Handelsbilanz veröffentlicht der Rat des Kongresses der Fabrikanten und Kaufleutevertretung. Im Jahre 1908 betrug die russische Ausfuhr 988 Mill. Rubel 1907 901 Mill. Rubel, 1906 1001 Mill. Rubel. Die Einfuhr im Jahre 1908 hatte den Wert von 747 Mill. Rubel, für 1907 701 Mill. Rubel und für 1906 674 Mill. Rubel. Während die Getreideausfuhr im Jahre 1906 420,6 Mill. Rubel (1907 423 Mill. Rubel) betrug, hatte sie im Jahre 1908 den Wert von nur 375 Mill. Rubel. Gestiegen ist die Ausfuhr von Zucker. Dies alles aus der Ziffernsprache übersetzt bedeutet: Rußland bezahlte bisher seine Zinsen mit dem Getreide, welches dem russischen Bauern vom Grunde weggenommen wurde. Jetzt darbt der Bauer noch mehr, aber es gibt kein Korn, das man ihm nehmen kann. Die Vernichtung der Holzausfuhr bedeutet, daß die Vernichtung der Wälder fortschreitet.

Soziales.

Politischer Mißbrauch des Privatversicherungsgesetzes.

Nach dem Privatversicherungsgesetz ist die Aufsichtsbehörde befugt, „diejenigen Änderungen zu treffen, welche geeignet sind, den Geschäftsbetrieb mit den gesetzlichen Vorschriften und dem Geschäftsplan im Einklang zu erhalten oder Mißstände zu beseitigen, durch welche die Interessen der Versicherten gefährdet werden oder der Geschäftsbetrieb mit den guten Sitten in Widerspruch gerät“. Die Fassung dieser Vorschrift und der im § 7 des Privatversicherungsgesetzes („daß Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß ein den Gesetzen oder den guten Sitten entsprechender Geschäftsbetrieb nicht stattfinden wird“) ist im Reichstage trotz der geltend gemachten Bedenken gewählt, daß der Rechtsschutzbegriff „gute Sitten“ Anlaß zu politischen Mißbräuchen geben könne. Man hielt eine solche Besorgnis für unberechtigt, da durch den gewählten Ausdruck nur nach den allgemeinen Anschauungen wider die guten Sitten verstoßende Handlungen verhindert werden sollten, z. B. Versicherungen gegen die aus Verurteilungen wegen strafbarer Handlungen oder aus auferhelidem Verfall folgende Vermögensnachteile.

Die politische Einseitigkeit und Fanatismus gegen die Sozialdemokratie trotzdem dem Privatversicherungsgesetz eine andere Deutung gibt, zeigt das Vorgehen des Oberbürgermeisters in Solingen gegen die Sterbekasse „Eintracht“ in Solingen. Solingen hat kürzlich die Zahlstelle Wald dieser Kasse aus einem bürgerlichen Lokal in das dortige Gewerkschaftshaus verlegt. Auf Veranlassung des Bürgermeisters in Wald, der das dortige Gewerkschaftshaus mit seiner besonderen Abneigung verfolgt, hat nunmehr als Vertreter der Aufsichtsbehörde der Oberbürgermeister in Solingen den Vorstand besagter Kasse aufgefordert, die Verlegung der Zahlstelle ins Gewerkschaftshaus rückgängig zu machen. Für den Fall der Nichtbefolgung der Anordnung wurde sämtlichen Vorstandsmitgliedern auf Grund des Privatversicherungsgesetzes eine Geldstrafe von 50 M. angedroht. Als Grund dieser Maßregel wurde angegeben, daß das Gewerkschaftshaus von der sozialdemokratischen Partei mit unterhalten würde, weshalb die Aufsichtsbehörde nicht dulden könne, daß eine Filiale der genannten Kasse in dasselbe verlegt würde. Gegen diese oberbürgermeisterliche Verfügung ist selbstverständlich Widerspruch eingelegt.

Eine für Krankenkassen wichtige Entscheidung.

fällte am Mittwoch der Bezirksauswahlspruch unter Vorsitz des Regierungspräsidenten v. Fieber. Von der Ortskrankenkasse in Mülhausen i. Th. wurde am 29. November die Wahl von 216 Vertretern zur Generalversammlung vorgenommen. Im Wahllokal, einem Restaurant, waren Kandidatenlisten ausgelegt, die jeder Wähler nach Belieben, mit oder ohne Streichungen, benutzen konnte. Die Stimmzettel wurden dann gesammelt, versiegelt und am anderen Tage von zwei Beisitzern ausgezählt. Gegen dieses Wahlverfahren wurde von einem Mitgliede Protest erhoben, weil es gegen die Geheimhaltung der Wahl verstoßen habe, die Wähler hätten sich gegenseitig bei der Wahl kontrollieren können. Der Magistrat von Mülhausen, als untere Aufsichtsbehörde, gab dem Antrage statt und erklärte die Wahl für ungültig. Gegen diesen Entscheid legte der Geschäftsführer der Krankenkasse Beschwerde beim Bezirksauswahlspruch ein. Der Bezirksauswahlspruch wies die Beschwerde des Krankenkassenvorstandes gegen die Ungültigkeitserklärung der Wahl zurück. Der Regierungspräsident hob in der Begründung hervor, das Wahlgeheimnis sei nicht verletzt worden, bei der großen Zahl der zu wählenden Vertreter sei ein anderer Wahlmodus, als das Auslegen von Listen, nicht möglich. Der Bezirksauswahlspruch habe seine Prüfung aber auf das ganze Wahlverfahren erstreckt und sei dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß ein Verstoß gegen das Statut vorliege, weil der Vorstand bei der Feststellung des Wahlergebnisses nicht mitgewirkt habe und sonach nicht genügend Sicherheit für den ordnungsmäßigen Verlauf der Wahl gegeben war. Die Stimmenauszählung mußte unmittelbar nach der Wahl erfolgen. Mit der Verkündung des Wahlergebnisses finde der Wahltermin erst seinen ordnungsgemäßen Abschluß, denn man konnte nicht wissen, ob etwa Stichwahlen notwendig waren.

Was das Ausland der deutschen Volksschule nicht nachmacht.

Deutschlands Volksschulen erfreuen sich nach den Versicherungen der offiziellen Vertreter des Auslands und öffentlichen Unterrichts im Auslande des denkbar besten Rufes: noch immer lehren Ausländer oft und gern zu Studienzwecken in deutschen Schulhäusern ein, und im Schulwesen fremder Staaten fehlt es nicht an Einrichtungen, die ungewissheit deutschen Ursprungs sind. In einem Punkte ist uns

das Ausland aber doch nicht gefolgt. Die Mehrzahl der fremden, insbesondere fast alle benachbarten Kulturstaaten, haben den deutschen Volksschule nach der sozialen und materiellen Lage der Eltern zu gliedern, nicht müdehaft finden können und darum auch nicht auf die heimischen Verhältnisse übertragen. Frankreich, die Schweiz, Oesterreich, die norddeutschen Länder und Amerika verzichteten darauf, die Jugend nach Stand und Geldbeutel der Eltern zu trennen und in verschiedenen getrennten Grundschulen zu beschulen. Von der so gegliederten Elementarschule, einer Eigenart des deutschen, und zwar besonders des nord- und mitteldeutschen Volksschulwesens, wollen sie nichts wissen. Und sie tun recht daran, sich diese unerschöpfliche Quelle des Kostengeißes und Ständebüchels, der sozialen Zerküftung und Verbitterung fernzuhalten. Die guten Erfahrungen, die man im Auslande und in vielen bayerischen Städten mit der gemeinsamen Schule in langen Jahren gemacht hat, sollten zur Befreiung der unsozialen Volksschule endlich ermutigen. Auch nach anderen Richtungen hin könnte Deutschland recht viel von ausländischen Schulen lernen.

Eine neue genossenschaftliche Gründung.

Mit den paar Mark Dividenden, die der einzelne am Jahresfluß herausbezahlt erhält, kann er nicht viel ausrichten; legen aber die Tausende von Mitgliedern die anfallenden Dividenden zusammen, so lassen sich große Werke schaffen zum Nutzen aller! — So hat der Bauern doktor Heim zu seinen nach Tausenden in Genossenschaften organisierten bayerischen Bauern gesprochen. Und er gründete aus den von den Bauern nicht abgehobenen Dividenden die bekannte Bauernuniversität in Regensburg, die jährlich im Winterhalbjahr 100 Bauernjöhnen oder selbständigen Bauern Gelegenheit gibt, sich Univerfialbildung fürs praktische Leben anzueignen. Der zweijährige Betrieb der Bauernuniversität hat die an sie gestellten Erwartungen vollauf befriedigt.

Nun hat Dr. Heim wieder eine neue Gründung im Werk: Er baut ein Altersversorgungsheim und Sanatorium für Diensthöten und Bauern in dem bayerischen Dörfchen Pfaffenstetten. Und wieder liefert die über ganz Bayern zentralisierte große Bauerngenossenschaft durch Zurückhaltung der Dividenden dazu die Mittel. Die erste Rate zu 50 000 M. ist zum Bau bereits angewiesen. Mit dem Bau wird demnächst begonnen. Zunächst wird ein Teil der Anstalt fertiggestellt. Der weitere Ausbau erfolgt von Jahr zu Jahr. Und in zehn Jahren soll ein Unternehmshaus fertig sein, das 100 Pflanzlinge aufnehmen in der Lage ist. Aber nicht allein der Bau selbst soll aus den genossenschaftlichen Ueberflüssen bestritten werden, sondern auch der Unterhalt und der ganze Betrieb! Vorläufig glaubt Heim neben den Baukosten jährlich 100 000 M. als Betriebskapital zuzuführen zu können.

Dieses Beispiel des weiten feiner „zu demokratischen“ Bestimmung innerhalb des bayerischen Bauernzentrums angeführten Bauern doktors zeigt wieder aufs neue, daß man durch genossenschaftlichen Zusammenfluß Großes zu erreichen vermag. Und die Gründung und Finanzierung dieser Institute erfolgt doch erst wieder aus den Ueberflüssen der Bauerngenossenschaften, deren Hauptzweck ist (unter Ausschaltung des Zwischenhändlerturns): gemeinschaftlicher Einkauf von landwirtschaftlichen Maschinen, Düngemitteln, Rohstoffen usw. und gemeinsamer Verkauf aller landwirtschaftlichen Produkte.

Die Höhe der Unterzahlungen in der Reichsleiter Krankenkasse beläuft sich nach den Feststellungen der Revisoren auf 8000 M. Die von dem verhafteten Rentanten Mütiger gestellte Kaution beträgt 5000 M. Zur die Raffinerieität des R. ist bezeichnend, daß er im Jahre 1906, also während der Zeit, wo der Stadtratmeister Hofenleber, der Stadtkassier Bistorf und der von der Regierung entsandte Obersekretär Reyer die Bücher revidierten, wie jetzt festgestellt ist, die Hauptfälligkeiten und Betrügereien verübte. Die gefälligten Konten ließ er zum Teil einfach verschwinden. Der Betrüger war ein besonderer Schlingel des Oberbürgermeisters, auf dessen Veranlassung ihm feinerzeit auch der Rentantenposten übertragen wurde.

Ohne die vom Abg. Eichhoff gar noch gepriesene rechtswidrige Enthebung des Kassenvorstandes durch den Oberbürgermeister wären die Unterzahlungen voraussichtlich nicht oder doch nicht in dieser Höhe erfolgt. Die Reichsversicherungsordnung will solche rechtswidrigen Eingriffe in die Selbstverwaltung zur Regel machen.

Obstruktion bei einer Neuwahl.

Der gewiß seltene Fall einer Obstruktion bei Gemeindevahlen spielte sich am 21. April in Saalfeld a. S. ab. Die Gemeinderatswahl kam nicht zustande, da als Protest gegen das reaktionäre meiningische Zehnstimmenwahlrecht sich die meisten Wähler der Abstimmung enthielten. Von 2559 Wählern machten nur 759 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Die sozialdemokratische Partei hatte Wahlenthaltung proklamiert. Da zur Gültigkeit der Wahl mindestens die Beteiligung der Hälfte aller Wähler notwendig ist, findet am nächsten Dienstag ein zweites Wahlgang statt, an dem jeder Wähler — bei Androhung von 3 M. Strafe — teilnehmen muß.

Die Kosten der landwirtschaftlichen Arbeitervermittlung.

Welche horrenden Beträge sich die landwirtschaftlichen Arbeitervermittler oder Agenten für ihre Besorgung der von den Agrariern benötigten Menschenware bezahlen lassen, kann man aus einer Zusammenstellung ersehen, die der Privatdozent Dr. Vuer an der landwirtschaftlichen Akademie Bonn-Poppelsdorf gemacht hat. Hiernach betragen die durchschnittlichen Aufwendungen an Provisionen und Reisekosten

	in einer Gefindeperson	eines Saisonarbeiters
Rheinproving	20—40	33—42,50
Westfalen	20—32	30—40
Hannover	15—50	28,50—31
Schleswig-Holstein	25—40	32,70—45
Brandenburg	18—35	20—25
Pommern	27—38	25—32
Bosen	18—27	22—30
Ostpreußen	15—22	25—32
Westpreußen	12,50—20	21,25—25
Schlesien	18,20—30	15,25—25
Sachsen-Karlsruhe	22—45	34—40
Oldenburg	17,50—30	—
Braunschweig	22—37	25—32
Anhalt	22,75—37	24—30
Königreich Sachsen	21,00—30	28,50—35
Bayern	5—0,50	32—38

Der Agent verlangt für Vermittlung jeder Gefindeperson mit Ausnahme von Bayern mindestens 15 M., für Besorgung eines Saisonarbeiters wenigstens 20 M. Der übrige Teil der Kosten betrifft die Eisenbahnfahrt und die Befolgung der besorgten Arbeiter resp. Arbeiterinnen. Die Eisenbahnfahrt stellt sich dabei verhältnismäßig sehr billig, obgleich die meisten der hierbei in Betracht kommenden Personen aus Rußland oder Galizien kommen, da die Eisenbahnverwaltung für diese ausländischen landwirtschaftlichen Arbeiter 50 Proz. Fahrpreisermäßigung gewährt. Den Gesamtbetrag zieht ja der Agent von dem Auftraggeber, dem Arbeitgeber, ein; aber dieser wägt ihn natürlich durch entsprechende Lohnaufzierung und Einbehaltung ganz auf die Arbeiter ab. Diese Agentenprovisionen könnten aber den Arbeitern sehr leicht erspart werden, wenn die Arbeitervermittlung den Arbeiterorganisationen und den Gemeinden übertragen würde. Die Regierung ist hierüber weit entfernt. Sie schöpft vielmehr noch die armen ausländischen Arbeiter entgegen den Staatsverträgen zugunsten des Agentengeschäfts „Arbeiterzentrale“ um 2—5 M. für eine Arbeiterausenthaltskarte, richtiger Zwangsarbeitkarte. Gegen diesen Bruch mit den Staatsverträgen hat sich bekanntlich kürzlich der Reichstag in Verfolg eines sozialdemokratischen Antrages ausgesprochen.

Aus der Frauenbewegung.

Ebenbilder Gottes.

Nach der Lehre der katholischen Kirche sind alle Menschen, mithin also auch wohl die Frauen, nach dem Ebenbilde Gottes erschaffen. Trotzdem rangiert das weibliche Geschlecht noch nicht auf einer Stufe mit dem Mann — wenn der Papst recht hat. Wie der Pretelegraph berichtet, hat der Stellvertreter Gottes auf Erden beim Empfange der Union der italienischen katholischen Damen eine Ansprache gehalten, in der er sich heftig gegen die Gleichberechtigung der Frau wendet. Der Papst erklärte, daß die Frau nie mit dem Mann auf gleicher Stufe stehen könne und daher auch nicht gleiche Rechte mit ihm genießen könne.

Demnach steht der Mann noch höher als der Herrgott, denn dieser wird seine Ebenbilder doch neben sich dulden.

Muttererleid.

Armes Mädchen wünscht neugeborenes Kind zu beschützen oder in Pflege zu geben. Offerten unter A. F. Postamt 21.

Das Informat, ein hiesiges Lokalblatt entnommen, schiebt äußerlich so gleichgültig aus wie alle die vielen anderen. In doch weidlich ungenügender Tragik enthält es! Eine junge Mutter, die kaum das Wochenbett überstanden hat, sieht sich materieller Sorgen halber gezwungen, ihr eben erst geborenes Kind für immer an fremde Leute zu verschicken. Es mag ihr nicht leicht werden, sich von dem kleinen, hilflosen Wesen — ihr eigen Fleisch und Blut — für immer zu trennen. Doch sie muß! Das Kind ist ihr unter den heutigen Umständen eine Fessel; sie selbst weiß ja vielleicht noch nicht, wie und wovon sie ihre Existenz fristen soll. Die Muttergefühle müssen zurücktreten vor der rauhen Wirklichkeit. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung, in der ein „gefallenes“ Mädchen als eine Verbannte gilt, und die die junge Mutter lange vor dem Ende des geistlichen Wöchnerinnenstages aus der Wochenstube heraus nach Brot jagt, will das so. Und zitternd und zitternd muß sie sich fügen, muß sie ihr Kind verkaufen, verschicken oder sich selber fortwährend entledigen und ihre noch schwachen Glieder von neuem der Ausbeutung preisgeben.

Das ist der Tragödie Lauf für so manches Dienstmädchen. Eine Entbindung bildet meist die traurigste Etappe im Leben einer Armen. Schwere Arbeit vorher, noch schwerere nachher. Alles im Dienste des Kapitalismus.

Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen in Schweden.

Schweden hatte sich bisher der Berner Konvention von 1906 über das internationale Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen nicht angeschlossen. Noch im vorigen Jahre wurde ein darauf gerichteter Regierungsvorschlag von beiden Kammern des schwedischen Reichstages verworfen, jetzt aber fand er in der ersten Kammer mit 63 gegen 62, in der zweiten mit 106 gegen 24 Stimmen Annahme. Die Nachtarbeit der Frauen ist mithin beseitigt. Unter den Gegnern des Vorschlages war merkwürdigerweise der jüngst zur sozialdemokratischen Fraktion übergetretene Bürgermeister Lindhagen, weil das Verbot der Frauennachtarbeit seiner Meinung nach eine ungerechte Benachteiligung der Frau im Kampfe ums Dasein in sich schloß und man vor allem erst für politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts sorgen müsse. Lindhagen hatte, seiner Ansicht entsprechend, mit der er übrigens allein stand, in der sozialdemokratischen Fraktion einen Antrag auf Beschränkung der Nachtarbeit für Frauen und Männer eingebracht. Nachdem das Nachtarbeitsverbot für Frauen angenommen war, verlangte er eine Unterzählung über die Nachtarbeit der Männer, um in dieser Hinsicht eine gesetzliche Beschränkung vorzubereiten. Dieser Antrag wurde jedoch mit 109 gegen 69 Stimmen abgelehnt.

Verfammlungen.

Die Hausdiener, Aufseher usw. aus den Wäschebereihsinstituten nahmen in einer Branchenversammlung Stellung zur Feier des 1. Mai. Nach einem Referat mit anschließender Diskussion wurde beschlossen, daß am Sonntag, den 1. Mai, vormittags von 9 bis 11 Uhr, bei Sieber, Seydelstraße 30, Kontor der Feiern und Abstempelung der Kontrollkarten stattfinden. Ferner soll eine Kontrolle betreffs Zugehörigkeit zur Partei sowie Presse vorgenommen werden. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, Wahlvereinsbuch und Wortwärts-Quittung mitzubringen. Nachdem findet Teilnahme an der allgemeinen Arbeiterversammlung familiärer Verwaltungsstellen des Transportarbeiterverbandes im „Deutschen Hof“, Ludauer Straße, statt.

Die Generalversammlung des Verbandes der Bäcker und Konditoren tagte am Sonntag im Gewerkschaftshause. Der Kassierer Barth konstatierte in seinem Bericht, daß der Verband auch im vorvergangenen Quartal wieder gute Fortschritte gemacht habe. Die Mitgliederzahl hat sich seit Jahresfluß um 48 gehoben und sind im Vergleich mit dem ersten Quartal des Vorjahres circa 1000 Beiträge mehr geleistet worden. Schneider erstattete den Vorstandsbericht und führte aus, daß auch das jüngst verlossene Quartal für den Verband eine Zeit des Kampfes gewesen sei. Insbesondere galt es, für die Erringung des 36stündigen Ruhetages einzutreten. Hier war die Versammlung vom 16. Februar, in der gegen 3000 Bäcker ihre Stimme für den Ruhestag abgaben, geradezu ein Meilenstein in der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Auch einen anderen Schlag hat der Verband gegen seine Gegner geführt, indem er bei der Gesellenwahl der Konditoreninnung die gelbe Garde mit einer Dreiviertelmehrheit gründlich abgeführt hat. Gehsthold begründet einen Antrag zum Verbandsdiag, der im nächsten Jahre in Verbindung mit der Feier des 37jährigen Bestehens der Organisation in Berlin tagen wird, einen Fonds zu gründen, zu dem jedes Mitglied eine Mark beizusteuern hat. Der Antrag wird gegen neun Stimmen angenommen. Ein weiterer Antrag, welcher besagt, daß für Konsumvereine und Genossenschaften nur solche Kollegen vermittelt werden, die drei Jahre Mitglied der Organisation sind, wird von Schubert begründet und gegen sechs Stimmen angenommen. Den Frauen von arbeitslosen Kollegen zu den Verbandsübergangungen freien Eintritt zu gewähren, verlangt ein anderer Antrag. Der Kassierer Barth wendet sich in sachlicher Weise dagegen und führt die Konsequenzen an, die dieser Antrag nach sich ziehen kann, der Antrag wird gegen drei Stimmen abgelehnt. Mit einem Hinweis auf den 1. Mai und der Aufforderung, sich rege an der Versammlung zu beteiligen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Freie Jugendorganisation Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr im Volkshause, Rosinenstr. 3: Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (E. S. 2 Hamburg.) Filiale Baumhäuserweg. Heute abend 6 1/2 Uhr im Vereinslokal Baumhäuserweg Str. 67.

Deutscher Arbeiter-Ausruhen-Bund. Ortsgruppe Berlin. Heute abend 8 1/2 Uhr, Stralauerstr. 13/14 vorn 3 Tr.: Vortrags-Diskussion.

Allgemeine Familien-Sterbekasse. Heute Jahrtag und Aufnahmefeier. 123 im Restaurant und Mariannenstr. 48 im Restaurant von 3 bis 6 Uhr.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 25. April er., vormittags 9 Uhr, in der Halle, Poppel-Allee 15—17: Freireligiöse Versammlung. — Vermittlung 10 1/2 Uhr in der Schule, Kleine Franzfurter Str. 6: Vortrag von Red. Ida Wilmann über: Die Stimmigkeit der Gottesknechte. Herren und Damen sind als Gäste sehr willkommen.

Briefkasten der Expedition.

Vaticanen in Berlin, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilshütte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freizeitschriften sofort ihre Adressen einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingekandt werden.

Für den Inhalt der Interaktion übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 24. April.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Josef in Ägypten.
Königl. Schauspielhaus. Ein Puppenheim.
Neues königliches Opernhaus. Gelächter.
Deutsches. Kunst.
Kammerstücke. Der Arzt am Scheidebühl. (Anfang 8 Uhr.)
Berliner. Ein Herbstmännchen.
Neues Schauspielhaus. Mit Heibelberg.
Anfang 8 Uhr.
Leitung. Der König.
Nachm. 3 Uhr: **Woh!** dem, der lügt.
Wespen. Der Bodenflur.
Nachm. 4 Uhr: **Opernaufführung** des Sternschen Konjunktors.
Neues. Renaissance.
Thalia. Wo wohnt sie denn?
Romische Oper. Jaja.
Wespen. Kümmer dich um Amelie.
Schauspielhaus. Im Klubstessel.
Kleines. Rival.
Heibel. Diejenige Lupin.
Schiller O. (Waller-Theater.)
Doktor Klaus.
Schiller Charlottenburg. Das Opferlamm.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Aufzählfieber.
Luisen. Marie, die Tochter des Regiments.
Trianon. Liebesgebet.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Bernhard Weis. Ehrliche Arbeit.
Gastspiel-Theater. Der Hund von Baskerville.
Gebrüder Herrfeld. Meine Deine Tochter. Der selige Niemann.
Mykko. Die Geschwister Wiesenthal.
Metropol. Die oberen Zehntausend.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Wagner. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Das Lied vom brauen Mann. Anfang 8 1/2 Uhr.
Kasino. Kermessmann. Spezialitäten.
Gasthof Behrens. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Parodie. Siegel figellit alles. — Was fürs stünd. Eber: Die Folgen eines Rendezvous. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Urania. Taubenstraße 48/49.
Nachm. 4 Uhr: **Ueber den Brenner nach Venedig.**
Abends 8 Uhr: **Auf den Trümmern Messinas.**

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr.
Ueber den Brenner nach Venedig.
Abends 8 Uhr:
Auf den Trümmern Messinas.

DERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurter Str. 132.
Ehrliche Arbeit.
Gosse mit Gesang in drei Akten von Wilken.
Anfang 8 Uhr. Wochenlagpreis.
Sonntag: Graf Esler. Nachmittags 3 Uhr: Antis-Paris.

Gastspiel - Theater
Köpenicker Straße 68. Täglich 8 Uhr:
Die großartige Fortsetzung von **Sherlock Holmes:**
Der Hund von Baskerville.
Sonntag 3 1/2 Uhr:
Sherlock Holmes.

Apollo Theater
9 1/2 Uhr: Drei Schwestern
Wiesenthal
9 1/2 Uhr: Amélie de L'Enclos, Schimpphänomen.
9 Uhr: F. A. Heinhans, Redenfüßel.
Sonntag, 25. April, nachm. 3 1/2 Uhr:
Einziges Nachm.-Gastsp. d. Schwestern **Wiesenthal.** Kleine Freiheit.

Metropol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund.
Musik v. Gust. Korke. In Saene gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 7 1/2 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
7 6 5

Salerno Amann De Lile
sowie das von Publikum und Presse glänzend beurteilt
April-Programm.
Reserviertor Pl. 2 M. Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe).
Arnold Neue Welt. Hasenheide Scholz 108/114.
Heute Sonnabend, 24. April: **Beginn der Schlußkämpfe** um „Das silberne Horn von Berlin.“
Vor den Kämpfen **das große Spezialität.-Programm.**
Anfang 7 Uhr. Sonntags 8 Uhr. Eintritt 0,30, 0,50, 1, 2 M.

Gebrüder Herrnfeld-Theater. Ververk. 11-2 Uhr.
Schluß der Spiel-Saison: Freitag, 30. April.
Bis dahin täglich die mit stürmischem Beifall aufgenommene Novität:
Meine-Deine Tochter.
Komödie in 2 Akten mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Fernor:
Der selige Niemann.
Lustspiel in 1 Akt von Karl Tellheim.

Passage-Theater.
Die maurische Schlangentänzerin
Yaka-Ishad
Gastspiel der Garland-
Negeroperette
18 Solokräfte
und das grandiose April-Programm.
Der größte Variété-Erfolg den je Berlin gehabt!

Schiller-Theater.
O. (Waller-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum 1. Male: **Doktor Klaus.**
Lustspiel in 3 Akten v. Ad. Pirronge.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Ein Volksfeind.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Montag, abends 8 Uhr:
Doktor Klaus.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das Opferlamm.
Schwank in 3 Aufzügen von Oskar Walther und Leo Stein.
Ende 10 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Rechts herum.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Macbeth.
Montag, abends 8 Uhr:
Macbeth.

CASTAN'S PANOPTICON
Friedrichstr. 165 (Pachorpalast).
Täglich 7 1/2 Uhr abends. — Sonntag: 2 Vorstellungen:
Humoristische Künstler - Abende.

„Bellachini's Zauberwelt!“
Ausgeführt von Eugen Schröder und Marg. Fara.
Nachmittagssoireen stündlich — Hauptsoiree: 8 Uhr abends.
Neu! Auf dem Calvarienberge! Neu!

Brauerei Friedrichshain
Heute, Sonnabend: **9. Tag Ringkämpfe** um die **Weltmeisterschaft**
Heute ringen sechs Paare:
Entscheidungskampf
Rosack, Berlin gegen **Pampuri,** Italien. — Ferner:
Legonoc, Frankreich gegen Salge, Berlin.
Annoni, Italien gegen Stolzmann, Rheinland.
Gambier, Weltmeister, Frankreich geg. Borowski, Westpreußen.
Dittmann, Brandenburg gegen Sanders, Neger-Champion.
Robert Reicherich, Weltmeister gegen Petrowski, Polen.
Vor den Ringkämpfen: **Das ausgewählte Spezialitätenprogramm.**
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf., res. Pl. 1 M., numer. Tisch 2 M.

Nur noch kurze Zeit!
Zirkus Busch.
Sonnab., 24. April, abds. 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung.
Debut! **Die Kideros!**
Fernor: **Mr. Charleston?** Mons. Vansart! Math. Reaz, Schulmeisterin.
Die Bräuterei. Der Ernst Schwann, Reudersleben. Um 7 1/2 Uhr.
Auswanderer!
Etzandung eines Ozeandampfers.
Sonntag: **Zwei große Gala-Vorstellungen.** In beiden Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr, ungeführt:
Auswanderer!

W. Noack's Theater
Direktion: Rob. Dill. Sonnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Die Macht des Goldes.
Schauspiel in 5 Akten von Emdert.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Sonntag: Dieselbe Vorstellung.

Palast-Theater
Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
Sonnabend, den 24. April:
Neuaufnahme des Kampfes zwischen **Karl Kornatzki,** Rittersinger von Polen, und **Brillon,** England.
Fernor **Entscheidungskampf** **Scholl,** Köln, geg. **Lang,** Bayern.
Bayern.
das Monster-Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Die großartig. April-Spezialitäten.
Der Tunnel: **Freikonzert.**

Stadt-Theater Moabit.
Größter und vornehmster Theater-saal Moabit.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)
Sonntag, den 25. April:
Der Trompeter v. Säckingen.
Anfang der Vorstellung 7 Uhr.
Koffendigung 6 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Sonntags von 10-11 Uhr mittags im Theater-Restaurant.
Montag, den 26. April: Soiree der Lustigen Sängers.

Folies Caprice.
Insolvent.
Gosse von L. Lauffein.
In lauschiger Nacht.
Lustspiel von H. Gerde.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Damms Volkspark-Theater
(früher Diets)
Landsberger Allee 76/77.
Täglich:
Weisbach Sächsisch. Volks-Theater
zum erstenmal in Berlin — soll ständig neu — alles leicht — man amüsiert sich köstlich.

Casino-Theater
Lothring. Str. 37. — Täglich 8 Uhr.
Bis zum 30. April:
Ackermann.
Ab 1. Mal auf vieljäh. Bühne:
Das Opferlamm.
Sonntag 4 Uhr: **Rußland.**

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Der Kompagnie-Ball.
Anfang
mochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Puhmanns Theater.
Schönhäuser Allee 148.
Heute: **Große Extra-Vorstellung.**
Zur Aufführung gelangt:
Der Don Juan.
Gosse in 4 Akten von Ansel.
Anfang 9 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Passage-Panoptikum.
Prinzeß Fassie
die Amazonenkönigin
mit ihrer wilden Garde.
„Das blaue Weib“
das Opfer unarmherziger
Tätowation.
Alles ohne Extra-Entree!

Gustav Behrens-Theater.
Goltzstr. 9.
Das glänzende sensationelle **April-Programm.**
9 1/2 Uhr: **Stüftig** des lehrbaren Lustspiel „**Juppelin II.**“
Der Friseur als Don Juan.
Operette.
Anfang 6 Uhr.

Fritz Steidl-Münchener-Theater.
Brückenstr. Anf. 7 1/2 U.
Wochentags 8 1/2. Rissenerfolg.
Papa Brenneke!
Parterra-Saal: Berliner Spatzen.
Prima Küche. — Entree frei.

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn.
Bis 12 Uhr nachts geöffnet.
Konzert und Kunstläufe.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1937.

Achtung! Klempner. Achtung!
Montag, den 26. April 1909, abends 8 Uhr:
Allgemeine Klempner-Versammlung
in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97.
Tages-Ordnung:
1. Der Stand unserer Bewegung. 2. Diskussion.
Pflicht eines jeden Klempners ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. 115/2

Montag, den 26. April 1909, abends 8 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Werkzeugmacher (Schnittbauer, Feeren- und Vorrichtungsbauer, Schneidzeugmacher, Einrichter sowie sämtl. in den Schnellpressenfabriken beschäftigt. Kollegen) in den Musiker-Gestirten, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: „Entwicklungsbedingungen der modernen Technik.“ Referent: **Kollege Wissell.** Diskussion. 2. Branchenanliegenheiten. 3. Neu- und Erwerbungen. 4. Verschiedenes.
Kollegen! In dieser Versammlung wird an alle Kollegen, welche durch unsere Vertrauensleute nicht zu erreichen sind, Material zu einer Statistik ausgegeben. Es ist daher Pflicht, daß jeder Kollege erscheint.
Die Ortsverwaltung.

„Freier Bund“
Einkaufs- und Produktivgenossenschaft freier Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bilanz am 31. Dezember 1908.

Aktiva.	Passiva.		
Rassa-Ronto	183,35	Mitglieder Guthaben - Rto.	25 230,-
Robilien-Ronto	167,81 M.	Reservefonds-Ronto	970,- M.
10 Prozent Ab-schreibung	16,73	Hierzu	
Bank-Ronto	150,58	10 Prozent er.	
Barre-Ronto	4 160,25	1908	82,01
Genossenschafts-Ronto	1 250,-	Genossenschafts-Ronto	694,58
Genossenschaftsbrauerei-Ronto	576,36	Sparnisiage-Ronto	6 400,-
Anteil-Ronto Genossen-schafts-Brauerei	27 756,15		
	34 376,69		34 376,69

Mitgliederbewegung. Zahl der Mitglieder am 1. Januar 1908: 173.
Zugang: 3, Abgang: 9, mittl. Mitgliederzahl am 31. Dezember 1908: 173.
Im Laufe des Geschäftsjahres haben sich die Mitglieder Guthaben um 4730,- M. vermehrt und die Guthabsummen um 1500,- M. vermindert. Die Gesamt-Guthabsumme aller Mitglieder beträgt am Jahreschluss 50 400,- M.
In der Generalversammlung vom 25. Februar 1909 wurde auf Antrag des Vorstandes und einstimmig beschlossen, § 5 Abs. 1 zu streichen und dafür zu setzen: „ein Geschäftsanteil beträgt 20 M. und ist mit einem Male zu entrichten.“ § 6 Abs. 4: „Die Guthabsumme beträgt für jeden über-nommenen Anteil 20 M.“
Einzige Gläubiger, welche gegen diese Abänderung Einspruch erheben oder Forderungen an die Genossenschaft haben, fordern wir hiermit auf, sich unverzüglich bei der Geschäftsstelle, Schivelbeiner Straße 42, zu melden.
Berlin, den 20. April 1909. 105/9

Der Vorstand.
F. Matthes, Emil Kerfin.

Paul Drenke Nachfolger Otto Berlett
Hutfabrik
Oranienstraße 172
empfiehlt sein großes Lager in (3568*)
Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.
Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse des In- und Auslandes stets am Lager.
Reparaturen schnell, sauber und billig.

M. Schulmeister
Berlin SO., 4, Dresdener Straße 4, am Kottbusser Tor.
Nur eigene Konfektion!
Frühjahrs- u. Sommerpaletots
in prima Qualitäten. Cheviot u. modern gestreift. Melton-Stoff.
45,-, 42,-, 35,50, 36,-, 32,50, 30,-, 27,50, 24,50, **21** M.

Moderne Ulster,
1 u. 2-reihig. Formen z. Durchknöpfen, in d. neuest. Mustern
45,50, 45,-, 40,50, 30,50, 32,50, 29,50, **25** M.

Jackell-Anzüge,
elegante Passons, prima Rob-bear - Verarbeitung
45,-, 42,50, 39,50, 34,-, 29,50, 27,50, **24** M.

Rock-Anzüge . . . 29⁵⁰ 54⁰⁰
Gehrock-Anzüge . 36⁵⁰ 70⁰⁰
Burschen- u. Knaben-Garderoben, Herren-Beinkleider, Arbeiter-Berufskleidung.

Anfertigung nach Maß und Garantie für tadelloser Sitz, haltbare Stoffe, la. Verarbeitung, elegante Passform

Restaurant Wilhelmshof Station Hirschgarten
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Empfehle meinen herrlichen Garten an den Sonnabenden für Sommerfeste.
Inhaber: **Fr. Forte.**

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg).
Mitglieder-Versammlungen
 (in der Stadt)
 Bezirk A am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 9.
 " B am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, bei Ehler, Wiener Straße 25.
 " C am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, bei Schulz, Alte Kalchstr. 18/19.
 " D am Montag, den 26. April, vormittags 10 Uhr, bei Hummel, Sophienstr. 5.
 Tages-Ordnung:
 1. Geschäftsbericht. 2. Bericht über den Stand der Kasse pro 1. Quartal 1909. 3. Verschiedenes.
 Im Bezirk D findet Ergänzungswahl des Vorstandes statt.
 Die Ortsverwaltungen.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler E. H. 3 Hamburg.
Mitglieder-Versammlungen
 der örtlichen Verwaltungstellen:
 Berlin A: Am Montag, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Wolf, Schlags, Altdorferstr. 21.
 Berlin B: Am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 8).
 Berlin C: Am Montag, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Zeh, Hornstr. 2.
 Berlin D: Am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichshöhe, Turmstr. 25/26 (H. Saal).
 Berlin E: Am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Raabe, Koldberger Straße 23.
 Berlin F: Am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Obig, Schmeider Straße 23.
 Berlin G: Am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, in Manns Formwaren, Straußberger Straße 3.
 Berlin H: Am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, bei H. Reibhardt (früher Tollbar), Görlitzer Straße 58.
 Berlin J: Am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, im Schwibiders Vereinshaus, Frankfurter Ufer 127.
 Lichtenberg, Stralau-Kummelsburg: Am Sonntag, den 25. April, vormittags 8 1/2 Uhr, bei Pletzenhagen, Nichtenberg, Schrammstr. 60.
 Schöneberg: Am Montag, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, in Schöneberg, Wehinger Str. 8 im Tunnel.
 Weißensee: Am Montag, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Rehtopf, König-Hausstr. 28.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1908 und 1. Quartal 1909. 2. Rechnung der gesamten Ortsverwaltung inkl. Beitragskammer. 3. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersuchen
 Die Ortsverwaltungen. 184/2

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands
 Verwaltungsstelle Groß-Berlin.
 Sonntag, den 25. April, nachm. 4 Uhr, im Englischen Garten, Algenstr. 276.
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassendbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Bericht der Gewerkschaftskommission. 4. Beschlußfassung über den Kartellvertrag aller in den Brauereien in Betracht kommenden Organisationen. 5. Anträge.
 Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.
 145/6 J. H.: H. Schwittau.

Deutsch. Transportarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin II.
 Am Sonntag, den 25. April 1909, vormittags von 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, finden die
Stichwahlen für 6 Delegierte zur Generalversammlung in München
 in folgenden Lokalen statt:
 Zentrum: W. Zieder (früher Engel), Seebstr. 30.
 Hallesches Tor: Paul Scholz, Danziger Str. 22.
 Potsdamer-Tor-Besirk: Herm. Nos, Bismarckstr. 68.
 Moabit-Besirk: Ernst Starf, Waldstr. 6, und Purtsch, Spenerstr. 23.
 Wedding-Besirk: August Warand, Seilerstr. 12.
 Gesundbrunnen und Reinickendorf-Ost: Ernst Glöbig, Kolonnenstr. 15.
 Rosenthaler-Tor-Besirk: Gottlieb Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 Schönhauser-Tor-Besirk: Karl Hlbig, Dybener Str. 2/3.
 Königstor-Besirk: Friedrich Rausch, Bismarckstr. 12.
 Landsberger-Tor-Besirk: Emil Panten, Heidenfeldstr. 11.
 Frankfurter-Tor-Besirk: Gustav Müller, Große Frankfurter Straße 137.
 Schlesischer-Tor-Besirk: Paul Hoffmann, Oppelner Str. 47.
 Kottbuser-Tor-Besirk: Rixdorf-Nord (sowie Treptow): Gustav Schmidt, Rixdorf, Heidestr. 44.
 Rixdorf-Britz: Ferdinand Hennig, Rixdorf, Heidestr. 69.
 Ober- und Nieder-Schöneweide (sowie Baumenschuldenweg): Friedrich Warnke, Ober-Schöneweide, Wilhelmstr. 18.
 Rummelsburg, Boxhagen, Lichtenberg, Friedrichsberg, Stralau: Georg Bieweg, Mit-Boxhagen 54.
 Weißensee: Hermann Tröger, „Zum Pralaten“, König-Hausstr. 42, Ode Leberstraße.
 Pankow, Schönhausen und Französisch-Buchholz: Carl Abendroth, Pankow, Wöhlkenstr. 31.
 Borsigwalde, Tegel und Reinickendorf-West: August Wendt, Reinickendorf-West, Antonienstr. 61.
 Charlottenburg: Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
 Wilmersdorf-Halensee: Fritz Kaefer, Wilmersdorf, Pausenburger Str. 20.
 Schöneberg-Friedenau: Wilhelm Rusche (früher Obf), Schöneberg, Wehinger Str. 6.
 Tempelhof-Marienthal: Martin Müller, Tempelhof, Berliner Straße 41/42.
 Den Mitgliedern ist es freigestellt, in einem der vorgenannten Lokale ihre Stimme abzugeben.
 Als Wahllegitimation dient das Mitgliedsbuch, welches am Eingang zum Wahllokal vorzulegen ist.
 Wer mit seinen Beiträgen länger als 10 Wochen im Rückstand ist, ist nicht wahlberechtigt.
 Stimmzettel erhalten die Mitglieder am Eingang zum Wahlzimmer.
 Die Verwaltung II. J. H.: Albert Hübch.
 Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
 Zweigverein Berlin und Umgegend.
 Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr:
General-Versammlung
 in Anton Voelkers Festsaal, Weberstr. 17.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1908 und Bericht der Revisoren. 2. Stellungnahme zur Maifeyer. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
 Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.
 Der Zweigvereinsvorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.
 Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.
 Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, in den Urminhallen, Kommandantenstr. 58/59 (großer Saal):
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1909. 2. Beschlußfassung über den Antrag aus den Bezirken, die Arbeitslosenmarken von der ersten Woche ab aus der Lokalfasse zu zahlen. 3. Stellungnahme zur Maifeyer. 4. Verschiedenes.
 Die Kollegen werden ersucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen.
 Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.
 J. A.: G. Schulze.

Zentralhaus moderner Herrenkleidung
 Neuo Friedrichstr. 35, neben der Zentral-Postfiliale, Defest an jedermann elegante Herren-Garderoben fertig und nach Maß unter Garantie für tadellosten Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 M. an. Auf Wunsch Besuch des Besizers mit neuesten Stoffmustern. Sonntags geöffnet.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter
 Ortsverwaltung Berlin.
 Geschäftsstelle Berlin C. 54, Pulaski-Str. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518.
 Sonntag, den 25. April, nachmittags 3 Uhr:
Mitglieder-Versammlung aller Gruppen
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal).
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Verbandsvorsitzenden Martin Etzel über: „Krisis und Brauereiarbeiter“. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1909. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Die wichtige Tages-Ordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen. — In dieser Versammlung haben alle Brauereiarbeiter, auch wenn sie nicht Mitglieder des Brauereiarbeiter-Verbandes sind, Zutritt. — Kollegen, welche die Inorganisierung mit in diese Versammlung, Die Ortsverwaltung. 42/16

Leske & Lehrer
 78 Kottbuser Damm 78
 Spezialhaus guter Herren- u. Knabenbekleidung — fertig und nach Maß —
 Diese Grundsätze bürgen Ihnen für die Solidität und Reellität der Firma
Denken Sie nur bestimmt daran, bevor Sie Ihre Einkäufe zum Sommer erledigen, unsere großen Läger zu besichtigen. Sie finden bei uns stets das Neueste vorrätig. Wir empfehlen Ihnen:

Herren-Anzüge
 58, 54, 50, 45, 40, 36, 15 Mk.
 33, 30, 27, 24, 21, 18, 15 Mk.
Knaben-Anzüge und Paletots
 20, 18, 16, 14, 12, 10, 3 Mk.
 9, 8, 7, 6, 5, 4, 3 Mk.
Anzüge nach Maß 34⁰⁰ von Mk. an

Paletots und Ulster
 54, 50, 45, 40, 36, 33, 15 Mk.
 30, 27, 25, 22, 21, 10, 15 Mk.
Herren-Hosen
 22, 20, 18, 16, 14, 12, 10, 275
 9, 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2 Mk.
Paletots nach Maß 32⁰⁰ von Mk. an

Leske & Lehrer
 78 Kottbuser Damm 78
 ::: Spezialhaus guter Herren- und Knaben-Bekleidung :::
 — fertig und nach Maß —
 Spezial-Abteilung:
 :::: Bekleidung für sämtliche Berufe. ::::
 Bitte beachten Sie genau Firma und Hausnummer!

Den Parteigenossen
 der Bezirke 679 und 676 unseren besten Dank für die Gratulation zum 100. Geburtstag.
 Ernst Müller und Frau.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Friedrich Lux** an Kopfverletzung gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
 Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 24. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Simeon-Kirchhofes in Brigg statt.
 Ferner starb am 19. April unser Mitglied, der Arbeiter **August Laurent**. **Ehre seinem Andenken!**
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. April, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Französischen Kirchhofes in der Wolanstraße statt.
 Regte Beteiligung erwartet
 116/1 Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
Nachruf!
 Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege **Max Schuch** am 19. April im Alter von 35 Jahren gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
 162/13 Die Ortsverwaltung I.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
 Zweigverein Berlin.
 Sektion der Gips- u. Zementbranche
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Zementierer **Paul Klose** (früher Schönhauser Vorstadt) am 22. April im Alter von 43 Jahren verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. April, nachmittags 12 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes in Alte Schönhauser (Nordend) statt.
 Regte Beteiligung erwartet
 187/5 Der Sektionsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Albert Preppernau** am 21. April verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. April, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Jerusalemer Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters und Schwiegervaters **Friedrich Berg** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
 Karl Brauer und Frau.

Albesfinier-Pumpen
 zum Selbstausstellen für Gartenbesitzer u. Landbesitzer komplett von 8 M. an.
 Hängelampfen, Gartenpumpen in großer Auswahl. Größter Lager.
Carl Köchlin & Co.,
 Berlin SW.,
 (IV 1078) Alte Jakobstr. 18/19.

Sanssouci, Kottbuser
 Dirsition Wilhelm Reimer.
 Jeder Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutscher Sänger
 und Frühlingskränzen. Einakter, Ensemblekonzerte, Aktuelle Vorträge in Wort und Bild etc.
 Beg. Sonntag, 8. modern. 8.11. Morgen Sonntag: Gr. Elite-Soiree. Tanz. Jed. Dienstag: Theaterabend.

Flugblattverbreitung.

Achtung! Am Sonntag, den 25. April, von 8 Uhr früh an, findet in Berlin und allen Orten der Umgegend eine Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus statt.

Wir bitten die Genossen und Genossinnen, vollständig zur Stelle zu sein, damit die Verteilung prompt und schnell erledigt wird.

Auch für den Niederbarnimer Kreis findet, entgegen früheren Bestimmungen, die Verbreitung gleichfalls am Sonntag statt und zwar in allen Bezirken des Kreises.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlin und Umgegend.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg! Die neue Lokalliste erscheint zum Himmelfahrtstage. Wir ersuchen daher, alle Änderungen bezw. Neuauflagen bis spätestens Sonntag, den 2. Mai, an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

- Für den I. Wahlkreis an den Genossen Paul Vartisch, NW. 23, Pflanzstraße 32.
Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, S. 53, Bärlachstraße 47.
Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, S. 59, Urbanstraße 93.
Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Kott, O. 34, Straßmannstraße 29.
Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, C. 54, Auguststraße 51, Luergeb. IV.
Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, N. 58, Uedermünder Straße 17, II.
Für Niederbarnim an den Genossen Hermann Elias, O. 112, Blumenthalstraße 24.
Für Teltow-Deestow an den Genossen Karl Kott, Nigdorf, Selchower Straße 15-18, IV.
Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen August Paris, Welten, Luisenstraße 17.
Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorstenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Am das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Lokalkreise so oft gefassten Beschluss hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzulegen, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 2. Mai einkaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten.

Des Weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einsendungen immer erst in letzter Stunde einkommen, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Bergzügen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission: Richard Henschel, Berlin N. 58, Uedermünder Straße 17, II.

Nigdorf. Zu dem am Mittwoch, den 28. April in Goppes Festsaal, Hermannstraße 49 stattfindenden Lichtbilder-Vortrag des Genossen Geel über die babische Revolution sind noch Eintrittskarten zum Preise von 10 Pf. bei den Bezirksführern und in der Expedition Redarstraße 2 zu haben. Der Vorstand.

Wilmerdorf-Hafensee. Am Sonntag, den 25. April, morgens 8 Uhr, findet von allen Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Steglitz. Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Lokalen aus Flugblattverbreitung.

Friedenau. Am Sonntag früh Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Heute Sonnabendabend Materialausgabe bei Gustav Schönefeldt, Rheinstraße 31; dort ist heute auch die Bibliothek von 8 bis 10 Uhr abends geöffnet. Der Vorstand.

Lichtenberg. Am Sonntag findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Tempelhof. Morgen Sonntag Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Britz-Buckow. Morgen Sonntag, früh 8 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Schwargendorf. Am Sonntag früh findet im Ort eine Hausagitation statt. Die Genossen werden ersucht, das Material hierzu um 1/2 5 Uhr im Lokal „Lindenbaum“ abzuholen. Der Vorstand.

Hummelsburg. Am Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Lokalen aus über den ganzen Ort eine Flugblattverbreitung statt. Gleichzeitig geben wir bekannt, daß am Dienstag, den 27. d. M., abends 8 Uhr, im Saale der Wwe. Weigel eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins stattfindet. In dieser Versammlung referiert Genosse Müller über: Unser Gemeindeprogramm und die Stellung der hiesigen sozialdemokratischen Gemeindevertreter zum Gemeindesteuerzuschlag für 1909. Der Vorstand.

Stralau. Am Sonntag, den 25. April, morgens 8 Uhr von allen Bezirkslokalen Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Ober-Schönweide. Sonntag früh findet von den Bezirkslokalen aus Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Röpenitz. Die morgen Sonntag stattfindende Flugblattverbreitung erfolgt früh 1/2 5 Uhr von den bekannten Lokalen aus.

Friedrichsfelde. Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Lokalen aus Flugblattverbreitung statt.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen. Heute Sonnabend, abends 8 Uhr, findet im Lokale von Otto Käsch die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Die Tagesordnung enthält wichtige Beratungsgegenstände. Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Morgen (Sonntag) früh 8 Uhr findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonntag, den 25. April, findet die Beschäftigung der Wohlfahrtsausstellung in Charlottenburg, Traunhoferstraße 11/12, statt. Treffpunkt um 11 Uhr vormittags bei Madjes, Kaiser-Wilhelm-Straße 10. Für Nachzügler um 1 Uhr vor der Ausstellung. Um 8 Uhr früh findet von den Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Pankow. Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Tegel. Am Sonntag findet Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus statt.

Waldhof. Morgen Sonntag, früh 8 Uhr, vom Lokal Töpfer, Gelbigstraße 31, aus Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Grünau. Sonntag, den 25. d. M., Flugblattverbreitung. Materialausgabe 7 1/2 Uhr in der „Grünen Ede“, Köpenicker Str. 88.

Knowawes. Morgen, Sonntag findet eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt 8 Uhr früh bei Gruhl, Prieferstraße 89.

Des Weiteren werden die Mitglieder des Wahlvereins darauf hingewiesen, daß vormittags von 9-12 Uhr in den bekannten Lokalen die Beiträge des Wahlvereins einkassiert werden.

Die Bibliothek befindet sich vom Sonntag ab im Lokal des Genossen Singer, Prieferstr. 31, 1 Treppe. Der Vorstand.

Staaken. Am Dienstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, findet in Gnädigs Gasthof eine Vollversammlung statt. Tagesordnung: Neue Volkslisten als Reichsfinanzreform. Referent: Genosse Gewerkschaftssekretär H e y s c h o l d - Berlin.

Sonntag, den 25. April, früh 8 Uhr: Handzettelverteilung. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Berliner Frühling.

Die Rosenflächen auf den öffentlichen Plätzen erglänzen wieder wie smaragdener Samt, und das Spagenvolk, das sich lärmend darauf herumtummelt, hat alle Bande frommer Ecken von sich geworfen. Der Anblick des höchst unmoralischen Treibens, mit dem die Sperlinge den Frühling auf ihre Weise zu feiern sich nicht entblöden, peinigt die männlichen und weiblichen Patschwestern unter den Passanten.

In vollem Flor steht der Berliner Straßenbaum, die Ulme, jene Holzarzt, die am besten noch dem Staub der Gassen, den giftigen Dämpfen der Großstadt, den Licht und Luft von ihren Wurzeln abschließenden Asphaltdecken zu widerstehen vermag. Es ist ein bescheidener Flor. Nur hier und da hebt einer den Kopf zu den dichten Büscheln, die gebrängt neben den Aestchen sitzen und zahllose unscheinbare Blüten vereinigen. Alle Aestchen sind horizontal ausgebreitet. Auf diese Weise wird das Licht von oben in der günstigsten Weise ausgenutzt, ohne daß die Knospen in den Schatten geraten. Das selbe Prinzip befolgen die später nachfolgenden Blätter. Auch sie breiten sich horizontal aus, denn sie lieben das Licht.

Bei den Verkaufständen der Blumenhändler, den fliegenden und festen, herrscht das leuchtende Gelb der Narzissen. Vellchen, Raglöchen, gefüllte Anemonen werden ausgerufen. Gern sucht das Auge die bunten Auslagen der Blumenläden, denn unsere eigene freie Natur ist noch viel zu arm und nicht immer sind die Anemonenwälder hinter Spandau erreichbar. Auch auf den hängenden Gärten, den Ballonen, wird es nun lebendig, denn ein sicherer Frühlingbote, der Mann, der frische Blumen erde zu verkaufen hat, geht schon lange um; ein eifriges Umackern der Blumenstöcke hat begonnen und sendet manchem Passanten Spuren davon auf den neuen Frühlingshut.

So dürfen wir hoffen, daß das Berliner Straßenbild bald wieder einen angenehmeren Eindruck machen wird. Straßenbäume und Vorgärten werden ergrünen, Pflöhen und spanische Kressen auf den Balkonen in die Höhe klettern, und auch die Sperlinge werden wieder in moralischere Bahnen einlenken.

Übermäßige Ausnutzung von Berliner Waisenkindern.

In den kürzlich erschienenen Jahresberichten preussischer Gewerbeinspektoren wird aus dem Regierungsbezirk Arnberg berichtet:

„In gewissen Gegenden, wo die Kleinindustrie verbreitet ist, lassen sich die Fabrikbesitzer durch Vermittelung von Agenten jugendliche Arbeiter aus Berlin und aus den Provinzen Ost- und Westpreußen kommen. Diese jungen Leute, welche meist Waisen oder Halbwaisen sind, erhalten bei ihrem Arbeitgeber Kost und Logis und werden häufig vor oder nach ihrer Tätigkeit in der Fabrik oder Werkstatt zu häuslichen und landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen und übermäßig ausgenutzt. Der Besitzer einer Werkzeugfabrik, der schon zweimal wegen Vergehens gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter bestraft worden ist, und der sich auch in bezug auf die Beschäftigung dieser fremden jungen Leute an keine gesetzlichen Bestimmungen legte, wurde wegen Vergehens gegen die Schutzbestimmungen der §§ 135, 136 und 138 der Gewerbeordnung zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt.“

Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob von der hiesigen Waisenverwaltung Waisen nach dieser Gegend gegeben worden sind, und wenn das der Fall ist, dürfte es angebracht sein, Vorbehalte zu treffen, diese jungen Leute vor übermäßiger Ausnutzung zu schützen.

Die Spre-Havel-Dampfschiffahrtsgesellschaft „Stern“ wird am kommenden Sonntag ihre Dampfer wie folgt verkehren lassen: 1. Ab Jannowitzbrücke: 9 Uhr nach Wolterdorfer Schleiße (einfache Fahrt), von 2-5 Uhr stündlich bis Grünau, von 2-5.30 Uhr halbstündlich bis Loreley (Nieder-Schönweide). Alle Schiffe legen 15 Minuten später am Schlesschen Tor an. 2. Ab Grünau (Geleischhof) von 10.23-5.23 Uhr erstmalig stündlich über Schmüdow nach Jentzen, Hankels Ablage, Rauchfangsverder und Jiegenhals. 3. Ab Etkner (Bahnhofshotel) von 9-5 Uhr stündlicher Motorbootverkehr auf der Pösnitz bis Alt-Waldhof. 4. Ab Bahnhof Scharnigelsee im Anschluß an die von Berlin-Königs-Wusterhausen eintreffenden Züge, Verkehre über Schwarzhorn, Silberberg, Diensdorf, Pieslow nach Behlitz und zurück. 5. Ueberrfahrten auf dem Müggel- und Wannensee. 6. Ab Spandau (Charlottenbrücke) 2.15, 3.15, 5.15 Uhr über Wannsee nach Potsdam. 7. Ab Spandau (Hafenplatz) von 9.05 Uhr früh bis 9.05 Uhr abends stündlich nach Tegel und Helligensee. 8. Ab Wannsee (Bahnhof) von 10.40-6.40 Uhr über Alabow bis Potsdam. 9. Ab Potsdam (Eisenbahnhof) 12.10, 2.10, 5.10 Uhr über Wannsee nach Spandau, ferner von 11.10-6.10 Uhr stündlich über Alabow bis Wannsee, um 10 und 5 Uhr nach Jerich (zurück 6.30 Uhr abends) und um 12, 2 und

3 Uhr bis Werder (zurück 1.30, 3.30 und 5.30 Uhr), 2.45 und 4.45 Uhr über Reddy nach Krampnitz (zurück 3.45 und 5.45 Uhr). 10. Ab Tegel halbstündlich nach Tegelort und stündlich bis Helligensee bezw. bis Spandau.

Bisfellig. Bekanntlich hat der deutsche Kronprinz, um sich auf seine zukünftige Regierungstätigkeit vorzubereiten, in die verschiedensten Verwaltungen Einblick genommen. Auch in die Geheimnisse der Technik ist der zukünftige deutsche Kaiser eingeweiht worden, nur haben ihm böse Menschen sein Erfundergenie, das er an Manschettenknöpfen probierte, freitig gemacht. Jetzt weiß die „Vossische Zeitung“ zu melden, daß der Kronprinz kürzlich bei dem japanischen Professor Kichijaburo Saphi Unterricht im Jiu-Jitsu (Selbstverteidigungskampfs) genommen habe und daß der Herr Professor in Anerkennung der guten Lehren mit dem Bildnis mit eigenhändiger Unterschrift des Kronprinzlichen Schülers und mit einer Diamantnadel belohnt worden ist. Daß der Thronfolger sehr lehrbegierig ist, werden unsere Byzantiner nicht bestreiten.

Die ramponierten Zigarren des Justizflüßes. In einem Ausschusslaß des Amtsgerichts Berlin-Tempelhof in Moabit ist neben der Ladung dickerer Herren, die ein Interesse daran haben, sich der näheren Bekanntschaft mit der Justiz zu entziehen, ein Bettel angeheftet, auf dem eine Reihe im Gerichtsgebäude gefundener Gegenstände verzeichnet stehen. Es paradiert darauf: 1 Mütze, 1 Paar Unterhosen, 1 schwarzes Jackett, 1 graue Joppe, 2 Pfund Kaffee, 1 Wäsche Honig, 1 Flasche Stonsdorfer, 1 Flasche Rotwein, 1 Flasche Likör, 1 Taschenuhr und — 15 ramponierte Zigarren. Die unbekannten Verlierer werden aufgefordert usw. — Die Liste kann nach dem Inhalt gemacht. Eine Flasche Stonsdorfer, eine Flasche Likör — na ja, es ist ein Spruch von alters her, wer Sorgen hat, hat auch Likör, und freudig erregt pflegen die Besucher Moabits gewöhnlich nicht zu sein. Über warum so unbestimmt, „1 Flasche Likör“? Das ist leicht gesagt, aber welche Nummer, fragt der Berliner. Reicht die Sachkunde der vereinigten Gerichtsdienstkräfte von Moabit nicht aus, um das Geheimnis der mysteriösen Flasche zu ergründen? Und wie, wenn der glückliche Erstreizer der Flasche zu Hause entdeckt, daß sie gar keine „scharfe Sorte“, sondern höchstens ein Ingredienz geeignet zur matten Limonade, oder Himbeersaft enthält, kann er dann den Justizflüß wegen Ver Spiegelung falscher Tatsachen verklagen? — Die Perle der Sammlung bilden aber unstreitig die 15 ramponierten Zigarren. Hoffentlich werden sie nicht im ganzen verschleudert, sondern „parzelliert“, damit der Erlös ein größerer ist. Freilich, was heißt ramponiert? Sind es nur noch Stummel oder widerpenflige Glummstengel, die nicht ziehen wollten? Hat sie ein Verdorren der Blätter und Haß an die Wand geschleudert oder ein Freigeiprochener dem Cerberus generös in die Hand gedrückt, der noch einigen Jagen mit Entsetzen verzichtete? — Vielleicht finden sich noch die rechtmäßigen Eigentümer wieder, und der Flüß ist um den Ertrag der Pfundstücke inklusive der 15 ramponierten Zigarren geprellt.

Die Erhöhung der Kurzfäge in den städtischen Krankenanstalten.

Der Magistrat zu Berlin hat gestern vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, die Kur- und Verpflegungssätze in den städtischen Krankenanstalten für einheimische Kranke zum 1. Juli d. J. von 2,50 M. auf 3 M. und für auswärtige von 3 auf 3,50 M. zu erhöhen. Sollte eine auswärtige Gemeinde Berliner Kranke mit einem höheren Satze als 3,50 M. bedenken, dann soll in Zukunft der dort berechnete höhere Satz auch in Berlin zur Anwendung kommen. Dieser Beschluß bedeutet für die hiesigen Krankenkassen eine sehr erhebliche finanzielle Belastung.

Ein interessanter Konflikt. Zwischen dem Verein „Berliner Viehkommissionäre“ und dem Verein der Berliner Engros-Schlächtermeister ist, wie die „Deutsche Fleischzeitung“ meldet, ein Konflikt ausgebrochen. Der Verein der Schweine-Engros-Schlächtermeister hatte beschlossen, den Viehkommissionär Schelsky zu boykottieren, weil derselbe im Auftrage der Viehkommissionäre gegen den früheren Vorsitzenden des Engros-Schlächtervereins Röhne, der einen bösen Bankrott gemacht hatte, vorgegangen war. Der Verein der Berliner Viehkommissionäre droht nun, falls der Boykottbeschuß nicht aufgehoben wird, gerichtlich vorzugehen und Schadenersatz zu verlangen.

Tragische Szene in der Handelskammer. In der gestrigen Sitzung der Berliner Handelskammer ist Kommerzienrat Emil Salomon aus der Tiergartenstr. 15 plötzlich einem Schlaganfall erlegen. Kommerzienrat Salomon hatte gerade ein Gutachten abgegeben, als ihm aus der Mitte der Versammlung nahegelegt wurde, den zweiten Teil seiner Ausführungen fallen zu lassen. Er erwiderte darauf: „Ich lege gerade auf diesen zweiten Teil meines Gutachtens großen Wert.“ Kaum hatte er diese Worte gesprochen, da sank er auf seinen Sitz zurück. Das Mitglied der Handelskammer Dr. Frenzel, der von Hause aus Arzt ist, konnte nur noch feststellen, daß der Tod infolge Herzschlages eingetreten war. Die Sitzung wurde sofort geschlossen.

Ein Lausbub.

Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Presse, daß die Berliner Feuerwehr mehrfach von einer Telephonzelle des Reichstags aus böswillig alarmiert worden sei. Am Freitag ist endlich der Übeltäter entdeckt worden. Es ist ein Lausbursche der Zentrumskorrespondenz (C. P. C.), der das Reichstagstelephon zu allerhand Streichen gemißbraucht hat. So hat er jüngst bei einer renommierten Weinhandlung 200 Flaschen Sekt für den Reichstag bestellt, und die Firma hatte solches Vertrauen in den Durst unserer notleidenden Agrarier, daß sie die Bestellung ohne weitere Nachfrage auszuführen hat. Natürlich mußte der Ausfuhr die Selbsthöhe ungeleert zurücknehmen. Das letzte Opfer des Jungen war unser Oberbürgermeister Kirchner. Er wurde vom Reichstag aus angeklungen und als er am Telephon erschien und fragte, wer ihn zu sprechen wünschte, erhielt er zur Antwort: „Fürst Wollow.“ Herr Kirchner erkundigte sich pflichtschuldig nach den Wünschen des Reichstagslers, erhielt aber nur die höfliche Antwort: „Ich wollte mich nur erkundigen, wie es Ihnen geht.“ Dann wurde der Hörer angehängt. Der hoffnungsvolle Jüngling hätte sein Spiel noch längere Zeit forttreiben können, wenn er sich allein mit immerer Freude begnügt hätte, aber er hatte einen Mitwisser und als er mit diesem Kameraden in Streit geriet, kam die Wahrheit an den Tag. Der Hausinspektor kam hinzu, als die beiden Jungen sich prügeln und der eine dem anderen seine Schandtat vorhielt. Die nächste Folge war die Entziehung der Reichstagskarte und die Entlassung des Voten durch die Zentrumskorrespondenz. Im Hintergrunde steht dräuend ein gerichtliches Verfahren. Vorläufig heult der falsche Wollow wie ein Schloßhund.

Erpressungen und Heiratschwinkel in großem Umfange hat ein ehemaliger Stadtmissionar getrieben, der jetzt von der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen wurde. Es ist ein 40 Jahre alter Gustav Weige, der in Leipzig und Halle in der Stadtmission beschäftigt war, bis er wegen Unterschlagung von 900 M. entlassen wurde. Weige, der durch seine Tätigkeit mit Damen der besten Gesellschaft zusammenkam, erkaufte von den Kammerfrauen und Dienstmädchen gewisse harmlose Intimitäten. Diese benutzte er später zu Erpressungsversuchen. Er schrieb den Damen Briefe, in denen er ihnen dieses oder jenes andichtete und mit Veröffentlichung in der Gesellschaft drohte, wenn sie nicht Geld schickten. Der Erpresser rechnete darauf, daß seine Kenntnis der harmlosen aber doch eigentlich verborgenen Dinge den Damen, auch wenn sie das beste

Getroffen hätten, doch einen genügenden Schreck einjagen werde, um sie gefügig zu machen. Er säufte sich aber, denn alle Empfängerinnen seiner Briefe übergaben diese der Kriminalpolizei. Nach denselben Muster wie in Halle und Leipzig ging Weibe auch in Berlin und Charlottenburg vor, als er hierher übergesiedelt war. Schon im Herbst vorigen Jahres begann hier dieses Treiben. Der Expresseur benutzte die verschiedensten Schiffadressen und Postämter, bis er jetzt nach langen Beobachtungen festgenommen wurde. Bei den Expresseurüberprüfungen erbeutete er nichts, Erfolg hatte er dagegen mit dem Heiratschwindel. Einem Mädchen nahm er die ganzen Ersparnisse ab; es ist darüber krank und elend geworden und der Armeninspektion zur Last gefallen. Ein anderes rettete wenigstens noch einen Teil des Vermögens. Wahrscheinlich hat der Schwindler, ein mittelgroßer Mann mit hellblonden, rötlich schimmerndem Epibart und Kneifer, noch mehr Opfer gefunden, vermutlich auch unter falschem Namen. Geschädigte wollen sich bei der Kriminalpolizei im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums melden.

Eine Revolvergeschichte rief am Donnerstagabend in der Dirschstraße große Aufregung hervor. Eine Hausbesitzerin im Westen Berlins erhielt einen Brief, in dem sie unter Drohungen aufgefordert wurde, zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort in der Dirschstraße zwischen Alexanderplatz und Jannowitzbrücke ein Portemonnaie mit Geld aus dem Stadtbahnhof zu werfen. Die Bedrohungen machte der Kriminalpolizei Anzeiger und ging zum Schein auf das Verlangen ein. Drei Kriminalbeamte und eine Gehilfin, die sie annahm, legten sich auf die Lauer und ließen den Expresseur kommen. Um 10^{1/2} Uhr abends kam das Portemonnaie an der bestimmten Stelle aus einem Stadtbahnhofwagen herausgefallen. Eine Dame und ein Herr, die in der einsamen Straße wie zufällig des Weges gingen, hoben es auf, legten es aber gleich wieder hin. Wöglich eilte ein junger Mann auf das Portemonnaie zu, hob es hastig auf und steckte es ein, um weiter zu gehen, als einer der Beamten ihn festnahm. Der Dursche rief sich los und schloß sich einem Revolver, den er schußbereit in der Hand hatte, auf den Beamten. Als er sah, daß er gefehlt hatte, drehte er sich auf der Flucht um und gab noch drei Schüsse auf die Verfolger ab. Jetzt griff einer der Kriminalbeamten zur Browningpistole. Der erste Schuß traf den Flüchtling leicht am linken Fuße, die zweite Kugel traf ihn so schwer in den Oberschenkel, daß er umfiel. Der Verwundete wurde nach der Infirmerie am Grünen Weg gebracht, dort vorläufig verbunden und dann als Polizeigefangener der Charité zugeführt. Er wurde festgehalten als ein 19 Jahre alter Arbeiter Otto Schumann, der in der Minckelberger Straße Nr. 4 wohnte. Der Verhaftete behauptet, daß er sich die Dame aufs Geratewohl aus dem Adressbuch herausgesucht habe. Schumann ist der Sohn eines Radwärders und hat die Sattelmacherei erlernt. Nach der Behauptung der Eltern soll er immer fleißig gearbeitet haben, zuletzt aber in schlechte Gesellschaft geraten sein.

Er ist bisher noch unbestraft. Der Brief, den er an die Frau schrieb lautet: „Meine Frau! Sie werden am Donnerstagabend um Punkt 1/2 11 Uhr ein mit 500 M. gefülltes Portemonnaie aus einem Coupéfenster nach der Dirschstraße, Ecke Schilderstraße, zu werfen. Stellen Sie uns keine Falle, Sie werden sonst ein entsetzliches Ende nehmen. Tom Briand, ein Mitglied der Schwarzen Hand.“ Die Empfängerin übergab den Brief sofort der Kriminalpolizei und ermöglichte es dadurch, den Expresseur ohne Verzug unschädlich zu machen.

Nord und Selbstmord.

Ein schreckliches Drama hat sich gestern Abend in der sechsten Stunde in der Rigaer Straße abgespielt. In dem Restaurant von P a t t, Rigaer Str. 27, erschloß der 29 Jahre alte Hausdiener Wilhelm Weiß, Schreinerstr. 50, die 35 Jahre alte Gastwirtsfrau Marie P a t t. Er brachte sich dann selbst einen Schuß bei und starb auf dem Transport nach der Charité.

Weiß, der in dem Patischen Lokal als Hausdiener beschäftigt wurde, war der Frau P a t t, als diese am Nachmittag das Schlafzimmer aufsuchte, gefolgt. Er verriegelte die Tür und schloß der Gastwirtsfrau eine Kugel in das rechte Ohr. Der Schuß führte den sofortigen Tod der Frau P a t t herbei. Weiß schloß sich dann selbst eine Kugel in die Schläfe und brach gleichfalls bestimmungslos zusammen. Auf die Schläfe hin eilten mehrere im Lokal anwesende Gäste sofort nach dem Zimmer. Sie brachen die Tür auf und als sie das Zimmer betraten, bot sich ihnen ein schrecklicher Anblick. In ihrem Blute lagen die beiden Personen am Fußboden. Frau P. war bereits tot. Dagegen konnte man bei W. noch Lebenszeichen beobachten. Auf Veranlassung eines hinzugerufenen Arztes wurde er in einem Krankenwagen nach der Charité gebracht, doch auf dem Transport erlag er bereits der Schußverletzung. Die Leiche wurde gleich nach dem Schauplatz gebracht. Ueber das Motiv zu der schauerlichen Tat sind in der Nachbarschaft des Tatortes die verschiedensten Gerüchte verbreitet. Mit Bestimmtheit konnte jedoch die Ursache des Dramas noch nicht festgestellt werden.

Das Opfer einer Gasvergiftung ist das 18jährige Dienstmädchen Johanna Uebat, das in den „Prachtzügen des Ostens“ bedienstet war, geworden. In dem Schlafzimmer des jungen Mädchens waren an der Gasleitung zwei Stellen unbedeckt geworden und während die U. nachts schlief, entströmten den Oefnungen beträchtliche Mengen Gas. Morgens mußte die Tür gewaltsam geöffnet werden. Das junge Mädchen fand man in bewußtlosem Zustande im Bett auf. Das Zimmer war vollständig mit Gas angefüllt. Ein Arzt und zwei Feuerwehrentente bemähten sich längere Zeit mit Hilfe des Sauerstoffapparates mit Erfolg um die Leblose.

Traures Schäferschicksal. Ein empfindlichen Verlust hat der Student der Sprachenkunde Eugen W. aus der Reithstr. 18 erlitten. Es ist ihm eine Brieftasche abhanden gekommen, die 8000 M. in Papiergeld und 90 Schecks der amerikanischen Cypres Comp. enthielt. Es wird vermutet, daß ihm die Tasche von einer Frauensperson, deren Bekanntschaft er erst kurz vorher gemacht hatte, gestohlen worden ist. W. war mit der Unbekannten die ganze Nacht hindurch zusammengeblieben und am folgenden Morgen vermisste er das Geld. Das Papiergeld bestand aus sieben Tausend- und zehn Hundertmarktscheinen. Die Schecks lauteten auf eine recht hohe Summe. Sie sind bereits gesperrt worden.

Ein Glendehilf.

Entbehrungen haben wahrscheinlich den Tod der 30 Jahre alten Schlosserfrau Verla Brasopp die vorgestern in ihrer Wohnung in der Böttchestr. 20 als Leiche aufgefunden wurde, herbeigeführt. Die Frau lag mit ihrem Namen in Scheidungsfrage und wohnte seit einem Monat für sich allein, nachdem sie eine Zeitlang im städtischen Obdach gewesen war. Die Miete bezahlte die Armeninspektion. Seit dem zweiten Ostertage war Frau Brasopp, die keine Beschäftigung hatte, nicht mehr gesehen worden. Nachdem ein Bekannter, der sie besuchen wollte, dreimal keinen Einlaß gefunden hatte, ließ der Hauswirt die Wohnung öffnen und fand die Insassin tot auf. Die Leiche war schon stark verwest. Ein Arzt konnte die Todesursache zwar nicht mit Bestimmtheit feststellen, vermutet aber, daß es Herzschwäche infolge von Entbehrungen sei.

In der V. Volkshochschule, S. Hagelbergstraße 34 ist im Sommerhalbjahr insbesondere für Erwachsene Gelegenheit zur Teilnahme an folgenden Kursen geboten: Elektrotechnik I, grundlegend der Teil Montag 7^{1/2} Uhr; Elektrotechnik II, Installationskursus mit praktischen Übungen Donnerstag 7^{1/2} Uhr; Chemie der Metalle und Säuren mit besonderer Berücksichtigung ihrer Verwendung in der Elektrotechnik Mittwoch 7^{1/2} Uhr. Die Teilnahme an jedem Kursus kostet für das ganze Halbjahr nur 50 Pfennig.

Im Metropol-Theater wird heute zum erstenmal die Robitát „Die oberen Behtausend“ gegeben.

Feuerwehrbericht. Ein sehr gefährlicher Brand kam gestern früh in der Keandertstraße 29 zum Ausbruch. Dort brannte unter einer Treppe eine Menge alter Hausrat und war bei Ankunft der Wehr der Treppenaufgang schon total verqualmt. Die 1. Kompanie sorgte für den Abzug des Qualmes und löschte den Brand durch kräftiges Wassergeben. Die Entstehung war nicht zu ermitteln. Der 16. Zug hatte längere Zeit in der Ruchplatzstraße 27 zu tun, wo Kellerverbrüche mit altem Hausrat und die Treppe brannten. Auch hier mußte kräftig gelöscht werden, um die Gefahr zu beseitigen. Wegen eines Küchenbrandes rückte der 8. Zug nach dem Laufgraben Platz 3 aus. Wüstwäg wurde die Feuerwehr nach dem Hochplatz alarmiert. Der Leiter, Schneider August Brank aus Stählin, ein Mann von 57 Jahren, wurde von der Polizei verhaftet. Ferner wurde die Wehr nach der Altonaer Straße 22, Stralauer Straße 3/8, Rospstraße 93, Sebastianstraße 87 und anderen Stellen gerufen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute nachmittag 3 Uhr findet die Jahresgeneralversammlung Dresdener Straße 45 statt. Unter anderem steht auf der Tagesordnung: Bericht von der ersten Konferenz der Samariter-Kolonie und Wahlen zum Bundesvorstand. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Montag abend 9 Uhr in demselben Lokale: Schlußvortrag des Winterkursus. Es spricht Herr Augenarzt Dr. E. Cohn über: Geschlechtskrankheiten und Augenkrankheiten.

Am Donnerstag Monatsfestung der diensttuenden Abteilung.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der Stadtverordnetenversammlung vom Mittwoch, den 24. März, war eine Vorlage des Magistrats, die den Bau einer Untergrundbahn von der Neuen Kaufstraße bis zum Rollendorfsplatz verlangte, einstimmig angenommen worden. Bekanntlich hat der preussische Eisenbahnminister hiergegen Einspruch erhoben; doch ist das Publikum hierüber nur durch Zeitungsnachrichten unterrichtet, die natürlich keinen Anspruch auf Authentizität machen können. Der Magistrat hat es noch nicht für nötig gehalten, den Stadtverordneten eine amtliche Mitteilung über die Hemmnisse, die sich der Ausführung ihres Beschlusses entgegenstellen, zugehen zu lassen. Die Stadtverordneten P i e t s ch und Genossen (Soz.) richteten nun in der letzten Sitzung die Anfrage an ihn: „Ist dem Magistrat bekannt geworden, daß die Regierung die Ausführung einer Untergrundbahn Rollendorfsplatz—Neue Kaufstraße verboten oder eine andere Linienführung der Bahn empfohlen hat.“ Die Beantwortung der Anfrage soll in der nächsten Sitzung erfolgen. In einer weiteren Vorlage wurden für die öffentliche Schreibstube für Stellenlose, welche von der Vereinigung für Wohlfahrtsbestrebungen unterhalten wird, 750 M. zur Beschaffung von Büreaumöbeln gefordert. Diese Vorlage wurde debattelos angenommen. — Eine Vorlage, ein zweites Wasserdruckrohr von dem Wasserwerk Jungfernheide bis zum Anschluß an das vorhandene Hauptrohr am Spandauer Berg mit einem Kostenaufwand von 295 000 M. anzulegen, sowie eine Vorlage, welche Erweiterungsbauten auf dem Wasserwerk Jungfernheide mit einem Kostenaufwand von 815 000 M. verlangte, wurden einem Ausschuss von 11 Mitgliedern überwiesen, dem unsere Genossen Klitz und Wisk angehören. Darauf fand eine geheime Sitzung statt.

Die Betriebseröffnung der zweigleisigen Hauptbahnstrecke Charlottenburg—Bahnhof Rennbahn wird, wie nun feststeht, am Sonntag, den 23. Mal d. J. erfolgen. Die neue Bahnlinie beginnt bei Kilometer 14,50 der Charlottenburg-Spandauer Strecke bei der Station Bahnhof Heerstraße, der erst Ende 1909 dem Verkehr übergeben werden soll. Von hier bis Bahnhof Rennbahn beträgt die Entfernung 1,40 Kilometer. Die Strecke dient nur dem Personenverkehr, doch werden auch besondere Ueberführungsbahnen für Pferde zwischen Bahnhof Rennbahn und Karlsdorf bezw. Hoppegarten verkehren.

Schöneberg.

Der hiesige Arbeiter-Turnverein feiert heute (Sonntag) sein zweites Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Tanz, turnerischen und humoristischen Aufführungen in den neuen Rathshäusern, Weininger Straße 8. Da genannter Verein bei Arbeiterfesten mitwirkt, so wird auf eine Unterstützung der Arbeiterschaft Schönebergs gerechnet. Der Uebersech des Festes soll für die Banknoten des Turnplatzes verwendet werden.

Ober-Schöneheide.

Gemeindevertretung. Auf die Errichtung des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts ist nach dem Stande der Sache zum 1. Juni nicht zu rechnen. Durch Einwendungen der beteiligten Gemeinde Nieder-Schöneheide an dem Ortstatut sind diese Verordnungen entstanden. Vom Gemeindevorsteher geht nun die Absicht aus, eventuell ohne diese Gemeinde vorzugehen. Dieser unliebsame Streit hätte sich vermeiden lassen, wenn man den Anregungen unserer Genossen gefolgt wäre und zu den Beratungen des Statuts in der dazu eingesetzten Kommission auch Vertreter der beteiligten Gemeinden hinzugezogen hätte.

Die am 19. April der Benutzung übergebene 4. Gemeinde-schule, welche neben 20 Klassen noch 1 Rechen- und 1 Hilfsklasse, 2 Kochklassen und diverse Räume wie Elternwartezimmer, Konferenzzimmer, Lehrerzimmer enthält, soll nach Absicht der Verwaltung nach der anhängigen äußerlichen Fertigstellung den Einwohnern zur Beschäftigung übergeben werden.

Nach der Zählung der Schulbehörde wird die Volksschule von 3314 Kindern, die höhere Mädchenschule von 294 und das Realgymnasium von 145 Kindern besucht.

Die Vertretung stimmte dem Abschluß einer Versicherung gegen Unfall und Invalidität für die Arbeiter der Alkanalgie zu. Die Arbeiten für die von der Aufsichtsbehörde gelegentlich einer Schulrevision verfügte Aenderung der Abortzu- und Abflusleitung wurde der Firma Grobe übertragen.

Zur Deckung der restlichen Kosten für die 4. Schule und der Verbesserung der Schmutzwasserkanalisation im alten Ortsteil wurde die Aufnahme einer 4prozentigen Anleihe von 174 000 M. beschlossen.

Arbeitslosigkeit und Elend haben vorgestern den Tischler Adolf Winter in den Tod getrieben. W. war schon längere Zeit beschäftigungslos; in der Familie fehlte es am Nötigsten. Als vorgestern morgen die Kinder zur Schule gingen und die Frau abwesend war, erhängte sich der bedauernswerte Mann am Fensterkreuz. Der hinzugerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Lichtenberg.

Eine Proletenversammlung der städtischen Arbeiter Lichtenbergs gegen die Ablehnung ihrer beschiedenen Anträge auf Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse fand am Donnerstag im „Kronprinzengarten“, Frankfurter Chaussee, statt. Es waren fast alle Gemeindeglieder erschienen, soweit sie nicht durch Nacharbeit verhindert waren. Das Referat hielt Stadtverordneter G r a u e r, der einleitend bemerkte, daß die städtische Verwaltung Lichtenbergs im Einverständnis mit der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit ehrlich bestrebt ist, die Lebenslage der Gemeindeglieder so niedrig wie möglich zu halten, nicht etwa aus Vöhsheit, sondern um die Privatindustrie davor zu bewahren, höhere Löhne zahlen zu müssen. Der Redner gab dann eine Uebersicht über die veranschlagten Ausgaben und Einnahmen der Stadt. Die städtischen Unternehmungen werfen für den Stadtbüchel recht ansehnliche Ueberschüsse ab, die Gesamtergebnisse betragen 197 700 M., die Wasserwerke 166 400 M. und das Elektrizitätswerk 38 000 Mark. In den Betriebszweigen, wo überhaupt Ueberschüsse

erzielt werden können, war also die Tätigkeit der Gemeindeglieder recht gewinnbringend für die Stadt, so daß um so weniger Grund vorlag, ihre Anträge auf eine geringe Verbesserung ihrer Lebenslage abzulehnen.

Nur den Parkarbeitern, und dann den Friedhofarbeitern, für die noch 2 8/10 v. v. 2,50 Mark den Tag besaßen, wurden die Stundenlöhne um 5 Pfennig erhöht.

Nachdem der Redner noch weiter die soziale Verstandlosigkeit der städtischen Verwaltung wie der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit treffend kritisiert hatte, schloß er seinen Vortrag mit dem Hinweis darauf, daß die politische wie gewerkschaftliche Organisation vor allem notwendig ist, um gegenüber der bürgerlichen Interessenvertretung die Interessen der Allgemeinheit zur Geltung zu bringen und auch den Gemeindegliedern ein erträgliches Dasein zu verschaffen. — In der Diskussion, in der verschiedene Gemeindeglieder sprachen, trat die Entrüstung über das Verhalten der bürgerlichen Stadtverordneten, des Magistrats und der Verwaltung sehr lebhaft zu tage. Im übrigen wies Polenske, der Vertreter des Gemeindegliederverbandes, gefügt auf ein reiches statistisches Material, nach, daß eine Reihe von Städten, auch rheinische, im Vergleich zu dem, was Herr Kielblock behauptet, ihre Arbeiter ein gut Teil besser bezahlten als Lichtenberg. — Die Versammlung schloß mit einstimmiger Annahme dieser Resolution:

„Die heute am 22. April im „Kronprinzengarten“ zahlreich versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen aller städtischen Betriebe Lichtenbergs bedauern auf das tiefste, daß bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für 1909 die eingereichten Anträge auf Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, insbesondere die Anträge auf Zahlung von Wochenlöhnen keine Berücksichtigung gefunden haben.“

Auf das schärfste protestieren die Versammelten gegen die Behauptung des Herrn Stadtrats Kielblock, daß Lichtenberg bezüglich der Arbeiterlöhne voran sei.

Die Versammelten stellen fest, daß u. a. in Rigdorf, Charlottenburg, Köpenick die Lohnverhältnisse der städtischen Betriebe erheblich günstiger sind, und in puncto sozialer Fürsorge Lichtenberg zu den rückständigsten Gemeinden Deutschlands zählt.

Angeichts der rückständigen Ablehnung ihrer beschiedenen Anträge erklären die Versammelten es als heiligste Pflicht jedes Gemeindeglieders, sich zu organisieren, um mit allen gewerkschaftlichen Nachmitteln zu gegebener Zeit die Durchführung ihrer Anträge zu erzwingen.“

Adlershof.

Feuer brach gestern vormittag gegen 11 Uhr in der zweiten Gemeindegliederschule, Madedestr. 3, aus. Das Feuer ist nach amtlichen Feststellungen durch Kurzschluss in der elektrischen Beleuchtungsanlage entstanden. Es hatte, ehe es bemerkt wurde, bereits einen großen Teil des Dachstuhles ergriffen, aus dem bald die hellen Flammen emporstiegen. Der in sämtlichen Klassen zum Unterricht versammelten Mädchen, etwa 300 an der Zahl, bemächtigte sich anfänglich eine Panik, doch gelang es dem energischen Eingreifen des Lehrpersonals bald, die Kinder zu beruhigen und sie mit Unterstützung von entschlossenen Anwohnern in voller Ordnung ins Freie zu führen. Schulmappen und Mäntel mußten zurückgelassen werden, blieben aber unversehrt. Zwei kleine Mädchen erlitten vorübergehende Ohnmächten, erholten sich aber bald wieder. Die freiwilligen Feuerwehren von Adlershof und Umgebung erschienen mangels rechtzeitiger Meldung erst ziemlich spät. Es gelang ihnen aber, den Brand trotz des großen Umfanges, den er bereits genommen hatte, nach einer Stunde zu löschen.

Köpenick.

Ertrunken ist vorgestern nachmittag der 6 Jahre alte Sohn Ernst des Wätereibesizers Wöbhus. Der Kleine spielte mit anderen Kindern an dem Ufer der Spree und war über das Gitter gesteuert, um zu angeln. Hierbei beugte er sich zu weit hinüber, verlor das Gleichgewicht und stürzte in das Wasser. Obwohl ein 12 Jahre alter Schüler sofort dem Ertrinkenden nachsprang, gelang es doch nicht mehr, diesen zu retten. Die Leiche des kleinen M. konnte bisher nicht geborgen werden.

Lautzow.

Mit der diesjährigen Maisfeier beschäftigte sich am Mittwoch eine außerordentliche Generalversammlung. Es wurde beschlossen, am Nachmittag nach 4 Uhr sich im Lokal von Edel, Mariensfelder Str. 9, zu versammeln und am Abend 8 Uhr eine Festrede statufinden zu lassen. Daraus wählte die Versammlung die Genossen Otto P a d als ersten, Paul Radtke als zweiten Vorsitzenden, Paul K ü h l als Schriftführer und Hermann R i c h t e r als Beisitzer.

Lübbers-Waidmannslust.

Daß die Grundstückseigentümer auf das Wohl der Gemeinde pfeifen, sobald es an ihren Geldbeutel geht, zeigte sich in der letzten Gemeindegliederversammlung bei Beratung des Punktes „Pflasterung der Tegeler Straße“. Hier sind 3. B. drei Anlieger, die sich weigern, den zum Straßenland erforderlichen Grund und Boden von ihrem Grundstück abzutreten. Einer verlangte sogar die Kleinigkeit von 150 M. pro Quadratrate, trotzdem gleichwertiger Grund und Boden für 50 bis 100 M. pro Quadratrate zu jeder Zeit zu kaufen ist. Zur Abgabe von Offerten zur Pflasterung der Tegeler Straße sind 7 Firmen aufgefordert worden. Die niedrigste Forderung beträgt 132 942,25 M., die höchste dagegen 168 858,50 M. Den Zuschlag hat als billigste die Firma Dellos mit 132 942,25 M. erhalten. Zur Deckung dieser und anderer Ausgaben hat die Gemeindegliederversammlung schon in einer der vorhergehenden Sitzungen im Prinzip beschlossen, eine Anleihe aufzunehmen. Recht eigenartig berührt es, daß der Herr Amts- und Gemeindevorsteher Müller einen der anwesenden Gemeindeglieder aufforderte, den Zukünftigen zu verlassen, noch ehe die Sitzung ihren Anfang nahm. Herr Müller scheint in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher sich noch im Stadium der Entwidlung zu befinden. Hierbei kann ihm vielleicht die Offenlichkeit noch beihilflich sein. Auch unsere Genossen werden, wenn es notwendig ist, ihr möglichstes dazu tun.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Zunächst wurde eine Vorlage, die eine längere Debatte zeitig hätte, vertagt. Diese Vorlage betraf eine Vertagsgenehmigung mit der Eisenbahndirektion betreffs Uebernahme des Bahnhofsvorplatzes, die Herstellung einer Straßenunterführung sowie einen Entwurf zur Regulierung des Bahnhofsvorplatzes. Wie die meisten Vorlagen, welche vom Bauamt kommen, war diese erst kurz vor der Festsitzung der Tagesordnung eingegangen. Die Vertagsentwürfe waren den Stadtverordneten erst einen Tag vor der Versammlung zugestellt, so daß niemand so recht informiert war, um was es sich eigentlich handelte. Nach der Tagesordnung wurden für diese Vorlage 118 750 M. gefordert, im Vertage selbst werden die Kosten aber auf 247 800 M. bemessen. Der Stadtbaurat P a u l machte zwar die Sache in seiner Weise klarzulegen, indem er meinte, die geforderte Summe von 118 750 M. wäre nur erst eine Teilforderung. Die Stadtverordneten aber, genötigt durch die ganze verbaute Straßen-Angelegenheit, ließen sich von den Ausführungen des Baurates nicht überzeugen, zumal auch die Stadt nach dem Vertage nur Pflichten, aber gar keine Rechte hat, und wies die Vorlage zur weiteren Klarstellung zurück. — Eine zweite größere Vorlage, betreffend eine anderweitige Festsetzung der Straßenführung zwischen dem Streifensplatz, der Charlottenbrücke und Fischerstraße, wurde nach einer kurzen Erklärung des Referenten in die geheime Sitzung vertagt, wo sie mit der Vorlage betreffend Ankauf des Grundstückes Hotel Friedrichshof zusammen weiterberaten werden soll. Diese Vorlage fällt in die Brückenstraßen-Angelegenheit, die jetzt so verfahren ist, daß man nur unter Aufwendung größerer Mittel erst etwas Klarheit wird schaffen können. Die Angelegenheit wird noch lange das Schmerzenskind für Spandau bleiben, und die damaligen Referenten des Ankaufs und Niederreißen der Häuser, u. a. namentlich der jetzige Stadtrat, damalige Stadtverordnete Dr. Engelhardt, werden heute sich wohl

